

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando 1
 Vierteljahr 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit Illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-
 Preisliste. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich 3 Mark,
 für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr
 Beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
 je oder deren Raum 40 Pf. für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Berennungungs-Anzeigen 25 Pf.
 „Kleine Anzeigen“, das erste (fest-
 gedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere
 Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben
 zählen für zwei Worte. Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-
 und Feiertagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69,
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Dienstag, den 10. Mai 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69,
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Zur Bewegung im Berliner Bäckerei- gewerbe.

Am Dienstag wird die Entscheidung darüber fallen, ob die Berliner Bäckergehilfen, durch die Haltung der den einseitigen Unternehmerstandpunkt hervorkehrenden Meister in den Ausstand getrieben werden. Seit Monaten haben die Gehilfen auf friedlichem Wege die Beseitigung der ärgsten Mißstände angestrebt, immer und immer wieder haben sie sich in Unterhandlungen mit den Meistern eingelassen, immer und immer wieder haben sie um des lieben Friedens willen den Abschluß eines Tarifs durchzusetzen gesucht. Vergebens. Die Meister haben auf ihre ökonomische Uebermacht pochend selbst die bescheidensten Forderungen abgelehnt. Kommt es zum Kampf, dann wird man den Gehilfen nicht vorwerfen können, daß sie ihn leichtfertig und unüberlegt heraufbeschworen haben. Nein, der Kampf ist ihnen aufgezwungen, sie mühten den Fehdehandschuh, den ihnen die Meister hinterszenen, aufzunehmen, wenn anders sie nicht die Wägen vor sich selbst verlieren wollten.

Die Mißstände im Bäckereigewerbe sind allgemein bekannt. Die epochenmachende Schrift von Wedel aus dem Jahre 1890, die zahlreichen statistischen Erhebungen haben Zustände ans Tageslicht gefördert, die jeder Beschreibung spotten und die mehr als einmal Gegenstand von Erörterungen im Reichstage gewesen sind, ohne daß indes bisher ein Wandel zum Besseren eingetreten ist. Kaum eine Klasse der Bevölkerung ist durch die Gesetzgebung so wenig geschützt wie die Bäcker, und selbst den geringen Schutz, den ihnen die Verordnung vom 1. Juli 1896 giebt, möchten ihnen die Unternehmer wieder nehmen. Vielfach steht ja auch jene Verordnung nur auf dem Papier, in der Wirklichkeit wird sie durch gewissenlose Meister illusorisch gemacht.

Im Vordergrund der jetzigen Bewegung steht der Kampf um die Beseitigung des Kost- und Logiswesens oder besser gesagt Unwesens, eines Systems, das vor allem in gesundheitslicher Beziehung außerst nachteilig auf die Bäckergehilfen wirkt. Die Schlafstätten — vorausgesetzt, daß die Löcher, denen man vielfach begegnet, überhaupt den Namen Stube verdienen — sind gewöhnlich unsauber, die Bettwäsche wird selbst, wenn neue Gesellen ein-treten, häufig nicht gewechselt, und die Folge davon ist eine erhöhte Ansteckungsgefahr bei Krankheiten, insbesondere bei Geschlechts-, Haut- und sonstigen Infektionskrankheiten. Infolge der höheren Anforderungen an den Einzelnen und der unhygienischen Arbeits- und Lebensbedingungen überbreitet in großen Städten bei den Bäckern die Zahl der Erkrankungen die Durchschnittsziffer ganz bedeutend.

Wie jammervoll die Schlafgelegenheiten sind, davon kann man sich nur schwer ein Bild machen. Es ist durchaus nichts seltenes, daß zwei Personen in einem Bette schlafen. Mitunter wird das selbe Bett am Tage von den Bäckergehilfen, des Nachts von den Konditorgehilfen benutzt. Ja, es ist sogar vorgekommen, daß bei Tage der Geselle, bei Nacht das Dienstmädchen in demselben Raum geschlafen hat. Oft stehen 2 bis 3 Betten übereinander. In einer Berliner Bäckerei, die wir mit Namen nennen können, schlafen in einem Raum von 35 Kubikmeter Inhalt nicht weniger als sieben Personen, so daß auf jeden Einzelnen noch weniger Luftraum entfällt als in Gefängnissen. Meist finden sich diese „Wohnräume“, die gewöhnlich mangelhaft oder gar nicht verschließbar sind, so daß sie eine günstige Gelegenheit für Epidemien bilden, die den armen Gesellen noch um sein geringes Hab und Gut bringen, im Keller oder auf dem Boden; mitunter dient sogar ein durch einen primitiven Wetterverschlag vom Mehlboden abgeteilter dummer und staubiger fensterloser Raum zum Schlafen. Und für diese Höhlen wird den Gesellen die Miete im Lohn mit angerechnet.

Die Kost ist, abgesehen von einigen wenigen ansändigen Meistern, mindertwertig, oft überhaupt ungenießbar. Eypausen kennt der Gehilfe nicht, es ist üblich, daß er von abends 10 bis morgens 7 oder 8 Uhr, also gerade in der scharfen Arbeitszeit, nichts genießt. Kein Wunder, daß bei einer so unregelmäßigen Lebensweise Magenkrankheiten fast zu den Berufskrankheiten der Bäcker gehören. Die Heilung eines Magenleidens durch eine geordnete diätetische Lebensweise ist ein Ding der Unmöglichkeit, denn der Geselle muß einfach alles essen, was ihm vorgesetzt wird. Um sich Extra-Speisen zu leisten, dazu reicht einmal das Einkommen nicht aus, und zweitens fehlt es auch dem Gesellen an jeder Gelegenheit hierzu.

Eine weitere Folge des Kost- und Logiswesens ist die lange, unkontrollierbare Arbeitszeit. Nicht einmal die Bestimmungen der Bäckereiverordnung halten die Meister oft genug inne, obwohl diese Bestimmungen der Ausnutzung der Arbeitskraft des Gehilfen kaum einen Regel vorschreiben. Daß ferner die Bäckergehilfen durch dies System zum Elend verurteilt sind, wenn anders sie nicht ihren Beruf aufgeben wollen, wird durch die vom Verbands der Bäcker Deutschlands aufgenommene Altersstatistik seiner Mitglieder bestätigt. Von 940 über 25 Jahre alten Gesellen waren nur 382, also etwa 40 Proz. verheiratet. Die meisten Bäckergehilfen widmen sich, wenn sie heiraten wollen, einem andren Beruf. So arbeiten z. B. in den Brennwerken in Brandenburg mehr ehemalige Bäckergehilfen als im Bäckerberuf in ganz Brandenburg Gehilfen beschäftigt sind.

Neben der Abschaffung des Kost- und Logiswesens verlangen die Bäcker einen Mindestlohn von 21 M. in kleinen, von 23 M. in mittleren und von 25 M. in großen Betrieben. Heute existieren noch Wochenlöhne von 6 M., ja in einem Falle sogar von 5,35 M. bei halber Kost. Nehmen wir an, daß ein schwer arbeitender Bäcker zur Verwirklichung seiner Kost noch wöchentlich 4 M. nötig hat, so bleibt für eine Arbeitszeit von sieben Nächten der hohe Lohn von 1,35 M., also noch nicht einmal 20 Pf. pro Nacht.

Die Forderung nach Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises bedarf keiner weiteren Begründung. Lehnen die Meister auch diese Forderung ab, so zeigen sie damit nur, wie rückständig, wie befangen in veralteten Anschauungen sie noch sind. Und dagegen, daß den Bäckergehilfen zu Ostern, Pfingsten und Weihnachten je eine freie Nacht gewährt wird, kann gewiß kein billiger Denker etwas einzutenden haben. Auch die Bäckergehilfen fühlen sich als Menschen, auch sie wollen teilnehmen an den Errungenschaften der Kultur, aber mit Gewalt will ihnen ein rückwärts nur auf seine eignen Interessen bedachtes Unternehmertum dies verwehren.

Aber es kommt den Meistern, vor allem den Innungsmeistern, auf eine Nachprobe an. Wie im Jahre 1890 so hoffen sie auch diesmal die Gesellen zu Paaren treiben zu können, sie vergessen nur, daß zwischen 1890 und 1904 ein Zeitraum liegt, den die Gehilfen nicht unbemüht haben durchreichen lassen. Die Organisation der Bäcker ist größer und stärker geworden, das Solidaritätsgefühl ist in ihnen kräftig geworden und hinter ihnen steht die übrige Arbeiterschaft, der weitaus größte Teil der Berliner Bevölkerung, von denen die Meister in letzter Linie abhängig sind.

In ihrem eignen Interesse sollten die Meister es sich noch in letzter Stunde überlegen, ob sie den Gesellen die Hand zum Frieden reichen und ihre Forderungen bewilligen oder ob sie es zum Kampf kommen lassen wollen. Denken die Meister nicht ein, dann ist der Kampf unvermeidlich, und in diesem Kampfe, der geführt wird, um allgemeine Kulturforderungen durchzusetzen, steht die Berliner Bevölkerung auf seiten der Bäckergehilfen und wird sie moralisch unterstützen.

Der „Sieg“ der Aerzte.

Nach königlichem Muster hat die Kreishauptmannschaft Leipzig am Sonnabend der Leipziger Orts-Krankenliste die freie Arztwahl aufgezwungen. Bei den Verhandlungen in sächsischen Landtage erklärte der Minister Weich den „Kölnner Weg“ für ungangbar: jetzt ist ihn die Behörde gegangen; Ende März erklärte die Kreis-hauptmannschaft Leipzig in einer ihrer Verordnungen, das einmal eingeführte Distriktsarzt-System sei endgültig; jetzt hat sie es durch eine neue Verordnung beseitigt. Die Aerzte haben gesagt — über den Geldbeutel der versicherten Arbeiter. Denn das sei von vornherein fest-gestellt: Der Effekt ist eine Mehrbelastung der Kasse, also der Mit-glieder, um mehr als eine halbe Million allein für ärztliche Honorar, und die Niedererzogenen sind nicht etwa ein „herrsch-süchtiger“ Rassenvorstand, sondern die Mitglieder selber. Haben sich doch in einem von den Aerzten organisierten und von den Unter-nehmern begünstigten langwierigen Petitionssturm nur gegen 6000 Mitglieder für die freie Arztwahl, auf einer vom Rassen-vorstande ausgegebenen Petition aber binnen drei Tagen rund 70 000 Mitglieder für das Distriktsarzt-System ausgesprochen.

Klassenspolitik: Die organisierte Arbeiterschaft zwingt man wieder und legt ihr Lasten auf, um dem einzelnen Arbeiter unerbettete „Vorteile“ zuzuwenden.

Die Meldung der „Leipziger Neuesten Nachrichten“, die wir noch in Depeschenteile der vorigen Nummer mitteilen konnten, ist richtig; die Kreishauptmannschaft Leipzig hat am Sonnabend-mittag 2 Uhr der Kasse eine Verordnung zugeben lassen, daß sie als Aufsichtsbehörde mit den ärztlichen Bezirksvereinen Leipzigs einen Vertrag abgeschlossen hat, durch den das Distriktsarzt-system aufgehoben und die freie Arztwahl eingeführt wird. Der Inhalt des Vertrages entspricht den gleichfalls schon mitgeteilten Angaben der „Leipziger Neuesten Nachrichten“. Es werden 375 Aerzte zugelassen, und es wird ein Pauschale von fünf Mark pro Kopf der Versicherten gezahlt, so lange keine Familienbehandlung besteht, und ein solches von drei Mark pro Kopf der zur Behandlung Berechtigten, wenn die Familienbehandlung eingeführt wird. Die Zahl der Familienangehörigen wird mit dem Eineinhalbfachen der Mitglieder der Berechnung zu Grunde gelegt. Außerdem werden Kilometer-geldern bezahlt und geburtsärztliche Leistungen besonders honoriert. Die Berechnung der Honorarverteilung erfolgt nach Einzel-leistungen. Das Gehalt der fest angestellten Aerzte wird von der Pauschallsumme bezahlt. Diese Aerzte erhalten jedoch auch dann nicht mehr als das feste Gehalt, wenn sie höhere Leistungen nachweisen. Ein Schiedsgericht entscheidet im Streit-falle endgültig über Erhöhung oder Herabsetzung des Pauschalbetrags und auch über die Effizienz der ärztlichen Beratungsanstalten.

Die bisherigen Distriktsärzte werden zwar nicht ohne weiteres entlassen, aber neben dem Mittel, daß ihnen niemals die Möglichkeit gewährt wird, das feste Gehalt zu überschreiten, hat man noch einige andre vorgeesehen, um sie fesseln zu machen.

Darüber giebt eine „Erläuterung“ Auskunft, die neben dem Hauptvertrage noch zwischen der Behörde und den Aerzten vereinbart worden ist. Darin heißt es unter Nr. 2:

„Diejenigen Anstellungsverträge, gegen deren Rechtsgültigkeit nach dem pflichtmäßigen Ermessen der königlichen Kreishauptmannschaft erhebliche Bedenken bestehen, sind unverzüglich anzusehen oder sonst zu beseitigen.“

Bei allen Verträgen ist zunächst die Umwandlung nach der Vorchrift in § 3 des Hauptvertrages (in solche nach freier Arztwahl, Ned. d. „Vorw.“) zu versuchen. Dabei ist den betreffenden Aerzten gegen eine dem bisherigen Maße entsprechende Arbeits-verpflichtung die ungelärzte Fortgewährung der ihnen vertragsmäßig zugesicherten festen Bezüge, jedoch keinesfalls über die Mindest-dauer ihrer bisherigen Verträge hinaus anzubieten. Aerzte, welche die Umwandlung ablehnen oder den übernommenen Verpflichtungen nach dem pflichtmäßigen Ermessen der königlichen Kreishauptmannschaft nicht genügen, sind, wenn mit ihnen nicht im Verhandlungs-

wege zu einem befriedigenden Abkommen zu gelangen ist, nach Wahl der königlichen Kreishauptmannschaft durch Verzicht auf ihre Dienste oder auf sonstigem gesetzlichen Wege (vergleiche z. B. § 626 des Bürgerlichen Gesetzbuches*) aus der Rassenpraxis zu entfernen.“

Das ist die Entlassung der Distriktsärzte auf Umwegen und, wie gesagt, diese haben nunmehr alles Interesse daran, auf ihre bisherigen Verträge möglichst rasch zu verzichten, da sie sonst durch Entlassung vor das blanko Nichts gestellt werden.

Ein bei den Auseinandersetzungen mit den Distriktsärzten etwa entstehender Aufwand wird zwar von der Pauschallsumme des neu entstehenden ärztlichen Honorars bezahlt, jedoch nicht über den Betrag der jetzigen festen Bezüge hinaus. Was darüber hinaus etwa entsteht an Projektkosten, Abfindungssummen usw., das — bezahlen die bezüglichen Mitglieder aus ihrer Tasche!

Die Systeme der ärztlichen Versorgung der Rassenmitglieder sind bisher nur vom Kampfstandpunkte aus betrachtet worden. Es dürfte aber sehr nützlich sein, sie einmal nur vom finanziellen Standpunkte zu betrachten. Nach dem jetzt in Leipzig geschaffenen Zustande beträgt die Ausgabe für ärztliches Honorar unter Zugrundelegung von 140 000 Mitgliedern 700 000 M. nebst einer unbekanntem Summe für Kilometergelder ohne Familienbehandlung und 1 050 000 M. nebst den Ausgaben für Kilometergebühren und geburtsärztliche Leistungen mit Familienbehandlung, jedenfalls also mindestens 1 100 000 M. Wie hoch die Ausgaben bei einem wohl organisierten System beamteteter Aerzte anzusehen sind, dafür fehlen uns zwar unansehbare Unterlagen, doch läßt sich ein Wahrscheinlichkeitswert gewinnen, der der Wahrheit ziemlich nahe kommt dürfte, wenn wir auf die genauen Untersuchungen zurückgreifen, die in Krefeld und München angestellt wurden. Nach den Krefelder Erfahrungen, die auf statistischen Untersuchungen beruhen, kann ein Arzt 1500 Versicherten nebst ihren Angehörigen mit ausreichender ärztlicher Hilfe versehen. Das ergäbe für Leipzig 94 Aerzte. Nach den Münchener Auszählungen sind wahrscheinlich 45 Aerzte ausreichend, um die mehr als 100 000 Mitglieder der vereinigten Münchener Ortskrankenkasse (ohne Angehörige) zu behandeln, was mit Angehörigen (zu 2 Versicherten 3 Angehörige) 113 Aerzte ergäbe. Die genaue Zahl der Münchener Versicherten ist uns nicht bekannt, wir wissen nur, daß sie 100 000 übersteigt. Außerdem ist die Münchener Zahl nur durch Auszählung dreier Tage gewonnen, ist also weniger zuverlässig wie die Krefelder, die auf der Untersuchung der Ergebnisse eines ganzen Jahres beruht. Nimmt man hinzu, daß durch Einrichtung ärztlicher Beratungsanstalten, die in Krefeld fehlen, der ärztliche Dienst noch besser organisiert werden kann, so ist es auf keinen Fall zu niedrig gegriffen, wenn man 100 Aerzte für die Behandlung der 140 000 Versicherten nebst Angehörigen in Leipzig für ausreichend erachtet. Hat doch selbst die Kreis-hauptmannschaft in ihrer Ver-ordnung vom 16. April nur 112 Aerzte gefordert, obwohl sie dabei von der Voransetzung ausging, daß diese Aerzte auch die Angehörigen faktisch mit behandeln. Danach hätte die Kasse 600 000 M. Arzthonorar mit Familienbehandlung zu zahlen gehabt. Man kann ruhig zu geben, daß die Ärztehalter mit der Zeit erhöht werden sollten. Mit 750 000 M. aber als höchster Summe (pro Arzt also 7500 M.) könnte dann die Kasse bei dem jetzigen Mitgliederstande ihren ärztlichen Dienst vollständig erledigen. Nach dem jetzigen Gehalt also würde die Kasse bei dem Distriktsarzt-System mindestens 500 000 Mark und bei dem von uns unterstellten höheren Honorar immer noch mindestens 850 000 Mark ersparen gegenüber dem System der freien Arztwahl. Diese Summe könnte den Versicherten zu gute kommen, sei es durch Erhöhung der Ver-leistungen, sei es durch Verbesserung der Kurmittel. Dabei sehen wir noch ganz ab von den Summen, die beim System der freien Arztwahl durch unnütze Vermehrung der ärztlichen Leistungen und unnütze Verlängerung der Krankendauer ihrer Krankengeld und Apothekerrechnungen verendet werden, und auch durch die schärfste Kontrolle nicht verhindert werden können. Auch da entstehen erhebliche Summen, die wiederum eingebracht werden müssen entweder durch Erhöhung der Beiträge oder Kürzung der baren Leistungseinheiten und Verschlechterung der Kurmittel. Den Versicherten ist aber ohne Zweifel weit mehr gebietet durch hohe bare Leistungseinheiten und gute Kurmittel (Nährmittel, Erholungskuren in Bädern und Anstalten und dergleichen), als durch unnütze Verlängerung der ärztlichen Ver-handlung und vermehrte Medikamentenverschreibung.

Auf eine solche Verbesserung der Krankenfürsorge müssen die Versicherten, denen die „freie Arztwahl“ beschert wird, die in Wirklichkeit nur die Kurierfreiheit mit zünftgemäßer Beschränkung auf die zünftigen Aerzte bedeutet, verzichten.

Bei der Gelegenheit ein Wort über eine angebliche Inkonsequenz in unserer Stellung zur freien Arztwahl. Wir gehen bei unserer Stellung zur Sache von der voll-kommenen freien Selbstverwaltung der Versicherten aus. Die ist faktisch nicht vorhanden bei der Gemeinde-Krankenversicherung und in den großen Betriebskassen der fiskalischen Betriebe und ähnlicher großer Privatbetriebe. Dort müssen die Vertreter der Versicherten in den Rassenverwaltungen tanzen wie der Unternehmer will. Dort sind erfahrungsmäßig die Kranken Rassenmitglieder nur Objekt. Der Unternehmer denkt nur an sein Geldinteresse und die angeestellten Aerzte handeln genau wie die Vertrauensärzte der Berufs-genossenschaften lediglich im Interesse des Auftraggebers. Wenn in solchen Kassen die Versicherten freie Arztwahl fordern, so ist das ganz begründlich und wir unterstützen es. Es ist die erste Regelung der Aufhebung der Versicherten gegen Bevormundung und Mißhandlung, oft das einzige Mittel dagegen. In Kassen jedoch,

*) § 626. Das Dienstverhältnis kann von jedem Teile ohne Ein-haltung einer Kündigungsfrist gekündigt werden, wenn ein wichtiger Grund vorliegt.

In denen die Versicherten selber bestimmen, haben sie andre Mittel, um die Ärzte aus Dienern des Unternehmers und Herren der Versicherten in — sagen wir Freunde der Versicherten zu verwanbeln. Und in solchen Fällen verlangen die Mitglieder gar nicht nach freier Arztwahl. Thun sie es aber trotzdem und glauben sie dabei ihren Vorteil zu wahren, so ist das ganz ihre Sache. Wir verfahren und nur dagegen, daß den Versicherten die freie Arztwahl oder irgend ein heilbringendes System gegen ihren Willen aufgezwungen wird. Daneben bemühen wir uns allerdings, den Versicherten zu zeigen, durch welches System sie ihre Interessen am besten wahren können.

In Leipzig hat man nun ebenso wie in Köln und Solingen die Versicherten gegen ihren Willen, lediglich im Interesse der Ärzte, mit der freien Arztwahl beglückt. Die Kreishauptmannschaft Leipzig hat eine Zeitung verfaßt, eine besonders bei einer lächerlichen Behörde ungewohnte objektive Haltung zu bewahren. Es ist ihr nicht gelungen. Wir haben den Streit zwischen Kassen und Ärzten zunächst nicht von einem politischen oder Klassenstandpunkte angesehen. Die Ärzte und ihre Freunde haben jedoch das politische Moment immer stärker betont und am Ende ist das Verhalten der Behörde und das Verhalten des größten Teils der bürgerlichen Presse in dem Kampfe doch nur vom Klassenstandpunkte aus zu erklären. Der Klassencharakter kommt deutlich zum Ausdruck, wenn man den Vergleich mit Arbeiterkämpfen zieht, zu dem man hier geradezu herausgefordert wird.

Wer denkt nicht an Grimmitzhan! Wo immer elend gelohnte Arbeiter, die sich kaum fassen können, die in elenden Löhnen hausen, am nötigsten Mangel leiden trotz zehn-, elfstündiger und noch längerer Arbeitszeit, um wenige Pfennige Lohnzulage, um eine halbe Stunde Arbeitszeitverkürzung kämpfen, da haben sie die ganze Hegemonie der bürgerlichen Presse gegen sich, da werden Polizei und Gerichte mobil gemacht, die ganze Staatsmacht steht wider sie auf, fällt ihnen in den Arm, die Gesetze werden wie weiches Wachs und beugen, drehen und reden sich, bis die streikenden Arbeiter als Beleidiger, als Terroristen, als Exzessler, als Meineidige ins Gefängnis wandern, bis sie demütigt und gebrochen ins alte Loch zurückkehren. So, wo Proletarier kämpfen gegen den Kapitalisten!

Wie anders ist alles, wo Ärzte kämpfen gegen die Kassen der Proletarier! Mit dem Maße gemessen, mit dem streikende Arbeiter gemessen werden, hätten Geld- und Gefängnisstrafen nur so hagen müssen gegen die Ärzte. Wir wünschen es nicht, aber wir vergleichen! Die Ärzte waren nicht blöde in der Wahl ihrer Kampfmittel. Aber nicht die Ärzte, die sich auch als „streikende Arbeiter“ zu drapieren lieben, sind es, gegen die sich die bürgerliche Presse und die Staatsmacht wendet, es sind wieder die Proletarier, die von der bürgerlichen Presse gehetzt werden und denen die Behörde entgegentritt. Die Proletarier haben die Kosten zu tragen.

Die gesetzliche Handhabe des Eingreifens der Behörde bietet zwar der § 56 des Krankenversicherungs-Gesetzes; er schafft aber nur ein formales Recht. Die Wirklichkeit muß erst die materielle Grundlage für Anwendung des formalen Rechtes geben. Die fehlt hier vollständig. Der Kassenvorstand hat seine Verpflichtung, den Versicherten ausreichende ärztliche Hilfeleistung zu beschaffen, erfüllt, so weit es in seinen Kräften stand. Nach unserer Überzeugung war auch die Zahl der jetzt praktizierenden Ärzte ausreichend. Hätte die Behörde der Kasse nur einen kleinen Teil der Unterstützung geliehen, die den Unternehmern im Kampfe gegen die Arbeiter zu Teil wird — und darauf hätte die Kasse als öffentlich-rechtliche Institution eigentlich Anspruch — dann hätte sie aber auch jetzt schon die von der Behörde für nötig gehaltene Anzahl Ärzte gehabt. Aber auch ohne Unterstützung der Behörde hätte die Kasse binnen kurzer Zeit die geforderte Anzahl Ärzte gehabt, wenn man ihr nur diese Zeit gelassen hätte. Und schließlich, wenn die Behörde sich streng an das Gesetz halten wollte, dann dürfte sie nur eine öffentliche Aufforderung erlassen, es hätten sich ihr sofort die nur noch wenigen Ärzte zur Verfügung gestellt, die zur Ergänzung der von ihr für notwendig gehaltenen „ausreichenden“ ärztlichen Hilfe nötig waren. So konnte sie sagen, sie habe nur die Interessen der Versicherten pflichtmäßig gewahrt. Statt dessen aber erfüllt sie die Ansprüche der Ärzte, zwingt den Versicherten ein System der ärztlichen Hilfeleistung auf, das sie nicht haben wollen und zwingt die Versicherten, zu Gunsten der Ärzte Summen auszugeben, die sie nicht ausgeben wollen, die nicht notwendig sind im Interesse der Versicherten, die nur notwendig sind im Interesse der Ärzte und die den kranken Arbeitern entzogen werden müssen.

Ein solches Vorgehen ist nur zu erklären durch die Klassenunterschiede. Mögen unter den Ärzten auch proletarische Existenzen sein, in ihrer Masse gehören sie zur Bourgeoisie. Sie stammen aus ihr und gehören nach allen Umständen zu ihr. Darum ist bei ihnen berechtigt, was bei Arbeitern unberechtigt ist, darum haben sie dieselben Mächte für sich, die die Arbeiter gegen sich haben, darum wird mit derselben — Weitherzigkeit hier zum Recht gestempelt, was bei Arbeitern zum schäblichsten Unrecht gestempelt wird. Die Ärzte haben ihr rechtlich Teil dazu beigetragen, ihre Klasse gegen die Klassen der Arbeiter mobil zu machen, dem Kampfe den wahren Klassencharakter aufzudrücken, und die herrschende Klasse und ihre Organe haben gethan, was ihre Klassengenossen wünschten. Die Ärzte werden ein Siegesfest feiern; diesen Sieg, errungen mit Hilfe der Polizeigewalt des Klassenstaates, gönnen wir ihnen. Nur mögen sie nicht den Arbeitern blauen Dunst vormachen mit den faulen Phrasen von Socialpolitik und sozialer Fürsorge. Soziale Fürsorge läßt hier einzig und allein die herrschende Klasse für sich aus den Taschen der Arbeiter.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 7. Mai.

Zusammenbruch.

In einer politisch höchst bedeutsamen Situation hat der deutsche Parlamentarismus elend versagt. In einem Augenblick, da sich die westlichen und südlichen Staaten Europas unter dem Zeichen der Demokratie immer enger zusammenrücken, da Deutschland, das Wortland osteuropäischer Reaktion, völliger Isolierung verfällt, da wir in Ostasien die folgenschwersten Katastrophen erleben, und der deutsche Militarismus und die deutsche Weltpolitik bei der ersten ernsthaften Probe in Südwestafrika nicht zu ihrem Ruhme bestehen, in solcher weltgeschichtlicher Situation haben die bürgerlichen Parteien des deutschen Reichstages nichts zu sagen und die Vertreter der Regierung wüßten mühsam ein paar Proben hervor, deren sich auch der letzte Bezirksvereinsredner staatsverhaltender Richtung schämen würde. Es scheint, als ob sich die herrschenden Klassen nur noch erregen, wenn unmittelbar ihr Profit — beispielsweise bei den Börsen — in Frage kommt. Es ist der jämmerlichste moralische und geistige Zusammenbruch, der sich denken läßt.

Gegen diese Gleichgültigkeit, Schlawheit und Stupidität unternahm es bei der dritten Lesung des Etats die Socialdemokratie, die Ehre der deutschen Volkstretung und den Ruf des deutschen Volkes zu wahren. Webel zeichnete in einer bei aller Miße kraftvollen und weitsehenden Rede die gegenwärtige Lage. Er wies auf den schneidenden Gegensatz der selbstzufriedenen Reden Willovs und der geradezu kriegerisch gefärbten Ansprache des Kaisers in Karlsruhe hin. Er schilderte, wie Deutschland immer mehr vereinsame durch die Schuld seiner

äußeren Rüstungs- und seiner inneren Reaktionspolitik. Er erörterte den ostasiatischen Konflikt und die Russenfreundschaft, die in dem laienhaften Telegramm ihren Ausdruck fand: „Ruhlands Trauer ist Deutschlands Trauer“. Dann ging er auf das Elend unserer Finanzen ein, das keine Mittel für Kulturzwecke ermöglicht und kritisierte den kolonialen Krach, wie er in Süd-West-Afrika immer deutlicher sich offenbare. Schließlich charakterisierte er die inneren Zustände an der neuesten Ausschreibung der preussischen Reaktion, dem Kontraktbruch-Gesetz.

Während der Rede Webels vertrat Herr Arendt durch Zwischenrufe die nationale Begeisterung der staatsfeindlichen Parteien. Als Webel bezweifelte, daß sich für unsre Kolonien ein Käufer finden würde, durchsetzte Herr Arendt mit dem Rufe das hohe Haus: „Schreiben Sie doch mal an Chamberlain“. Das war der Gipfel des patriotischen Woges.

Webels Ausführungen zwangen den Grafen Bülow zu einer kurzen Rede. Er sprach wie ein Automat, mit einem leeren Pathos, das bereits sich selbst verhöhnt. Der gleichende Vokal dieser Veredamtheit ist jetzt vollständig abgedrückt. Auf seine der Ausführungen Webels ging er ein. Er bestätigte lediglich das Telegramm Wilhelms II. an den Zaren, um aufs neue eine tiefe Verbeugung vor dem Reiche Bäterens zu machen. Er erklärte die Stundgebung aus menschlichen Mitgefühl. Nun, das menschliche Mitgefühl des deutschen Proletariats gehört den Opfern der russischen Barbarei, den russischen Freiheitskämpfern, den Märtyrern von Kischinev. Weiter fand der Herr Graf die Erörterung der südwestafrikanischen Vorgänge nicht zeitgemäß, verteidigte die dortigen Kulturträger und rüffelte die Missionen, weil sie die Wahrheit so zur Unzeit ausgesprochen hätten. Ueber die militärischen Zukunftspläne sagte er nichts. Wir erfuhren nur die erstaunliche Thatsache, daß der General v. Trotha deswegen nach Südwestafrika geschickt werden mußte, weil ein simpler Oberst über so zahlreiche Truppenmassen nicht kommandoberechtigt sei. Also ist die Abfertigung Leutweins eine reine Etiquettenfrage!

Die Bemerkungen Webels über die Isolierung Deutschlands schätzte Graf Bülow in die Besingung um, daß wir von Reid und Haß verfolgt würden. Gegen diesen „Reid“ rüffelte dann der Reichskanzler wie irgend ein Feldwebel mit dem Säbel! Schließlich schätzte sich der moderne Geist in den starken Arm des Junkertums, indem er es ablehnte, anderswo als in Preußen über das Kontraktbruch-Gesetz Rede zu stehen. An dieser Stelle erscholl lauter Beifall auf der rechten Seite, während man sonst den Reichskanzler schier wie einen toten gleichgültigen Mann behandelte.

Die koloniale Verlegenheit und Verwirrung spiegelte sich denn auch in einer stammelnden Ansprache des Kolonialministers Stübel, der eine Depeche des Gouverneurs Leutwein verlas. Man ersah daraus, daß die Hereros thatsächlich Frauen, Kinder, Missionare und Nichtdeutsche schonen, während die Deutschen — obgleich der Nicht-Pardon-Befehl formell nicht ergangen sein soll — thatsächlich keine lebendigen Gefangenen aufweisen können. Unverwundete Gefangene werden kriegsgerichtlich getötet, während verwundete Hereros barbarischerweise niedergemacht werden; dieses Eingeständnis wurde so formuliert: „Die verwundeten Hereros schienen so lange, bis sie unschädlich gemacht werden.“ In ähnlicher Weise leugnete Herr Stübel stillschweigend, daß Herero-Frauen von Deutschen vergevattigt seien. Diese Vergevaltungen seien vielmehr „Verhältnisse“, wie sie „in keiner Kolonie nicht vorkommen.“

Aus der weiteren Debatte ist nur noch die scharfe Kritik zu erwähnen, die Stadthagen dem preussischen Kontraktbruch-Gesetz widmete. Sonst troch sie milde und kleinlich bis zum Ende des Kolonialtats dahin. Dienstag geht die Etatsberatung weiter. Man hofft sie Mittwoch abschließen zu können.

Preussisches Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus überwies am Montag nach längerer Debatte den Gesetzentwurf betreffend die Errichtung eines Oberlandesgerichts in Düsseldorf an eine Kommission und nahm sodann die Gesetzentwürfe betreffend die Erweiterung der Stadtkreise Bonn und Borchum in Verbindung mit einer Resolution an, die die Regierung ersucht, auf eine baldige Aenderung des § 10 des Reichsgesetzes über den Unterstützungswohnsitz in der Richtung hinzuwirken, daß im Fall einer Eingemeindung die Zeit, in welcher jemand vor der Eingemeindung in einem Teile des durch dieselbe gebildeten größeren Ortsarmenverbands-Bezirks sich aufgehalten hat, auf die zweijährige Frist für den Erwerb des Unterstützungswohnsitzes in dem vergrößerten Ortsarmenverbande angerechnet wird.

Gegen die Stimmen der Freisinnigen Volkspartei — die Freisinnige Vereinigung hat ihre ursprünglichen Bedenken fallen gelassen — genehmigte das Haus sodann in zweiter Lesung die Dreimillionen-Gabe für nicht-socialdemokratische Eisenbahnen und begann schließlich noch die Beratung der Vorlage betr. die **Verstrafung des Spiels in nichtpreussischen Lotterien**. Nach der einleitenden Rede des Finanzministers Frhrn. v. Rheinbaben wurde die Debatte abgebrochen.

Am Dienstag steht außer kleineren Vorlagen die erste Lesung des vom Herrenhause bereits angenommenen **Ansiedelungsgesetzes für Posen** auf der Tagesordnung.

Bürgermeister und Agrarier.

Im preussischen Herrenhause kam es am Montag zu wirklich erregt gemeinten Auseinandersetzungen zwischen der Partei der Oberbürgermeister auf der einen, den Agrariern und der Regierung auf der anderen Seite. Anlaß dazu gab eine Interpellation der Oberbürgermeister, die die Regierung anfragt, wann sie einen Gesetzentwurf zur Aenderung der §§ 5 und 14 des Ausführungsgesetzes zum **Schlachtvieh- und Fleischschau-Gesetz** einzubringen gedenkt. Durch diese Paragrafen werden die Städte hygienisch und auch finanziell schwer geschädigt, hygienisch insofern, als das eingeführte, von ländlichen Tierärzten untersuchte Fleisch nur noch daraufhin nachuntersucht werden soll, ob es in zivilen gesundheitsschädlichen Veränderungen erfahren hat, und finanziell insofern, als für diese Nachuntersuchung keine Gebühren von den Städten erhoben werden dürfen. Wie notwendig eine Aenderung der Gesetzesbestimmungen ist, geht daraus hervor, daß den Mitteilungen des Oberbürgermeisters Rixhner zufolge, in Berlin allein in der Zeit vom 1. Januar bis 9. Februar dieses Jahres in 55 Fällen eingeführtes Fleisch **beschlachtet** werden mußte, hauptsächlich wegen Tuberkulose. Das kümmert jedoch die Agrarier nicht — ihnen ist nur ausländisches Vieh gesundheitsgefährlich! — sie verlangen sogar, daß das Gesetz noch gesundheitsgefährlicher gestaltet wird. Wie wenig Gewicht sie auf einwandfreies Material legen, wie wenig sie willens und imstande sind, beweist die Aenderung des Herrn v. Burgdorff, daß er die Denkschrift der Städte über die Gemeingefährlichkeit des Fleischschau-Gesetzes am liebsten ungelesen in einen tiefen Brunnen geworfen hätte. Die Bestrebungen der Agrarier verbildeten sich zu einem Antrage, die Regierung zu ersuchen, alle Anträge auf Aenderung der §§ 14 und 15 abzulehnen und etwaigen Versuchen entgegenzutreten,

die darauf hinauslaufen, die Einführung des Fleisches in die Städte über den Sinn des Gesetzes hinaus zu erschweren. Nur weil eine Bestimmung der Geschäftsordnung die sofortige Verhandlung dieses Antrages unmöglich machte, wurde seine Annahme vorläufig noch aufgeschoben. Daß die Regierung im Sinne des Antrages vorgehen wird, ist nach den Ausführungen des Landwirtschaftsministers zweifellos. Herr v. Podbielski thut eigentlich noch mehr als die Agrarier verlangen, er legt das Gesetz so aus, daß die Nachuntersuchung nicht von städtischen Beamten mit vorgebildeten Beamten, sondern von der Marktpolizei, also dem denkbar ungeeignetsten Organ, ausgeübt werden soll. Nun, zum Glück hat in letzter Linie nicht Herr v. Podbielski, sondern die Gerichte darüber zu entscheiden, bei denen man denn doch wohl eine etwas objektivere Prüfung als bei den Vertretern der Regierung voraussetzen darf.

Am Dienstag stehen kleinere Vorlagen und Petitionen auf der Tagesordnung. Die Beratung des Etats soll am Mittwoch beginnen.

Leutwein droht mit dem Rücktritt.

Daß die Ernennung des Generalleutnants v. Trotha zum Oberkommandierenden in Südwestafrika eine schwere Kränkung Leutweins bedeuten mußte, ist allgemein anerkannt worden. Wie gaben dann auch sofort der Ansicht Ausdruck, daß Oberst Leutwein auf die Ernennung v. Troths mit seiner Demission antworten werde. Wie recht wir mit unser Vermutung hatten, beweist folgende Meldung des Scherl-Blattes, dessen Berichterstattung die der Regierung bekanntlich an Schnelligkeit und Zuverlässigkeit weit in den Schotten stellt:

Windhuk, 8. Mai. Wie ich aus absolut sicheren Quellen erfahre, hat Gouverneur Leutwein beschlossen, gleich nach Uebergabe der Geschäfte an den General von Trotha, der am 7. Juli in Swakopmund landen wird, nach Deutschland zu gehen. Die Elite alter Afrikaner erblickt hierin eine eminente Gefahr für ganz Deutsch-Südwestafrika, da sein Fortgehen oder Rücktritt unbedingt den sofortigen Abfall aller bisher treu gebliebenen Stämme, einschließlich derjenigen im Süden, bedeuten würde. Die Truppen verlieren damit zugleich ihr unentbehrliches Treiber- und Wächterpersonal, das von uns trefflich bewaffnet ist; es würde außerdem zu den schlimmsten Vorfällen bereit sein. Die Situation ist demgemäß sehr ernst.

Die Folgen des persönlichen Eingreifens in das Südwestafrika-Abenteuer versprechen also höchst erbäulich zu werden! Ob die Regierung sich durch diese Alarmanmeldung noch in letzter Stunde bestimmen lassen wird, ihre Verfügungen wegen des Oberkommandos rückgängig zu machen? Oder ob Leutwein schließlich doch noch als getreuer Unterthan seinen Rücktritt verschieben wird?

Interessant ist an dem Scherl-Telegramm zweierlei: Einmal, daß die Scherl-Presse es überhaupt veröffentlicht hat! Denn seine Spitze und die Stelle, gegen die diese Spitze zielt, ist gar nicht zu verkennen. Das Telegramm sieht einer Flucht an die Deffentlichkeit geradezu täuschend ähnlich. Nur daß diesmal der höchste Reichsbeamte selbst zu diesem äußersten Schritt seine Zuflucht genommen zu haben scheint. Rationalisten und freisinnige Auctoren munkelten ja bereits in den letzten Tagen allerlei von einer unmittelbar bevorstehenden Krise, von einer ernstlichen Erschütterung der Stellung des Reichskanzlers!

Was uns freilich wichtiger dünkt als Sein oder Nichtsein eines gleichgültigen diplomatischen Causidors, ist die Anerkennung der Thatsache, daß der Abgang Leutweins die Empörung der Eingeborenen ganz Südwestafrikas bedeuten würde! Dies Eingeständnis belächelt greller als alle Missionarsberichte die skandalöse Wirtshaft in der Kolonie. Kein Mensch wird behaupten, daß Leutwein gegenüber den Annahmen der kolonial-Abenteurer ein zu stiefes Maßgrat betrieblen hätte. Im Gegenteil: der Herero-Aufstand ist gerade durch die allzu große Raubbildigkeit des an sich wohlmeinenden und humanen Gouverneurs an die Missionspolitik der kolonial-Abenteurer verschuldet worden. Nicht seinen Maßnahmen folgte die Regierung, sondern der wüsten Hege der kolonialerz, die die Eingeborenen nur als Objekte ihrer Ausbeutung und ihres Herrenmenschenwahns behandelt wissen wollten. Und trotzdem betrachteten die Eingeborenen Leutwein schon seiner guten Absichten wegen als ihren Freund und Beschützer. Welch geradezu rührende Dankbarkeit!

Und dieser Mann, gegen den die kolonialen Scharfmacher seit Monaten in der infamsten Weise gehetzt, den sie als den Hauptschuldigen des Aufstandes denunziert haben, wird jetzt als der unentbehrliche Retter aus der Not gepriesen! —

Deutsches Reich.

Eine Brücke für die Bundesstaaten, welche die Erhöhung der Matritularbeiträge fürchten, wie sie in zweiter Etatslesung beschlossen ist, will Dr. Spahn bauen. Der eifrige Kasser zwischen den Regierungen und dem Centrum beantragt zur dritten Lesung in dem Etatsgesetz einen § 3a einzufügen, der belagt:

„Insofern die von den Bundesstaaten aufzubringenden Matritularbeiträge für das Rechnungsjahr 1904 den Betrag von 219 630 000 M. übersteigen, wird der Reichskanzler ermächtigt, deren Erhebung vorerst für dieses Rechnungsjahr auszusuchen, bis der zur Deckung des Bedarfs für dasselbe nach den wirklichen Ergebnissen des Reichshaushalts erforderliche Betrag festgestellt ist.“

Eine Kunstdebatte ist noch bei der dritten Lesung des Etats zum Reichsamt des Innern zu erwarten. Abgeordnete verschiedener Parteien haben beantragt, daß bei der Verteilung der Fonds zur Unterstützung der deutschen Kunst beide Centralorganisationen der deutschen Künstlererschaft berücksichtigt werden sollen.

Willkommen! Das neueste Socialistenlöcher-Geschäft ist begründet. In der Prinz Albrechtstraße, gegenüber dem preussischen Idealparlament, hat der Reichsverband gegen die Socialdemokratie unter Leitung des General Lieber sich ein konstituierendes Festessen geleistet und Statuten beschlossen. Wir zittern! —

Frankfurt-Debus. Unsere Parteigenossen sind überaus eifrig in der Agitation und mühen die kurze Frist bis zum Tage der Reichswahl mit großer Begeisterung zur Verbreitung unserer Ideen.

Unter den Wagnern waltet die starke Bestimmung fort; in den „Leipz. Neuef. Nachr.“, die für die bündlerisch-antisemitische Kandidatur des Generals v. Jagwitz eintreten, kommt der Verdruss über den nationalliberalen Anspruch auf die Kandidatur Hoffmann als alleinigenmachende also zum Ausdruck:

„Was ist dem unwohl? Wo stecken da die heimlichen Querstreiberien? Wo der Verrat? O nein, wenn von solchen schönen Dingen geredet werden soll, dann kann man die Schuld nur auf der Gegenseite, bei jenen „liberalen“ Elementen suchen, die im Juni mit fliegenden Fahnen in das socialistische Lager hinübergangen und die auch jetzt sich einer so ausgefuchst häßlichen und gefährlichen Sprache dem agrarischen Kandidaten gegenüber befleißigen, daß man auch in Zukunft auf jeden Verrat und jede Kesseltiefe gefaßt sein kann. Während das offizielle Organ der Agrarier sich seit Aufbruch für einen anständigen Kampf und für ein Zusammengehen in der Stichwahl anspricht, hält die nationalliberale „Frankfurter Oberzeitung“ es für nötig, die

niedrigsten und schmutzigsten Angriffe gegen den General v. Jagow und seine Freunde, gegen Hahn, Dertel, gegen jeden auszusprechen, der nicht ohne weiteres der Kandidatur Bassermann zustimmt. ... Glaubt man, auf diesem Wege die Agrarier und Antisemiten zur Liebe zu zwingen? Wir glauben es nicht, und wir fürchten, daß diese Haltung der Liberalen, nicht aber die Kandidatur Jagow zu einer neuen und blutigen Niederlage der bürgerlichen Parteien führen muß.

Der konterbait-antisemitische Kandidat wird übrigens als Politiker hohen Ranges entdeckt. Als Herr v. Jagow im vorigen Jahre in Jauer-Landesparlament kandidierte, hat er diesen famosen Wahlauftritt für sich verbreiten lassen:

Mobilmachung zur Reichstagswahl für alle Soldaten. General-Idée: Eroberung des Reichstags-Wahlkreises Vollenhain-Landesparlament für die Ordnungsparteien. Special-Idée: Heranzholung aller reichstreuere Wähler in allen Orten zur Ausübung ihres Wahlrechts. Erster Mobilmachungstag: 16. Juni 1903, morgens 4 Uhr: Wachen. 5 Uhr: Antreten vor dem Wahllokal. 5-8 Uhr: Sprung- und Kletterübungen an der neuen Wahlzelle, Freiübungen mit Stimmzettel-Umschlagen. 8-9 Uhr: Ruhe. 9-10 Uhr: Vereinstellung der Waffen (Verteilung der Stimmzettel, Herbeiführung der Wählerlisten, Fahrräder etc.). 10-11 Uhr: Kavallerie läßt den Aufmarsch und die Abfertigung des Feindes auf. Von 11 Uhr an: Sprungweises Vorgehen der Infanterie in Gruppen von Haus zu Haus. Die Feldartillerie proggt in der Nähe des Wahllokals ab. Pioniere besetzen die Dämmebrücke sowie die Landungsbrücken an der wütenden Reisse. Kein Mann kommt zu Schiff, der nicht vorher gewählt hat. Der Vollenhain-Schönthalener Kaderklub „Reptum“ überwaht den Dienst der Fährten über die Reisse und Wiesauer Wasser und befördert jeden schnell zum Wahllokal. Eisenbahntruppen und Fußartillerie besetzen den Bahnhof und lassen niemand zum Bahnsteig, der nicht erst gewählt hat. Die Luftschiffer setzen sich nach Abgabe ihrer Stimmzettel auf das höchste Dach des Ortes, eventuell des Kirchturms und spähen aus, wo Stimmzettel fallen, und wo sich träge Wähler versteckt halten. Auf der ganzen Linie unausgesetztes Abvancieren zu allen Wahllokals. Nachmittags 3 Uhr: Infanteriepatrouillen suchen im Umkreise von 300 Meter vor dem Wahllokal, Kavalleriepatrouillen im weiteren Umkreise die Gemeindegrenzen nach faulen Wählern ab. Nachmittags 4 Uhr: Abmarsch neuer Patrouillen: ein Gekompa zu zwei, welches die Feldartillerie stellt für Kameraden, die nicht zu Fuß gehen können; zu Kameraden über 70 Jahren je ein Gefreiter und ein Mann des Sanitätskorps mit Feldflasche und Brotbeutel. Nachmittags 5 Uhr: Abmarsch der letzten Patrouillen zur Einholung der letzten Wähler. Nachmittags 7 Uhr: Das Ganze halt! Sieg über den gemeinsamen Feind von Kaiser und Reich und Bürgerturn. Abends 7 1/2 Uhr: Abreiten der Feldjäger mit den einzelnen Siegesnachrichten. Abends 8 Uhr: Sammeln. Ablofen. Abends 11 Uhr: Parade. Zweiter Mobilmachungstag: 25. Juni 1903. Graf Pöhlert vor dieser Konturierung erzittern!

Kammergerichtsrat v. Drendmann ist im Alter von 78 Jahren gestorben.

Drendmann ist der höchste preussische Richter. Diese Karriere beweist schon allein, daß er einer der reaktionärsten Köpfe im Reiche der Justiz gewesen ist. Auf dem Wege über die politischen Prozesse hat er denn auch Karriere gemacht. Unter seiner Herrschaft wurden die letzten Richter, die sich, wenn nicht eine freiherrliche, so doch wenigstens eine politische objektive und neutrale Rechtsauffassung bewahrt hatten, durch Verbannung in Zivilkammern unschädlich gemacht.

Der von Haus aus bürgerliche, schließlich aber erblich geadelte Mann wird als Typus einer Klassen- und Klassenjustiz in der Erinnerung bleiben. Als 1896 in Preußen durch den Assessor-Paragrafen erreicht werden sollte, daß die Justiz nach dem Muster des Offizierskorps zum ausschließlichen Monopol der herrschenden Familien gemacht würde, verteidigte Drendmann dies Gesetz mit dem berühmten gewordenen Satz, daß die „Söhne aus guten Familien“ gern dem Richterstande den Rücken kehren, weil er ihnen zu gemischt sei.

Der Name des Nachfolgers Drendmanns auf dem obersten preussischen Richterposten mag so oder so lauten; sicherlich wird es bei den heutigen Zeitläuften ein Sproßling besser Familien sein. In Frankreich kennt man den „guten Richter“, in Preußen legt man mehr Wert auf den „Richter guter Herkunft“.

Moses und der Kontraktbruch. Am die preussische Vorlage betr. Berufserklärung Kontraktbrüchiger Landarbeiter zu rechtfertigen, wird die antisemitische „Deutsche Tageszeitung“ sogar orthodox-jüdisch. Sie meint nämlich, die Verteilung zum Kontraktbruch widerspricht bekanntlich bereits dem mosaischen Gesetz. Ihre Bestrafung ist sonach eigentlich selbstverständlich.

Das ist schon mehr als Jotismus! Das Organ des Bundes der Landwirte hält ein Gesetz deshalb schon für selbstverständlich, weil es das mosaische Gesetz verlangt. Vielleicht verlegt der Bund der Landwirte nun seine gesetzgeberische Tätigkeit nach Palästina und verschont Deutschland mit seiner „mosaischen“ Schwärmerie. Allerdings wir zweifeln, ob die „Deutsche Tageszeitung“ mit einer gesetzgeberischen Vertiefung der sozialen Anschauungen der Propheten Ernst machen möchte. Und mit der alle fünfzig Jahre nach dem mosaischen Gesetz vorgezeichneten Gleichstellung des Landbesitzes wird das Junkturum wohl auch nicht einverstanden sein.

Schwere Soldatenmißhandlungen beschäftigten am Freitag und Sonnabend das Kriegsgericht in Darmstadt. Es muß sich um sehr schwere Verfehlungen gehandelt haben. Im Interim der militärischen Disziplin fand die Verhandlung unter strengstem Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Angeklagt waren eine Anzahl früherer und jetziger Unteroffiziere des Darmstädter Artillerieregiments Nr. 61 und zwar lautete die Anklage auf fortgesetzte Mißhandlung, vorsätzliche Beleidigung und vorchriftswidrige Behandlung Untergebener. Es wurden 68 Zeugen vernommen, auf Grund deren Aussagen der Ankläger gegen die Angeklagten teilweise erhebliche Gefängnisstrafen nicht unter 3 Monaten und Degradation beantragte. Die einzelnen Straffahnen liegen teilweise schon 1-2 Jahre zurück. Das Urteil lautete gegen den früheren Vize-Wachmeister R. Schaf, den Oberführerschiede Kraus und den früheren Sergeanten Raubacher auf je sechs Wochen gelinden Arrest, den Sergeanten Kapp auf sechs Wochen Mittelarrest, den Unteroffizier Gust. Merzowweit auf sieben Monate Gefängnis und Degradation, den früheren Unteroffizier Hugo Wainner auf 5 Monate Gefängnis und Degradation und den Unteroffizier Jakob Frey auf 4 Monate Gefängnis. Gegen Merzowweit, Wainner und Frey wurde mit Rücksicht auf die Höhe der Strafe sofortige Verhaftung angeordnet. Bezeichnend ist es, daß sogar die Urteilsbegründung unter Ausschluß der Öffentlichkeit gegeben wurde. Die drei auf Gefängnisstrafen verurteilten Unteroffiziere handelt es sich offenbar um fäulische Verfehlungen.

Die Reichstags-Erwahl für Straßburg-Land, wo das Mandat des Abg. Wunnenhals (D. Sp.) für ungültig erklärt wurde, findet am 21. Mai statt.

Verichtigung. In der Sonntagsnummer ist die Besprechung des neuen preussischen Kontraktbruchgesetzes durch ein technisches Versehen statt unter die Ueberschrift „Gesetzlich erzwingene Berufserklärung“ in die Notiz über das preussische Abgeordnetenhaus geraten.

Ausland.

Der Bericht der Fünferkommission über den Fall Rasi.

Rom, den 5. Mai. (Fig. Ver.)

Der heutige Tag bezeichnet gewissermaßen den Abschluß der Affaire Rasi als eines politischen Ereignisses. Er rückt die ganze Angelegenheit in die Sphäre des Gerichtssaales.

Heute ist der Bericht der Fünferkommission in der Kammer verlesen worden. Der Bericht ist gleichsam der Schlüsselstein des Strafgesetzbuches, in dem des Eminenzes Name und bürgerliche Existenz auf immer eingefügt ist; denn

die fünf Kommissäre beschäftigen in allen wesentlichen Punkten die Ergebnisse des Berichtes Saporito. Von irgend etwas, das den Anhaltspunkt für einen Rettungsversuch bilden könnte, ist nicht die Rede. Sie bestätigen die Unterschlagung von Kunstgegenständen, die rechtswidrige Aneignung der Bücher, die falsche Verwendung des Lehrer-Unterstützungsfonds, die beispiellose Verschwendung an Postwertzeichen und Telegrammen, die Aneignung von Möbeln, die Verwendung von Arbeitern, die der Staat bezahlte, zu Privat Zwecken, die Herstellung der berühmten Listen, kurz alle die zahllosen großen und kleinen Camerereien, die Saporito zuerst entfaltete. Der Bericht beweist, daß die Unregelmäßigkeiten weit ausstrahlen und von mehreren beteiligten Behörden stillschweigend hingenommen wurden. Er hebt auch hervor, daß Rasi von verschiedenen Seiten darauf aufmerksam gemacht worden ist, daß sich seine Verwaltung auf absteigender Ebene befand. Auch hat der Ober-Rechnungshof in einem Jahre (1902/03) 2551 der Dokumente des Unterrichtsministeriums gar nicht, 2322 nur nach vorherigen Umänderungen bestätigt, während für alle zwölf Ministerien zusammen (einschließlich des Unterrichtsministeriums) 9924 Dokumente die Bestätigung verweigert, 8795 nur nach erfolgter Abänderung erteilt wurde.

Die Fünferkommission faßt ihre Schlussfolgerungen in folgenden Worten zusammen:

„Die Erhebung hat also ergeben, daß im Ministerium des Unterrichts während der zwischen dem 14. Februar 1901 und dem 4. November 1903 liegenden Periode Unregelmäßigkeiten stattgefunden haben: Vergewöhnung öffentlicher Gelder sowie Handlungen, die den Charakter von Verbrechen tragen.“

Hat der Minister die administrative und moralische Verantwortung für diese Handlungen? Ohne Zweifel, ja, nicht nur, weil er sie fast alle durch seine Unterschrift sanktioniert, sondern auch, weil sie von Personen ausgeführt wurden, die er freiwillig außerhalb des Verwaltungspersonals wählte und die er mit seiner Autorität als Minister deckte, ohne ihr Vorleben genau zu kennen und ohne ihre Tätigkeit zu überwachen.

Was die strafrechtliche Verantwortlichkeit des Ministers betrifft, so ist es nicht unsre Aufgabe, und darüber zu äußern, denn weder eine Erhebungskommission, noch die Kammer hat ein Recht oder verfügt über die geeigneten Mittel, die Verantwortlichkeit auf diesem Gebiete festzustellen. Leider können wir sie nicht ausschließen und unterbreiten daher der Kammer folgenden Schluß:

„In den oben dargelegten Unregelmäßigkeiten und verbrechenartigen Handlungen hat die Kommission nicht allein die administrative und moralische Verantwortung des Ministers festgestellt, sondern sie kann auch erstere Verantwortlichkeiten nicht ausschließen, deren Feststellung andern Behörden obliegt, und schlägt daher, auf einstimmigen Beschluß, die Ueberweisung der Dokumente an die Gerichtsbehörden vor.“

gez.: Cappelli, Prampolini, Chiapuffo, Corio, Torrignani.

An diese für Rasi absolut zermalnende Schlussfolgerung schließt die Kommission noch einige Erwägungen, die sie als allgemeine verwaltungstechnische Belehrung aus ihrer Untersuchung gewonnen hat. Sie baut auf diese Erwägungen folgende Forderungen: 1. die Regierung möge schleunigst den Mißständen abhelfen, die sich im Verwaltungswesen bei der Affaire Rasi gezeigt haben, 2. sie möge die einzelnen Ressorts des Budgets schärfer abgrenzen, um der durch die Elasticität der Bestimmungen möglich gewordenen mißbräuchlichen Verwendung der Gelder ein Ende zu setzen, 3. der Ausschuh der Rechnungsbehörden möge Bestimmungen treffen, um die schleunige Nachprüfung des Konsumptivbudgets der einzelnen Ressorts zu ermöglichen, besonders bei den Kapiteln, in denen das Präventivbudget überschritten wurde.

Heute war große Erwartung in der Kammer, da man glaubte, der Fall Rasi würde auch hier durch die Autorisation zur Strafverfolgung seinen Abschluß finden. Zur großen Enttäuschung des zahlreichen Publikums verlagte man die Diskussion auf Sonnabend. Auch Sonnabend können wir also auf ein „volles Haus“ rechnen, obwohl sich das Ganze wohl auf eine sehr kurze Abschlagung reduzieren wird. Rettungsversuche wird niemand machen. Mit Rasi sind seine bürgerlichen Kollegen schnell fertig geworden: wehe dem, der sich ertappen läßt.

Den einzigen noch möglichen Rettungsversuch scheint übrigens Rasi selbst schon gemacht zu haben: in Rom zirkuliert die Nachricht, daß er geflohen sei. Seine Wohnung wird polizeilich bewacht, aber aller Wahrscheinlichkeit nach ist der Herr Eminenz gar nicht mehr darin.

Frankreich.

Niederlage der Nationalisten bei der Pariser Gemeinde-Stichwahl. Bei den Pariser Gemeinderatswahlen am Sonntag wurden 16 Ministerielle und 10 Antiministerielle gewählt. Da in der Hauptwahl 27 Ministerielle und ebenso viele Antiministerielle gewählt waren, legt sich der Gemeinderat aus 43 Ministeriellen und 37 Antiministeriellen zusammen.

Der Streik der Marine-Offiziere in Marseilles dauert unverändert fort; im Laufe der letzten Woche haben wieder 10 Schiffe abgerüstet, wodurch gegen 1000 Seeleute beschäftigungslos wurden. In Havre haben sich die Offiziere mit ihren Kollegen solidarisch erklärt und haben beschlossen, ebenfalls in den Streik einzutreten. Der Marineminister hat eine 100 Mann starke Abteilung See-Offiziere von Bre st beordert, den Postdienst zwischen Marseilles, Tunis und Algier zu sichern.

Italien.

Die Aufhebung der Reformisten gegen den Parteivorstand.

Rom, 5. Mai. (Fig. Ver.)

Wie dem „Avanti“ aus Mailand telegraphiert wird, hat sich heute das Exekutionskomitee der Reformisten verammelt und beschlossen, das Referendum über die autonomen Cirke abzulehnen. Man beschloß, diese Entscheidung in einem Rufus an die Sozialisten Italiens zu begründen und darin auch zu erklären, daß, wenn das Referendum den autonomen Cirkeln die Existenzberechtigung abspricht, die Reformisten eine eigne Partei-Organisation schaffen werden.

Der morgende „Tempo“ wird den Rufus enthalten. Der „Avanti“ spricht die Ansicht aus, daß diese Aufhebung der Reformisten gegen die Parteimehrheit im schlimmsten Falle zu einem Abbröckeln einzelner Persönlichkeiten, nicht aber zu einer Spaltung führen könne, da die ungeheure Mehrheit der Parteigenossen die Disziplinlosigkeit der Mailänder Reformisten verurteilt.

Rußland.

Demonstratives Begräbnis. Polizeiliche Ausschreitungen. Russisch-Polen. Warschau, 4. Mai. (Fig. Ver.) Die Erregung, die sich der Polizei, sowie der Bevölkerung infolge des bewaffneten Widerstandes in der sozialdemokratischen Druderei bemächtigt hat, dauert noch fort. Das hat sich heute wieder gezeigt aus Anlaß eines demonstrativen sozialdemokratischen Begräbnisses.

Vor einiger Zeit ist unter andern von dem Lodzer Gefängnis nach der Warschauer Citadelle Genosse Wrenzweig, Student, übergeführt worden, der in Lodz als Mitglied der Sozialdemokratie Russisch-Polens und Litauens tätig war und mit vielen andern verhaftet wurde. Der lange Aufenthalt erst in dem ganz unerträglichen Lodzer Gefängnis, dann in der Warschauer Citadelle hat seine Gesundheit so ruiniert, daß er, nachdem man ihn endlich aus dem Gefängnis in das Spital transportiert hatte, nach drei Tagen ver-

starb. Was der dahingekommene Genosse wohl in den Mauern der Citadelle ausgestanden haben mag, werden wir nun nie erfahren. Das aber ist bekannt geworden, daß auch im Spital am Lager des Sterbenden bis zu dessen letzten Atemzuge ein Gendarm saß. Diese letzte Nacht des zu Tode Gemarterten gelang es ihm doch nicht zu verhindern. ... Heute, am 4., ist Wrenzweig begraben worden, und eine zahlreiche Schar von Studenten, denen sich unterwegs eine große Menge Arbeiter anschloffen, gaben demonstrativ dem Genossen das letzte Geleit. Man trug dabei ein großes Bouquet aus roten Nelken und sang im Chor das polnische Parteilied die „Note Zahne“.

Die Polizei geriet nun ob solch offener Demonstration wenige Tage nach dem Zwischenfall in der Druderei, in dem die Sozialdemokratie ihr eben erst so schön die Stirn geboten und sie mit blutigen Köpfen heimgeschickt hat, in unaussprechliche Wut. Sie umringte den Leichenzug, stürzte sich auf die Singenden, verbündete brutal die Niederlegung des Bouquets auf der Bahre und ließ den Zug auf dem Friedhof nicht an das Grab heran. Der Polizeikommissar alarmierte telephonisch die Gendarmerie und auf dem Friedhof sprengten 50 berittene Gendarmen mit dem Polizeihauptmann, dessen Adjunkten und mehreren Polizeikommissaren heran. In der Stadt, als man die Demonstranten in solcher Umzingelung führen sah, entstand im Publikum ungeheure Panik. Dies bemühend, gingen die Schergen einfach an, auf alle ganz blind und sinnlos einzuhauen und zwar nicht bloß auf die Teilnehmer des Leichenzuges, sondern auf das herumstehende Publikum, das dem auffallenden Schauspiel zuschaute. So wurde u. a. in der Genastraße ein 15-jähriger Junge so furchtbar von den Polizisten bearbeitet, daß er kaum lebend auf die Wache gebracht worden sein. Zugleich wurden Verhaftungen vorgenommen; im ganzen sind etwa 70 Personen verhaftet.

Unabhängig davon sind in den letzten Tagen, seit dem blutigen Zusammenstoß mit der Polizei auf der Wola mehrere Personen verhaftet worden, darunter: Dr. Joseph Gurymann, die Studenten Bronislaw Feinstein, Daniel Elbaum, Bruchowski u. a.

Die peinlich der Regierung der auffeherregende Fall des bewaffneten Widerstandes in der Druderei der Sozialdemokratie ist, exzellert daraus, daß die Presse gar nichts darüber berichten darf. Der offizielle „Warschawski Druk“ brachte nur eine kurze trodene Notiz über den Tod der beiden Offiziere der Gendarmerie und der Polizei, sowie die tödliche Verwundung der Schutze, ohne ein Wort von dem politischen Charakter der Affaire zu sagen oder die näheren Umstände zu erwähnen. Thatsächlich ist dies der erste Fall in der revolutionären Bewegung in Rußland, wo die Polizei bei einem bewaffneten Widerstand so große Verluste hatte, und wo es den Revolutionären gelungen war, nicht nur fünf Mann von der Polizei zu töten, sondern auch noch zum Teil ihren Händen zu entkommen, trotz eines enormen Aufgebots der Gendarmerie.

Revolutionäre „Amtriebe“ im Heere.

In Lublin sind im Wilgoraj-Regiment zwei Offiziere verhaftet worden, als sie gerade dabei waren, in der Regiments-Lithographie (jedes Regiment hat zur Herstellung von Tagesbefehlen eine kleine lithographische Einrichtung) revolutionäre Flugblätter herzustellen. Sie waren vom Wachposten denunziert worden. Einer von den Offizieren heißt Dimitri Tarbow; außerdem ist in dieser Sache Lidja Semutowa verhaftet.

Asien.

Ein neues Gefecht in Tibet. Kasolse (Tibet), 8. Mai. Eine Abtheilung der englischen Expedition hat am vergangenen Freitag 1500 Tibetaner unterhalb des Kharo-Passes angegriffen und nach einem sechsständigen Gefecht in die Flucht geschlagen. Die Engländer verloren 25 Tote und Verwundete, darunter einen Kapitän, die Tibetaner hingegen an 200.

Die englischen Verluste sind diesmal also erheblich größer als bei den früheren Zusammenstößen.

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

Die überflügen Russenschwärmer, die seit vielen Wochen lange Betrachtungen über die thörichte Panderstaktik der Japaner angestellt hatten, sind plötzlich ganz verstummt. Man hatte den Japanern haarscharf — natürlich immer unter Zugrundelegung der russischen Situationsdarstellungen — nachgewiesen, wie sie sich durch ihr langsames Vorgehen alle Chancen des Erfolges verscherzt hatten, daß Rußland nunmehr stark genug sei, um jeden japanischen Angriff blutig zurückzuweisen. Die Vorgänge der letzten zehn Tage haben bewiesen, eine wie klug berechnete Taktik die Japaner befolgt haben. Langsam, besonnen, unter Sicherung der Etappen, haben sie ihre Truppen nach dem Jalu vorgehoben. Dort machten sie, ungeachtet alles Geschwäges der Zeitungsstrategen, solange Halt, bis alle Vorkehrungen zum raschen unaufhaltsamen Vorstoß getroffen waren. Als sie dann vorgingen, warfen sie nicht nur die russischen Truppen am Jalu in mächtigem Stoße völlig über den Haufen, sondern sie verfolgten in zäher Ausdauer ihres Sieges auch den Feind bis zu seinem vermeintlichen nächsten Sammelpunkt, bis J u n g a n g t s e n g.

Sie liehen den flüchtigen Feind nicht zum Verschauen kommen, sondern bedrängten ihn dergestalt, daß er auch diese Etappe, die zweite russische Verteidigungslinie räumen mußte. General S a s u l i t s c h wußte in seinen Telegrammen an die Regierung so viel über die „gehobene Stimmung“ der geschlagenen Jalu-Armee zu berichten. Wie gehoben diese Stimmung war, beweist die Thatsache, daß die Russen ohne ernstlichen Kampf auch J u n g a n g t s e n g geräumt haben!

Aber nicht nur auf diesem Gebiete des Kriegsschauplatzes haben die Japaner überraschend glücklich operiert, auch auf der H a l b - i n s e l L i a u t u n g sind die Landungen der japanischen Truppen mit glänzender Präzision erfolgt, so daß das Schicksal Port Arthur bereits besiegelt erscheint, falls nicht ein ganz überraschender, äußerst unwahrscheinlicher Umfchwung eintritt. Auch wird bereits die R a u m u n g K i u t s c h w a n g gemeldet. Sollte sie sich bestätigen, und sollten auch hier, wie wahrscheinlich, japanische Truppen gelandet werden, so befände sich bereits ein erheblicher Teil der Süd-Panandschüre in den Händen der Japaner, während die Russen einseitig auf die Verteidigung der Bahnlinie Mukden-Charbin beschränkt wären.

Jedenfalls können die Japaner mit den bis jetzt errungenen Erfolgen äußerst zufrieden sein!

Die Besetzung der Halbinsel Liautung.

Schanhaiwan, 8. Mai. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Die Russen räumen den westlichen Teil der Halbinsel Liautung und ziehen sich nach Gattscheng zurück. Am Donnerstag und Sonnabend haben die Japaner in Kiutshau 10 000, in Kiutshau ebenfalls 10 000 und in Piheno 7000 Mann gelandet. Sie haben Wafangtien und Port Adams besetzt und die Eisenbahn meilenweit zerstört. Bei Kaitshau, wo man früher Transportschiffe gesehen hatte, wurde heftiges Feuer gehört. Die Abschließung Port Arthurs ist vollständig. Sechzehn Kriegsschiffe haben die Landung bei Kiutshau überwacht. Ihr Feuer schürfte die dort schmale Landenge. 75 Verwundete sind nach Kiutshwang gebracht worden.

In Mukden sollen Rohungsmittel knapp sein, so daß die Soldaten Bohnenkuchen essen müssen.

In Kiutshwang herrscht Unruhe. Die Einwohner treffen Vorbereitungen zur Flucht.

Ueber die Sperrung Port Arthurs

meldet ein amtlicher Bericht des Admirals Togo: Die kombinierte Flotte führte am 3. Mai die Sperrung des Ein-

gangs von Port Arthur aus. Die Kriegsschiffe „Matschi“ und „Scholai“, ferner die zweite, dritte, vierte und fünfte Torpedoboot-Flottille, sowie die neunte, zehnte und vierzehnte Torpedoboot-Flottille mit den Dampfschiffen gingen am 2. Mai ab. Der halb aufspringende starke Wind war der Operation hinderlich, so daß der Kommandant Befehl gab, dieselbe einzustellen. Jedoch erreichte der Befehl die Schiffe nicht mehr, so daß acht Dampfschiffe vorgingen und in den Hafen hineindampften, ohne sich durch die feindlichen Scheinwerfer oder das Feuer von den Forts zurückhalten zu lassen oder auf die feindlichen Minen Rücksicht zu nehmen. Fünf Dampfschiffe erreichten den Hafeneingang; besonders gelang es der „Mikawa-Maru“ und der „Totomi-Maru“, die russischen Sperrvorrichtungen zu durchbrechen und weiter ins Innere einzudringen. Die Hafeneinfahrt ist jetzt als tatsächlich gesperrt zu betrachten, wenigstens für Kreuzer und Linienfahrzeuge. Drei der Dampfschiffe wurden versenkt, ehe sie den Eingang des Hafens erreichten. Inse Flottille blieben bis zum Morgen und retteten die Hälfte der Besatzung der versenkten Dampfer. Torpedoboot 67 erhielt einen Schuß in seine Dampfbohrer, und da dasselbe manövrierunfähig wurde, wurde es durch Torpedoboot 70 ins Schlepptau genommen. Vom Torpedoboot „Kotota“ wurde die Backbordmaschine beschädigt, doch ist das Schiff sonst unversehrt. Die Verluste der Flottille waren zwei Tote und drei Verwundete; sie erlitten aber keine weitere Havarie.

Nach einer andern Meldung aus Tokio, die wohl auch offizieller Natur ist, sind bei der Sperrung des Hafens auf Seiten der Japaner ein Offizier und sechs Mann getötet worden. Fünf Offiziere und 15 Mann wurden verwundet. 14 Offiziere und 74 Mann werden vermisst. Acht Offiziere und 36 Mann von den versenkten Schiffen wurden unversehrt gerettet.

Die Besetzung von Jöngwangtschöng.

Petersburg, 8. Mai. Ein Telegramm des Generals Kuroki vom 7. Mai lautet: Die General Saffulitsch untern 7. Mai meldet, besetzen die Kavallerie und die Berge des Gegners am 6. Mai Jöngwangtschöng. Zwei Schwadronen und zwei Kompagnien der Japaner rückten nach Dalian diapusa vor. Die russischen Kavallerie-Abteilungen zogen sich auf Selindja zurück. Streifwachen von Jöngwangtschöng melden, daß zwei japanische Divisionen am 6. Mai sich auf dem großen Wege von Piamn Jöngwangtschöng näherten. Die dritte Division, welche durch das Thal des Nijo vorgeht, hatte die Kijandjapusa Stellung genommen und Batterien zur Beschießung von Jöngwangtschöng aufgeföhrt, in der Erwartung dort russische Truppen zu finden. Die Japaner rückten langsam und äußerst vorsichtig nach Jöngwangtschöng vor.

Wie man sieht, sind die Japaner trotz ihres glänzenden Sieges bei Port Arthur nicht vom Siegestaumel befallen worden, vielmehr haben sie bei ihrem weiteren Vormarsch ihre Energie mit der nötigen strategischen Umsicht zu sparen gewußt.

Die Verluste der Schlacht am Yalu.

Ein Telegramm Kuroki an den Jaren besagt: Die Gesamtverluste am 30. April und 1. Mai betragen an Toten sechs Stabsoffiziere, 20 Oberoffiziere und 564 Mann; an Verwundeten zwei Stabsoffiziere, 36 Oberoffiziere, ein Geistlicher, ein Kapellmeister und 1081 Mann. Auf dem Schlachtfeld sind an Truppen geblieben, von denen es unbekannt ist, ob sie tot oder verwundet sind, ein Stabsoffizier, fünf Oberoffiziere, ein Arzt und 679 Mann. Der Gesamtverlust beträgt 70 Stabs- und Oberoffiziere und 2324 Mann.

Danaoh werden die russischen Gesamtverluste bei der Schlacht am Yalu bereits auf 2400 Mann beziffert, eine Schätzung, die jedenfalls noch zu niedrig ist, liegt doch gleichzeitig auch folgende japanische Nachricht vor:

Tokio, 8. Mai. Die General Kuroki meldet, kommen fortwährend russische Flüchtlinge aus den Wäldern und Dörfern bei Jöngwangtschöng und ergeben sich. Die Eingeborenen berichten, daß die Zahl der russischen Verwundeten, welche Jöngwangtschöng in Tragbahnen passierten, sich auf 800 beläuft. Der Gesamtverlust der Russen dürfte 3000 Mann übersteigen.

Nach einer andern japanischen Meldung haben die Japaner am Yalu gegen 1400 gefallene Russen besattet!

Die offizielle Verlustliste der Japaner in der Schlacht am Yalu beträgt: Von der Garde tot 1 Offizier, 20 Mann, verwundet 7 Offiziere, 123 Mann; von der 2. Division tot 1 Offizier, 84 Mann, verwundet 13 Offiziere, 305 Mann; von der 12. Division tot 3 Offiziere, 76 Mann, verwundet 5 Offiziere 283 Mann.

Insgesamt also 185 Tote und 714 Verwundete. Die russischen Verluste wären also dreimal so groß gewesen wie die japanischen!

Die englische Presse über den Krieg.

London, 7. Mai. (Fig. Ver.) Die japanische Strategie, die vollständige Ausnutzung der Seemacht zu Gunsten der Armee und die Gründlichkeit und Vorsicht der japanischen Maßregeln erwecken hier bei den Freunden und Gegnern Japans ungeteilte Anerkennung. Die öffentliche Meinung Englands ist durchaus nicht philo-japanisch. Die große Spannung, mit der hier der Krieg verfolgt wird, gilt hauptsächlich Rußland. Japan wird hier einzig und allein als Sturmbock gegen die asiatische Herrschaft Rußlands betrachtet. Aber es giebt auch Blätter, die russenfreundlich sind, nämlich der „Standard“ und die „Daily News“. Nichtsdestoweniger können auch diese Blätter nicht umhin, die Mächtigkeit Japans anzuerkennen. Die „Daily News“ sagt heute: „Wir werden uns erst jetzt der Vollständigkeit des Triumphs bewußt, die die japanischen Operationen erlangt haben. Die Größe ihres Planes, die Energie ihres Angriffs, die Verbindung zwischen Kühnheit und Vorsicht offenbaren uns eine Macht, die, was auch das Endergebnis sein wird, nicht mehr in den westpolitischen Rechnungen unberücksichtigt bleiben kann. Der Feldzug dauert kaum zwei, drei Monate und wie sehen bereits, daß alle Geschicklichkeit, alle Wissenschaft, alle Klugheit und Schlagfertigkeit auf Seiten der Orientalen sind. Die Jugend, sagt man, läßt sich nicht unterdrücken, und die Jugend tummelt sich bereits ungeführt von Wladivostok bis Port Arthur. Die Russen haben beinahe aufgehört, zur See zu existieren. Die Schläge fielen auf sie in ununterbrochener Folge und sie machen den Eindruck eines plumpen Niesen, mit dem ein jugendlicher, hurtiger, aber grimziger Feind sein blutiges Spiel treibt. Und auch zu Lande daselbe Schauspiel: immense Unbeweglichkeit in Verbindung mit einer Macht von staunenswerter Beweglichkeit und Energie. Jeder Angriff kommt von den Japanern, die die wunden Punkte des Gegners genau kennen. Sie waren erfolgreich im großen wie im kleinen. Sie haben den Feind aus Korea vertrieben; sie folgten ihm nach der Mandchurie! Sie haben seine Feste isoliert, mit der er Ostasien zu beherrschen dachte. Aber mit der Verschiebung der Kriegsszene nach dem Innern beginnt die Gefahr für Japan. Denn wenn die Russen nicht auf dem Schlachtfeld siegen können, wissen sie wie durch Hungernot und Verwüstungen zu siegen.“

Ob auch in der Mandchurie, wo die Verpflegung für sie ungünstiger ist als für Japan?!

Aus Industrie und Handel.

Kongliederung der Berliner Bank an die Deutsche Bank. Der Konglomerationsprozeß in Bankgewerbe vollzieht sich in immer gewaltigeren Stufen. Schon in den letzten Tagen kassierte, nachdem die frühere Meldung von einer Vereinigung der Berliner Bank mit

der Kommerz- und Diskontobank demontiert worden war, an der diesigen Börse das Gerücht, daß zwischen der Deutschen und der Berliner Bank Unterhandlungen über eine Kongliederung der letzteren an das erstgenannte Institut schweben. Und heute mittag wußte man bereits bestimmt, daß diese Verhandlungen zum Abschluß gelangt seien und die Deutsche Bank den Aktionären der Berliner Bank für nominell 18 000 000 M. neue Aktien der Deutschen Bank zum Umtausch gegen die in ihrem Besitz befindlichen Aktien der Berliner Bank anbieten werde.

Durch die heute abgehaltene Sitzung des Aufsichtsrates der Deutschen Bank werden diese Angaben bestätigt. Es wurde beschlossen, einer demnächst einzuberufenden außerordentlichen Generalversammlung Erhöhung des Aktienkapitals um 20 000 000 M. durch Ausgabe neuer Aktien mit Dividendenberechtigung vom 1. Januar 1905 ab zum Kurse von 200 Proz. in Vorschlag zu bringen.

Den Aktionären der Berliner Bank sollen gegen 8000 M. Aktien der Berliner Bank mit laufendem Dividendenschein 3600 M. junge Deutsche Bank-Aktien mit Dividendenschein pro 1905 u. ff. gewährt werden. Hiernach sind zum Umtausch der 42 000 000 M. Berliner Bank-Aktien erforderlich 18 000 000 M. Deutsche Bank-Aktien. Der über den Uebernahmepreis erzielte Mehrerlös auf die restlichen 1 100 000 M. Deutsche Bank-Aktien fließt in voller Höhe dem Reservefonds der Deutschen Bank zu. Das Kapital der Deutschen Bank wird sich alsdann auf 180 Millionen Mark und die Bilanzmäßige Reserve auf rund 78 Millionen Mark belaufen.

Kommt man für die Aktien der Deutschen Bank den Durchschnittskurs der letzten Tage an — heute stellte er sich auf 219,40 — und berechnet ferner den Verlust der auf dieses Jahr entfallenden Stückzinsen mit 4 Proz. sowie für Emissions- und Stempelposten noch 2 Proz., so stellt sich der Uebernahmepreis für die Aktien der Berliner Bank auf ca. 94 Proz., während sich heute der an der Börse notierte Kurs auf 91,75 Proz., vor acht Tagen, als noch nichts von der Uebernahme verlautete, aber nur auf 88,90 Proz. stellte. Die Aktionäre der Berliner Bank machen also ein relativ gutes Geschäft.

So konzentriert sich das Bankgeschäft immer mehr in einigen wenigen Nischenbanken: ein Prozeß, der sich der Börse als dem Vermittlungsmarkt des Geldgeschäftes viel schädlicher erweist, als es das Börjengefetz vermag, wenn auch heute viele der Börsenmakler das noch immer nicht einsehen wollen. Jede Marktverengung der Banken, jede Ausdehnung ihres Geschäftsbetriebes über neue Kundenkreise bedeutet für die Börse eine Verengung ihres Geschäftsgebietes, eine Zunahme der Verdünnung; denn je mehr die Nischenbanken in sich die verschiedenen Elemente der Geschäftsschließung, Käufer und Verkäufer vereinen, um so weniger bedürfen sie der Hilfe der Börse und ihres Maklers.

Weitere Konglomerationen im Bankgewerbe. Auch über eine Verschmelzung der Deutschen Genossenschaftsbank mit der Dresdener Bank liegen an der heutigen Börse allerlei Gerüchte um und veranlassen im freien Verkehr eine mehrprozentige Steigerung der Aktien der Genossenschaftsbank, obgleich über die Bedingungen des Anschlusses etwas Sicheres nicht bekannt wurde.

Sanierung der Firma R. Hättig u. Sohn, Dresden. Die am Sonnabend in Dresden abgehaltene Generalversammlung der Fabrik photographischer Apparate vorm. R. Hättig u. Sohn, die, wie vor einiger Zeit berichtet wurde, durch die Vertretungen ihres Direktors in arge Verluste geraten ist, hat eine Sanierung des Unternehmens beschlossen. Es sollen die Aktien des 1 050 000 M. betragenden Aktienkapitals im Verhältnis von 2 zu 1 zusammengelegt, also das durch sie repräsentierte Aktienkapital auf 525 000 M. — herabgesetzt werden. Dadurch werden 525 000 M. des jetzigen Kapitals frei, für welchen Betrag neue Aktien — keine Vorzugsaktien — auszugeben werden sollen. Es wird demnach noch Beendigung der Sanierung das Gesamt-Aktienkapital wieder 1 050 000 M. betragen. Eine lebhaft diskutierte Frage hervor, ob der jetzige Aufsichtsrat gegen die Mitglieder des früheren Aufsichtsrates die Abrechnung erheben soll. Die Versammlung beschloß, dem Aufsichtsrat die Ermächtigung hierzu zu erteilen.

Aktiengesellschaft Mir u. Genes, Telephon- und Telegraphenwerke, Berlin. Das Geschäftsjahr 1903 ist für die Gesellschaft recht günstig gewesen. Der Bruttogewinn stellt sich nach der Abrechnung auf 540 002 M. (i. R. 376 879 M.). Hierbon sind die Abschreibungen mit 185 196 M. (i. R. 187 442 M.) abzuziehen. Aus dem Reingewinn von 366 879 M. (i. R. 107 948 M.) werden für Tantiemen und Gratifikationen 53 258 M. verwandt, 7 Prozent Dividende (i. R. 4 Prozent) verteilt, dem Sekretär-Conto 25 000 M., dem Reservefonds zur Abrundung 975 M. überwiesen, dem Aufsichtsrat 10 526 M. gezahlt und auf neue Rechnung 25 127 M. vorgetragen.

Das Geschäft auf dem deutschen Markt war ein recht stotter, was sich schon daraus ergibt, daß auf ihm der höchste Umlauf seit dem Bestehen der Gesellschaft erzielt worden ist. Und auch bei der Londoner Filiale, deren Tätigkeit in den Vorjahren durch die ungünstige englische Geschäftslage nachteilig beeinflusst worden war, ist eine weisliche Besserung der Gesamtverhältnisse eingetreten. Ein nicht minder günstiges Resultat verspricht nach dem Geschäftsbericht das laufende Jahr. Die Verhältnisse sind ausreichend beschäftigt und wenn auch die staatlichen Aufträge hinter dem entsprechenden Zeitabschnitt des Vorjahres zurückbleiben, so hat doch bisher bei der Privatlandschaft sich keine Abnahme der Nachfrage gezeigt.

Ein Kartell-Kartell. Von den österreich-ungarischen Kartellwaren-Fabriken und denjenigen deutschen Unternehmungen, die gleichzeitig Fabriken auf österreichischen Boden unterhalten, ist ein Kartell mit dem Sitz in Berlin gegründet.

Die Vereinbarung basiert auf der Konglomerierung der Produktion und gleichzeitiger Festlegung von Minimalpreisen für die verschiedenen Artikel der Kartellwaren-Fabrikation. Die Galmenwerke, die hauptsächlich die Abbestfabrikation betreiben, verzichten, der „R. R. Br.“ zufolge, vollständig auf die Herstellung von Kartellwaren, desgleichen eine andre der kartellierten Fabriken, die sich in Zukunft ebenfalls auf die Abbestzeugung beschränken wird. Dagegen verpflichten sich die übrigen Werke, die Herstellung von Abbestartikeln aufzugeben, ihren Bedarf hierin vielmehr bei den andern Unternehmungen zu decken.

Wie meist, führt auch dieses Kartell sich durch eine Preisverhöhung ein. Es hat einen allgemeinen Aufschlag von 10 Proz. auf alle Artikel beschlossen.

Revision des spanischen Zolltarifs. Nacheinander folgen die verschiedenen europäischen Staaten dem Beispiel, das ihnen Deutschland gegeben, und erhöhen ihre Zölle. Wie dem Handelsvertrags-Berein aus Spanien gemeldet wird, hat die spanische Regierung infolge des Drängens der italienischen und baskischen Industriellen eine Kommission eingesetzt, die eine Revision des gegenwärtigen Zolltarifs in Erwägung ziehen soll. Ueber das Ergebnis ihrer Arbeiten läßt sich noch nichts voraussetzen, doch kann man als sicher annehmen, daß die Abänderungsvorschläge im schützollnerischen Sinne erfolgen werden.

Soziales.

Vom Ausnahmefesetz gegen die ländlichen Arbeiter.

Schmitter, Vorknitter und Gutsbesitzer. Einen Gutsbesitzer Baumann liehen verschiedene Schmitter im Stich, weil sie zu wenig bei ihm verdienten. Er stellte Strafantrag auf Grund des preussischen Gesetzes vom 24. April 1854. Das Landgericht stellte jedoch das Verfahren mit der Begründung ein, daß der Gutsbesitzer B. gar nicht zu einem Strafantrag befugt

gewesen sei. Er sei gar nicht als Dienstherr der Schmitter anzusehen. Die Schmitter ständen hier nur in einem Vertragsverhältnis zu dem Vorknitter. Dieser habe sie gebunden und Herr Baumann seinerseits habe nur mit dem Vorknitter verhandelt und habe es diesem überlassen, zur Verwältigung der mit ihm vereinbarten Arbeitsleistung sich die nötigen Kräfte heranzuziehen. Daß Baumann den Leuten den Lohn zahlte, sei dabei unerheblich. Zu berücksichtigen wäre, daß, wenn ein Vorknitter da sei, die Gutsbesitzer gegenüber Klagen von Schmittern meist erklärten, ihnen fehle die Passivlegitimation, die Schmitter könnten sie nicht haftbar machen.

Das Kammergericht verwarf die hiergegen eingelegte Revision der Staatsanwaltschaft: Das Gesetz von 1854 sei, soweit das aufgeloimmene Vorknitterwesen in Betracht käme, von der Entwicklung der tatsächlichen Verhältnisse überholt. Wenn der Vertrag zwischen Vorknitter und Schmitter so zu Gunsten des Vorknitters geschlossen wäre, daß dieser unmittelbar das Recht erwirbt, die Leistung zu fordern, dann könnte der Besitzer vielleicht Strafantrag stellen. Inwiefern es der Fall, siehe aber dem Richter zu, zu beurteilen. Da das Landgericht hier unter Berücksichtigung aller Momente des vorliegenden Falles zu der dem Angeklagten günstigen Auffassung der Verträge gekommen sei, so wäre das maßgebend. Danaoh müsse die Freisprechung gebilligt werden.

Einkverständnis mit der Entlassung. „Gut, dann höre ich auf“, sagte der Arbeiter S., als sein Arbeitgeber Hellwig infolge einer Differenz die Entlassung ansprach. S. klagte dann gegen Hellwig beim Gewerbegericht auf Gewährung einer Lohnentschädigung wegen unberechtigter Entlassung. Das Berliner Gewerbegericht unter dem Vorsitz des Herrn Dr. Meyer erkannte jedoch zu Ungunsten des Klägers, indem es in der obigen Forderung des Klägers ein Einkverständnis mit der Lösung des Arbeitsverhältnisses erblickte, das Ansprüche aus der plötzlichen Entlassung ausschließt.

Das unentschuldigte Fernbleiben von der Arbeit. Der Buchdrucker M. mußte eines Tags zur militärischen Stellung. Er lehnte am selben Tage nicht mehr in die Druckerei zurück. Am andern Morgen wurde er vom Chef, dem Druckereibesitzer AB, entlassen. Er hielt die plötzliche Entlassung für unberechtigt und verklagte AB beim Berliner Gewerbegericht auf Lohnentschädigung. Er behauptete, er hätte nach der Stellung wieder zur Arbeit gehen wollen und die Absicht gehabt, um 8 Uhr nachmittags in der Druckerei zu erscheinen. Infolge des Genusses lauten Bieres habe er aber einen Magenkrampf bekommen, so daß er hätte nach Hause gehen müssen. — Auf Grund der Verhandlung und Zeugenvernehmung hielt die Kammer VIII für festgesetzt, daß Kläger am Morgen nach dem Stellungstage sich nicht entschuldigt, sondern auf die Frage des Vorgesetzten: „Wo waren sie gestern so lange?“ geantwortet habe: „Ueberall“. Somit läge ein unentschuldigtes Fernbleiben für den ganzen Tag vor, was einen Grund zur plötzlichen Entlassung abgebe. Danaoh sei die Klage abzuweisen. Die Sache läge anders, wenn sich Kläger gleich beim Kommen dem Vorgesetzten gegenüber entschuldigt und ihm gesagt hätte, daß er durch Krankheit verhindert sei, vorausgesetzt, daß es den Tatsachen entsprach.

Versammlungen.

Für Feiertagsruhe im Barbiergewerbe.

Am Donnerstag fand wiederum eine von der freien Vereinigung selbständiger Barbiers einberufene Versammlung zur Propaganda für die gesetzliche Einführung vollständigen Geschäftsschlusses an den zweiten Feiertagen der drei großen Feste statt, und zwar im Dresdener Garten in der Dresdener Straße. Der Referent Heidemann wies darauf hin, wie wünschenswert es ist, daß den Barbieren mindestens diese drei Tage im Jahre als volle Feiertage gesichert werden, wie das bereits in verschiedenen deutschen Städten, z. B. in Hamburg, München, Wiesbaden usw. geschehen ist. In 34 deutschen Städten sei die gesetzliche Durchführung dieser Maßnahmen bereits durch Abstimmung unter den selbständigen Barbieren sichergestellt. Wie der gesetzlich eingeführte Zweilubr-Geschäftsschluß an den Sonn- und Feiertagen und wie der leider nur durch freie Vereinbarung herbeigeführte Renuhr-Geschäftsschluß an den Wochentagen, so würde auch die gesetzliche Festlegung völligen Geschäftsschlusses an den zweiten Feiertagen, wenn einmal durchgeführt, bald allgemein als eine sehr nützliche Maßregel anerkannt werden. — In demselben Sinne äußerten sich Deichsel und mehrere andre Diskussionsredner. Von einzelnen Mitgliedern der Barbier- und Friseurvereine wurden zwar Bedenken gegen die geplante Maßnahme geltend gemacht, unterschiedene Gegner aber meldeten sich nicht zum Wort. Der Vorstand der Innung, der sich gegen die Maßnahme erklärt hat, war persönlich zur Versammlung eingeladen worden, war aber nicht erschienen. Folgende Resolution wurde einstimmig bei einzelnen Stimmenthaltungen angenommen:

„Die am 5. Mai im „Dresdener Garten“ versammelten selbständigen Barbiers und Friseure sind mit dem Referenten einverstanden und erklären, daß sie die im Umlauf befindlichen Listen unterzeichnen, um so durch gesetzliche Bestimmung einen vollständigen Geschäftsschluß an den drei zweiten Feiertagen herbeizuführen.“

Die Arbeiterschaft Berlins wird aufgefordert, die Inhaber von Barbiergeschäften auf die Listen aufmerksam zu machen, damit so bald wie möglich die zur gesetzlichen Einführung dieser Feiertagsruhe notwendige Zweidrittel-Mehrheit zusammengebracht wird.

In einem Versammlungsbericht der Brauer, Sektion I des Brauer- und Arbeiter-Verbandes (Nr. 95 des „Vormärchs“) wird unter andern gesagt, daß eine Versammlung am 1. Mai nicht stattfinden könne wegen absehender Haltung der Sektion II, Hilfsarbeiter. Es könnte dies den Anschein erwecken, als wären letztere an der Meitfeier nicht interessiert. Die Sektion II des Brauer- und Arbeiter-Verbandes legt deswegen Wert auf die Mitteilung, daß bereits eine geraume Zeit vor der an sie ergangenen Anfrage ein Beschluß des Vertrauensmännerlörers vorlag, nach welchem am 1. Mai eine Branchenversammlung ausfallen, die Kollegen aber vollständig die Parteiveranstaltungen besuchen sollten. Für letzteres Sorge zu tragen, verpflichteten sich die Vertrauensmänner.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Berlin, 8. Mai. (B. L. B.) Oberst Leutwein meldet: Estorf nahm am 7. über Okaharai ausföhrend bei Dsituaru Föhlung mit dem Feinde. Ojituolo bleibt mit Vastards und 6. Compagnie besetzt.

Bergsturz in den Dolomiten.

Bozen, 9. Mai. (B. L. B.) In den Gardorischen Dolomiten hat sich der Monte Spolo gespalten. Angeheute Felsmassen stürzten ins Thal und zwar in das Gebiet von Valabso. Zahlreiche Häuser wurden zerstört. Drei Personen, die sich in ihren Häusern befanden, wurden getötet. Die Ortschaften Colaso und Valabso mußten größtenteils geräumt werden, da neue Felsstürze befürchtet werden.

Rom, 9. Mai. (B. L. B.) Gegen den früheren Minister Rasi ist ein Haftbefehl erlassen worden.

Sulz, 9. Mai. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Der japanische Konsul in Genoa telegraphiert, daß russische Truppen, deren Stärke nicht bekannt sei, mit herittenern Banditen aus der Mandchurie in einer beträchtlichen Entfernung oberhalb Sidikus den Yalu überschritten und auf ihrem Vormarsch nach Sidikus Tschangschin, das etwa 100 Meilen westlich von Sidikus liegt, besetzt haben.

Nach eine Wahlbetrachtung.

Der Ausgang der letzten Nachwahl in Altenburg hat in Verbindung mit dem Ausfall der vorhergehenden Nachwahlen bei Freund und Feind Erörterungen hervorgerufen, die, wie mir scheint, zum Teil weit über das Ziel hinausgeschossen.

Vor allem sei hervorgehoben, daß, so lange die Partei bei Reichstagswahlen in Aktion tritt, es noch niemals vorgekommen ist, daß sie innerhalb des ersten Jahres nach den Hauptwahlen auch nur annähernd so viel Nachwahlen zu vollziehen hatte, wie dieses Mal, die aus den verschiedensten Umständen hervorgerufen wurden.

Ein anderer Umstand wird bei der Altenburger Wahl ebenfalls nicht genügend berücksichtigt, obgleich ihm eine Hauptbedeutung zukommt. Der Wahlkreis Altenburg ist bis heute kein industrieller, sondern zur vollen Hälfte ein ländlicher Wahlkreis und zwar umfasst er einen im ganzen sehr wohlhabenden Bauernstand.

Offenbar sind viele unserer Parteigenossen durch den Ausfall der Wahl am 16. Juni v. J. so hypnotisiert worden, daß sie gar nicht begreifen können, daß man nach jenem Tage auch noch Niederlagen erleben könne. Diese man sich ein wenig die Parteigeschichte ins Gedächtnis, man erkläre, daß ähnliches auch früher schon vorgekommen ist.

Es ist eine nicht selten gemachte Erfahrung, daß wenn es zu einem heftigen Wahlkampf kommt, in dem die sämtlichen bürgerlichen Parteien zusammenstehen und dabei auch der ganze behördliche Apparat, wenn auch unsichtbar und unfassbar, zu ihren Gunsten arbeitet, nur feste Wahlkreise in einem solchen Kampfe widerstehen.

Ein solcher Kampf war aber dieses Mal sowohl im Wahlkreis Altenburg wie im Wahlkreis Jschopau entbrannt, und beide gehören nicht zu den festen Wahlkreisen unserer Partei.

Zweifellos haben die Vorgänge bei der Kandidatenaufstellung, auf die ich hier des näheren nicht eingehen will — dazu findet sich an anderer Stelle Gelegenheit — verstimmt auf einen Teil des nicht allzu festen Anhangs gewirkt. Es kam hinzu, daß der neu aufgestellte Kandidat im Wahlkreis vollständig fremd war, wohingegen der verstorbene Rosenow durch die eifrige Agitation, die er Jahre lang bis in die letzten Orte des Wahlkreises betrieben hatte, persönlich bekannt und beliebt war.

*) Thatsächlich war ich im vierten Berliner Wahlkreis mit geringem Mehr gewählt worden, man zählte mir aber so viel Stimmen weg, daß der fortschrittliche Gegner ein Mehr von 51 Stimmen hatte.

Gegner entdecken, wie die Chancen für sie standen, setzten sie mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln und unter Anwendung des stärksten Drucks auf die in den armen Gebirgsdörfern hausenden Proletarier ein und warfen einen Laufend unserer Wähler nieder.

Die wenigen organisierten Parteigenossen des 30. sächsischen Wahlkreises haben unzweifelhaft bis auf den letzten Mann ihre volle Schuldigkeit getan. Wenn dennoch auch in der Agitation eine Reihe Fehler gemacht wurden, die dem Ausfall der Wahl schaden, so lag dieses hauptsächlich daran, daß die eigentliche Wahlleitung sich außerhalb des Wahlkreises befand.

Eine große, kämpfende Armee muß auch mit einzelnen Niederlagen rechnen. Hat uns doch auch der 16. Juni Niederlagen gebracht, die wir kaum für möglich gehalten hätten — Offenbach-Hanau —.

Reichstag. 87. Sitzung, Montag, den 9. Mai 1904. Am Bundesratssitzung: Herr v. Stengel. Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Lesung der kleinen Finanzreform.

In der Generaldebatte ergreift das Wort Reichssekretär Herr v. Stengel: Die verbündeten Regierungen haben schon Beschluß gefaßt über ihre Stellungnahme zu den Beschlüssen des Reichstages in zweiter Lesung.

Abg. Dr. Pagnide (fr. Bg.): Die verbündeten Regierungen stimmen zu, betrachten aber unsere Beschlüsse zur Finanzreform als Grundlage für künftige Reformen. Dabei sollten die Herren aber wissen, daß wir unter allen Umständen an den Matrikularbeiträgen festhalten, an der Zuständigkeitspflicht der Einzelstaaten für das Reich, um ihnen das Gefühl der Verantwortlichkeit für die Reichsfinanzen zu erhalten.

Abg. Dr. Sattler (natl.): In Bezug auf neue Steuern möchte ich mich nicht auf die Prophezeiungen des Herrn v. Kardorff einlassen. Was die Zukunft bringt, mag dahingestellt bleiben.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Bg.): Die Ausführungen des Herrn Dr. Pagnide waren sicherlich insofern zutreffend, als sie dahin gingen, daß die Mehrheit des Reichstages durch ihre Beschlüsse betundet habe, daß sie die Verbindung der Einzelstaaten mit dem Reich durch Matrikularbeiträge erhalten wissen will.

Abg. Herr v. Nischhofen (L.): Wir stimmen dem Entwurf zu, behalten uns aber nach jeder Richtung hin unsere Stellungnahme zu weiteren Änderungen im Finanzwesen des Reiches vor.

Abg. Bebel (Soz.): Die Ausführungen des Herrn Dr. Pagnide waren sicherlich insofern zutreffend, als sie dahin gingen, daß die Mehrheit des Reichstages durch ihre Beschlüsse betundet habe, daß sie die Verbindung der Einzelstaaten mit dem Reich durch Matrikularbeiträge erhalten wissen will.

Abg. Bebel (Soz.): Die Ausführungen des Herrn Dr. Pagnide waren sicherlich insofern zutreffend, als sie dahin gingen, daß die Mehrheit des Reichstages durch ihre Beschlüsse betundet habe, daß sie die Verbindung der Einzelstaaten mit dem Reich durch Matrikularbeiträge erhalten wissen will.

Abg. Bebel (Soz.): Die Ausführungen des Herrn Dr. Pagnide waren sicherlich insofern zutreffend, als sie dahin gingen, daß die Mehrheit des Reichstages durch ihre Beschlüsse betundet habe, daß sie die Verbindung der Einzelstaaten mit dem Reich durch Matrikularbeiträge erhalten wissen will.

Abg. Bebel (Soz.): Die Ausführungen des Herrn Dr. Pagnide waren sicherlich insofern zutreffend, als sie dahin gingen, daß die Mehrheit des Reichstages durch ihre Beschlüsse betundet habe, daß sie die Verbindung der Einzelstaaten mit dem Reich durch Matrikularbeiträge erhalten wissen will.

Abg. Bebel (Soz.): Die Ausführungen des Herrn Dr. Pagnide waren sicherlich insofern zutreffend, als sie dahin gingen, daß die Mehrheit des Reichstages durch ihre Beschlüsse betundet habe, daß sie die Verbindung der Einzelstaaten mit dem Reich durch Matrikularbeiträge erhalten wissen will.

gelingen werde, über den inneren Parteihader hinwegzukommen, um gerührt zu sein, falls, was er nicht hoffe, der Friede gestiftet werden sollte.

Die Regierungen der betreffenden Länder, falls eines Tages, was niemand wünscht, der Dreibund ernsthaft in Aktion treten sollte, ihre Verpflichtungen erfüllen.

Die Regierungen der betreffenden Länder, falls eines Tages, was niemand wünscht, der Dreibund ernsthaft in Aktion treten sollte, ihre Verpflichtungen erfüllen.

Die Regierungen der betreffenden Länder, falls eines Tages, was niemand wünscht, der Dreibund ernsthaft in Aktion treten sollte, ihre Verpflichtungen erfüllen.

Die Regierungen der betreffenden Länder, falls eines Tages, was niemand wünscht, der Dreibund ernsthaft in Aktion treten sollte, ihre Verpflichtungen erfüllen.

Die Regierungen der betreffenden Länder, falls eines Tages, was niemand wünscht, der Dreibund ernsthaft in Aktion treten sollte, ihre Verpflichtungen erfüllen.

Die Regierungen der betreffenden Länder, falls eines Tages, was niemand wünscht, der Dreibund ernsthaft in Aktion treten sollte, ihre Verpflichtungen erfüllen.

Die Regierungen der betreffenden Länder, falls eines Tages, was niemand wünscht, der Dreibund ernsthaft in Aktion treten sollte, ihre Verpflichtungen erfüllen.

Die Regierungen der betreffenden Länder, falls eines Tages, was niemand wünscht, der Dreibund ernsthaft in Aktion treten sollte, ihre Verpflichtungen erfüllen.

Die Regierungen der betreffenden Länder, falls eines Tages, was niemand wünscht, der Dreibund ernsthaft in Aktion treten sollte, ihre Verpflichtungen erfüllen.

Die Regierungen der betreffenden Länder, falls eines Tages, was niemand wünscht, der Dreibund ernsthaft in Aktion treten sollte, ihre Verpflichtungen erfüllen.

Die Regierungen der betreffenden Länder, falls eines Tages, was niemand wünscht, der Dreibund ernsthaft in Aktion treten sollte, ihre Verpflichtungen erfüllen.

Die Regierungen der betreffenden Länder, falls eines Tages, was niemand wünscht, der Dreibund ernsthaft in Aktion treten sollte, ihre Verpflichtungen erfüllen.

so hat ganz Westeuropa Grund sich zu gratulieren. (Sehr richtig! links.) Je mehr Rußland finanziell und militärisch geschwächt wird, um so weniger wahrscheinlich ist es, daß es sich in westeuropäische Dinge einmischt und dort weitere militärische Rüstungen notwendig macht. Frankreich wird niemals allein einen Krieg mit Deutschland provozieren. Seine Hoffnungen, wenn solche noch vorhanden sind, beruhen auf Rußland, und wird Rußland in Ostasien besiegt, so ist es auf Jahrzehnte außer Stande, eine entscheidende militärische Rolle in Europa zu spielen. So würde eine Niederlage Rußlands auch unsere finanzielle Situation günstig beeinflussen. Daß diese außerordentlich ungünstig ist, wird von allen Seiten anerkannt. Zwar ist es den Mehrheitsparteien gelungen, durch eine anderweitige Finanzierung die Zinslasten von 50 1/2 Millionen zu beseitigen; aber 17 1/2 Millionen sind als erhöhte Walfischbeiträge den Einzelstaaten auferlegt worden. Ganz mit Recht. Denn wenn überhaupt die Möglichkeit einer sparsamen Finanzwirtschaft des Reiches vorhanden ist, so kann sie nur dadurch herbeigeführt werden, daß die Einzelstaaten am eignen Leibe empfinden, was es für sie bedeutet, wenn sie den erhöhten Ausgaben für Militär und Marine ihre Zustimmung geben. Bei dieser Gelegenheit haben wir gesehen, wie die Einzelstaaten ihre Vertreter der Reihe nach aufmarschieren ließen und lebhaftest Klagen über die Neubelastung erhoben, unter der die Befriedigung der Kulturbedürfnisse in den Einzelstaaten leiden müsse. Besonders der Vertreter von Sachsen-Weimar hätte ein Lied davon singen können. Die Universität Jena ist eine der ältesten Stätten deutscher Geisteskultur, und der Gedanke, daß sie nicht mehr existieren könnte, wäre besonders jedem protestantischen Deutschen unfaßbar (Sehr richtig! links), und doch sind die thüringischen Kleinstaaten die partiell für die Erhaltung der Universität beisteuern, seit einer Reihe von Jahren in so großer finanzieller Bedrängnis, daß es ihnen unmöglich ist, den berechtigten Anforderungen der Universität zu genügen, die Gehälter der Professoren zu erhöhen, die eine Aufbesserung dringend erscheinen, wenn Männer von Ruf nach Jena gehen sollen und die erforderlichen Neueinrichtungen von Laboratorien vorzunehmen. Wer hat es nun herbeigeführt, daß Jena als Universität erhalten geblieben ist und sich weiter entwickeln kann. Niemand anders als das optische Institut von Reich. Es zahlt jährlich 80 000 Mark zur Erhaltung der Universität (Hört! hört!), davon 30 000 Mark für die Erhöhung der Professorengehälter. Jüngst hat es 500 000 M. bewilligt, damit neue Gebäude aufgeführt werden können. Nur die Unterstützung, die in so außerordentlich nobler Weise erfolgt, ermöglicht noch die Existenz der Universität. Wohin sind wir gekommen, wenn die ersten Stätten deutscher Geisteskultur nicht mehr ihre Aufgabe erfüllen können, wenn von einzelnen Personen nicht die notwendigen Mittel bereit gestellt werden. Der deutsche Reichstag sollte diesen Vorschlägen seine Aufmerksamkeit schenken und für Vorsehung sorgen.

Außerordentlich bezeichnend für die finanzielle Situation der Einzelstaaten ist eine Aenderung des sächsischen Finanzministers Dr. Häger, daß die Beschlüsse des Reichstages die Einzelstaaten zwingen, die Befriedigung der Kulturbedürfnisse einzuschränken. Was soll der Fremde sich da von dem deutschen Volke denken? (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Augenblicklich befinden wir uns besonders deshalb in einer unbehaglichen Situation, weil die Ausgaben für Südwestafrika ins Uferlose anwachsen. Als ich jüngst die Kosten auf 50 Millionen veranschlagte, tönten mir Drosel von der rechten Seite und aus der Mitte des Hauses entgegen. Heute ist keiner mehr vorhanden, der nicht sehr froh wäre, wenn die direkten und indirekten Ausgaben für Südwestafrika mit 50 Millionen abgemacht werden könnten. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Niemand hat den Umfang und die Bedeutung des Aufwandes vorausgesehen. Daß er eine solche Ausdehnung gewinnen, daß die Hereros solche Widerstandskraft besitzen würden, habe auch ich nicht geglaubt, und die große Wehrheit des Hauses ebensowenig wie die in Frage kommenden Ressourcen. Sonst würden zweifellos ganz andre Maßnahmen von vornherein ergriffen worden sein. Jüngst ist nun Generalleutnant v. Trotha plötzlich aus Trier abberufen und an Stelle des Oberst Dier mit der Leitung der Expedition betraut worden. Nach den in militärischen Kreisen herrschenden Anschauungen kann man voraussehen, daß die Truppenzahl, die er zu befehligen bekommen wird, annähernd der entsprechenden wird, die er als Generalleutnant im Frieden befehligt hat. Wenn das der Fall ist, so können wir uns in Wäde auf einen Nachtragsetat gefaßt machen, bei dem selbst den Kolonialfreunden unter uns die Augen übergehen werden. (Sehr richtig! links.) Zweifellos ist, daß zur Vermeidung des Aufstandes in Südwestafrika sich jedenfalls ein Mann in weit höherem Grade eignet, der jahrelang in der Kolonie gelebt hat, und Land und Leute auf das genaueste kennt, als jemand, der plötzlich an die Spitze berufen wird und von allen diesen Dingen keine bloße Ahnung hat. Was eine solche gänzliche Unbekanntheit mit Land und Leuten gegebenen Falles zu bedeuten hat, darüber giebt uns das Schicksal der Abteilung Glasenapp genügende Aufklärung. (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.) Die ungenügende Niederlage, die diese Abteilung erlitten hat, hätte jedenfalls nicht vorkommen können, wenn der Führer besser mit den Verhältnissen des Landes bekannt gewesen wäre. Auch von sachverständiger Seite wird die außerordentliche Anstrengung, die man von dieser Truppe verlangt hat, auf das Schärfste getadelt, die zur Folge gehabt hat, daß der Typus bei ihr in gefährlichstem Maße ausgedehnt ist. Ein kriegsteilnehmer schreibt: „Die Hereros scheitern ausgezeichnet und sind ein gewandter und sehr beweglicher Gegner.“ Unter diesen Umständen ist es um so unverantwortlicher, daß sie, wie heute feststeht, durch das Verschulden eines großen Teiles unserer deutschen Landsleute in der Kolonie zum Aufstand getrieben sind.

In seinem Vortrage, den der Missionar Meier im Missionshaus in Berlin Ende März gehalten hat, ist unter anderem gesagt worden — der Mann ist volle 20 Jahre in Südwestafrika gewesen — ein Weiser konnte im ganzen Lande sein Haupt in den Schoß jedes Herero legen (Lachen rechts). — Sie (nach rechts) können das nicht widerlegen, Sie waren ebenso wenig dort wie ich, wir müssen uns auf das Zeugnis derjenigen stützen, die Land und Leute kennen. Der Missionar sagt weiter: „Die Hereros lebten sparsam und einfach. Ihr Reichthum waren die Viehherden, zu deren Erhaltung sie sich die größten Entbehrungen auferlegten.“ Diese Schilderung entspricht ganz dem, was uns die Reisenden über andre Nomadenvölker berichten. Man kann danach schließen, was alles im Laufe der Jahre passiert sein muß, um einen so tiefen Haß und so fanatische Feindschaft hervorzurufen, wie das notorisch jetzt im Herero-Aufstande zum Ausdruck gekommen ist. Als Ursachen des Aufstandes sind zu bezeichnen, strapulose Gewimmeln Einzelner und ganzer Erwerbsgenossenschaften, rigorose Schuldenentreibung, Rechtslosigkeit der Hereros, Selbsthülfe der Weissen da, wo der Herero etwas bezugnen hat, was sie glauben, sich nicht gefallen lassen zu müssen, körperliche Mißhandlung alsdann der allerjährlingsten und brutalsten Art, vielfache Lötlungen von Eingeborenen. Im „Wepeler Anzeiger“ berichtete ein Kaufmann aus der Kolonie, daß sein Nachbar Mitte Dezember 1903 zwei rebellische Hereros erschossen habe. Was heißt rebellisch? Er hat mit irgend einem Streit gehabt, und dies veranlaßte ihn, kurzzerhand ihn niederzuschlagen. Ich habe hier einen ganzen Haufen Briefe und Artikel, die über ähnliche Grausamkeiten und Gewaltthatigkeiten in Südwestafrika berichten, insbesondere über Mißhandlung der braven Weißen und sehr viele Fälle über fittige Beschuldigungen der Weissen gegenüber Hererosfrauen. Da spricht man von der Sittenlosigkeit der Hereros. Gewiß, Völker auf niedriger Kulturstufe haben andre sittliche Begriffe wie wir, aber es wird nicht vorzukommen, daß ein Herero sich an der Frau eines Hereros aus einem fremden Stamme vergreift. Es ist doch charakteristisch, daß in einer ganzen Reihe von Briefen zum Ausdruck kommt, daß weiße Frauen von Hereros nicht vergewaltigt worden sind. Umgekehrt aber hat ein ganzer Teil unserer in der Kolonie lebenden Landsleute südwestafrikanische Sittenbegriffe

mit europäischen verwechselt. Gerade diesen Vergewaltigungen von Hererosfrauen ist es zu verdanken, daß ein Teil der Weissen nur deshalb in so schmerzlicher Weise verstimmt worden ist. Ich wiederhole meine Fragen an den Kolonialminister: Sind Frauen und Kinder von Weissen getötet worden, und wie viele? Sind Frauen und Kinder von den Hereros geschont worden und wie viele? Sind Frauen und Kinder gefangen oder in Schutzhäuser genommen und wie viele? weil mehrfach behauptet ist, daß alles, was in die Hände der Deutschen gefallen ist, massakriert wäre. Weiter, sind Missionare getötet oder körperlich mißhandelt und wie viele? Und endlich, sind Hererosmänner gefallen, und wie viele? Nach allen diesen Richtungen Ausschluß zu haben, ist dringend notwendig (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten), angeht die Thatfrage, daß in einem großen Teil der deutschen Presse eine ganze Menge von kulturwidrigen Handlungen der Hereros nachgesagt worden waren, die sich als durchaus unwahr und nicht geschehen herausgestellt haben. Zweifellos ist, daß wir Gefahr laufen, auch noch in andern Kolonien ähnliche Dinge zu erleben. Nach der Ansicht der meisten Landeskundigen stehen wir auch in Kamerun vor ähnlichen Ereignissen, wie sie jetzt in Südwestafrika stattgefunden haben.

Es war mir interessant, neulich hier in der Kolonial-Debatte von dem Grafen Stolberg-Bernigerode zu hören, wenn die Männer der Rechten gewußt hätten, was für Verlegenheiten und was für Kosten die deutsche Kolonialpolitik dem Reiche verursachen würden, dann hätten sie wohl eine andre Stellung dazu eingenommen. Als wir „Sehr richtig!“ riefen, meinte er: „Ja, die Socialdemokraten sind ja Gegner der ganzen Kolonialpolitik, aber so weit werden auch sie nicht gehen, daß sie die Kolonien etwa verkaufen wollten. Ich sage Ihnen ganz offen, wenn sich ein Käufer fände (Heiterkeit). Sie lassen, weil Sie glauben, es findet sich keiner (Heiterkeit); ich wiederhole, wenn sich ein Käufer fände auf Grund folgender Bedingungen, daß alle Aufwendungen, die wir in unsern Kolonien gemacht haben, uns nebst 4 Proz. Zinsen ersetzt würden, daß er ferner den deutschen Ansiedlern volle Gleichberechtigung mit den eignen Staatsangehörigen bewilligte, und daß er drittens die deutsche Ein- und Ausfuhr ebenso behandelte wie seine eignen, dann machten wir mit dem Verkauf unserer Kolonien ein ganz ausgezeichnetes Geschäft. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten, Widerspruch rechts.) Ihre Jurufe zeigen, daß Sie zweifeln, daß jemand auf solche Bedingungen eingehen würde, sie zeigen, wie Sie den Wert unserer Kolonien in Wahrheit beurteilen. (Sehr richtig! links, Unruhe rechts, Stode des Präsidenten.) Wenn wir mit diesen hunderten von Millionen, die wir auf die Kolonien verwenden, in Deutschland Kolonialpolitik treiben wollten — wir könnten hier noch Millionen von Hektaren in Ackerland verwandeln — so könnten wir hier für hundertaufende von Bauernfamilien eine Existenz schaffen. (Sehr richtig!) abgeben von der Förderung anderer Kulturzwecke. Ich weiß freilich, daß Sie nicht auf meinen Vorschlag eingehen und ich fürchte, daß sich überhaupt niemand findet, der auf diese Bedingungen einginge. (Abg. Dr. Arndt [M.] ruft: Schreiben Sie doch mal an Chamberlain! — Heiterkeit.) Jedenfalls hat der Herero-Aufstand gezeigt, daß die Briefe von Mitgliedern der deutschen Schutztruppe ein ganz andres Bild des Kulturzustandes dieses Landes zeigen, als die offiziellen Schilderungen der Regierung. In diesen Briefen sind eine Menge Schilderungen enthalten, bei deren Lesen man sich sagt: Wie konnten wir so thöricht sein, nach diesen Kolonien zu gehen und Jahr für Jahr Millionen für sie aufzuwenden!

Nun muß ich noch auf einen andern Punkt zu sprechen kommen. Vor einigen Tagen ist im preussischen Abgeordnetenhaus ein Gesetzentwurf gegen den Kontraktbruch des Gefändes eingebracht. Das preussische Abgeordnetenhaus wird ihm auch zweifellos ohne wesentliche Aenderungen zustimmen. Die agrarische Mehrheit wird jedenfalls dafür sorgen, daß die von der Regierung vorgeschlagenen Strafbestimmungen Gesetz werden. Der Gesetzentwurf richtet sich gegen die kontraktbrüchigen Arbeiter, in Wahrheit aber richtet er sich gegen die Landarbeiter überhaupt. Er bringt sie in eine noch größere Abhängigkeit und macht sie zu wahren Hörigen. Damit hat die Regierung einen Wunsch der Agrarier erfüllt (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten), der der Vorkämpfer des jetzigen Reichstagslers zurückgewiesen hat mit dem Einwande, daß er mit den Reichsgeboten nicht im Einklang steht. Ich gebe auf diesen Gegenstand deshalb ein, weil dieser Gesetzentwurf den jämeidendsten Gegensatz bildet zu dem socialen Programm des Reichstagslers, das er am 20. Januar 1903 und am 4. Dezember 1903 hier entwickelt hat. Am 20. Januar 1903 sagte er: „Es ist die Ansicht Sr. Majestät und der verbündeten Regierungen, daß das gegenwärtige Jahrbuch ein Jahrhundert des Aufbaues der socialen Gesetzgebung sei. Sr. Majestät ist davon überzeugt, daß die Arbeiter gleichberechtigt sind und daß diese Gleichberechtigung in der Gesetzgebung ihren Ausdruck finden müsse.“ Neulich sprach sich auch die Thronrede aus. Diese Erklärung des Reichstagslers steht, ich wiederhole es, in direktem, schneidendem Widerspruch mit den Ausnahmebestimmungen, wie sie hier im preussischen Landtage gegen die Landarbeiter festgesetzt werden. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Nun wissen wir doch, wie man den Ausbau der socialen Gesetzgebung versteht! (Zustimmung bei den Socialdemokraten.) Nun sehen wir, was von den Verprechungen der Rechten bezüglich ihrer warmen Parole für die Arbeiter zu halten ist. Wenn dieser Gesetzentwurf kurz vor den Wahlen veröffentlicht worden wäre, so wären Sie (nach rechts) mit einigen Duzend Mandaten weniger in den Reichstag gekommen. (Sehr richtig! links, Jurufe rechts.) Wenn Sie das leugnen, so beweist das nur, in welcher Höhe sich die ländlichen Arbeiter schon heute befinden, daß sie keine Freiheit ihrer politischen Ueberzeugung haben, daß sie das Stimmrecht nicht ausüben können, wie sie wollen. Wir aber, die wir im preussischen Landtag nicht die Möglichkeit haben, unser Urteil über dieses Gesetz zu fällen, wollen wenigstens von hier aus auf das allerenergischste gegen derartige Bestrebungen protestieren, die im Widerspruch stehen mit den feierlich abgegebenen Erklärungen des Reichstagslers hier vor dem Reichstage. (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.) Und dann noch eins. Solche Gesetzentwürfe sind bis jetzt in Süddeutschland nicht möglich gewesen. Man kommt damit auch nicht an den Reichstag, weil man hier keine Mehrheit dafür haben würde. Aber Preußen, ja das ist etwas andres. (Heiterkeit.) Preußen, Westfalen, Preußen, diese drei Kulturstaaten! (Stürmische Heiterkeit links.) Wie stimmt dieser Gesetzentwurf auch zu den programmatischen Sätzen, die Graf Bülow bei der feierlichen Einweihung des Herrenhauses im Januar dieses Jahres proklamiert hat: Preußen in Deutschland voran, Deutschland in der Welt voran, — eine sehr schöne Floskel, wie sie dem Grafen Bülow öfters beliebt (Heiterkeit), aber nicht weiter. An schönen Worten fehlt es im Deutschen Reiche nicht, an Thaten aber um so mehr. Und was jetzt vorliegt, ist eine schamlose That, im schärfsten Widerspruch zu allen diesen Erklärungen. Freilich, daß sie im preussischen Herrenhaus abgegeben wurden, war ja auch schon gewissermaßen programmatisch. (Heiterkeit.) Denn man konnte sich sofort sagen, wann ist von dort her jemals etwas Gutes gekommen, wann hat man dort jemals den Pulsschlag der Zeit gefühlt? (Heiterkeit.) Es ist traurig, wie weit wir gekommen sind. Wir gehen nicht der Welt voran, sondern stehen weit hinter allen Kulturnationen zurück. (Lebhafter Beifall bei den Socialdemokraten.)

Reichstagsler Graf Bülow:

Meine Herren, der Herr Abg. Bebel hat seine Rede eröffnet mit einem Ueberbild über die gegenwärtige internationale Weltlage. Ich werde ihm auf diesem Terrain nicht sehr weit folgen, muß aber doch einige Bemerkungen richtig stellen, die mir der Korrektur besonders bedürftig erscheinen. Der Herr Abg. Bebel hat in seinem Telegramm behauptet, welches S. M. der Kaiser aus Charlus an S. M. den Kaiser von Rußland gerichtet hat. Der Herr Abgeordnete Bebel hat den Wortlaut dieses Telegrammes nicht richtig wiedergegeben. Aber allerdings hat S. M. der Kaiser in seinem Telegramm an S. M. den Kaiser von Rußland der warmen Teilnahme Ausdruck gegeben an dem schweren Unglücks-

fall, bei welchem so viele brave Leute in der Erfüllung ihrer Pflichten in den Tod gegangen sind. Ich bin überzeugt, daß dieses Uebel menschlicher Teilnahme nicht nur von der Mehrheit dieses hohen Hauses, sondern auch von der Mehrheit des ganzen Landes geteilt wird. (Sehr richtig! rechts.) Und ich kann bei dieser Gelegenheit nur meinem Bedauern Ausdruck geben über die Art und Weise, wie in einem Teil unserer Presse und namentlich in unsern Wochenschriften neuerdings die Unglücksfälle eines so benachbarten und befreundeten Landes zum Gegenstande gehässiger, hämischer, spöttischer Artikel und Zerrbilder gemacht werden. (Zustimmung rechts und in der Mitte. Jurufe bei den Socialdemokraten.) Wenn aber, meine Herren, der Herr Abg. Bebel schon in jener Antenne seine Majestät des Kaisers an dem Unglück des „Petropawlowsk“ eine Abweidung von der uns gegenüber dem ostasiatischen Kriege auferlegten Neutralität erblickt, wie kann er es denn verantworten, daß er wieder derartige Angriffe gegen unsern russischen Nachbarn gerichtet hat, daß er in so unbehaglicher Weise gegen ihn zu Felde gezogen ist unter Zuhilfenahme historischer Analogien, daß er in unerbittlichem Tone gesagt hat, er wünsche eine Niederlage Rußlands. (Sehr wahr! rechts. Widerspruch bei den Socialdemokraten.) Meine Herren, der Herr Abg. Bebel hat sich dann auch über die Lage der Dinge in Südwestafrika verbreitet. Er hat zunächst die militärischen Operationen kritisiert. Ich glaube, meine Herren, daß bei der gegenwärtigen Lage der Dinge in Südwestafrika eine solche Kritik — ich will mich sehr schonend ausdrücken — mindestens nicht sehr zeitgemäß ist. Der hohe Prozentfuß der gefallenen Offiziere ist die beste Widerlegung der generalisierenden Vorwürfe, die gerade in der letzten Zeit gegen unser Offiziercorps erhoben worden sind. Nun hat der Abg. Bebel auch gemeint, der Ausbruch des Aufstandes wäre zum Teil wenigstens zurückzuführen auf das Verhalten, auf Ausschreitungen, auf Grausamkeiten unserer Landsleute drüben in Südwestafrika. Ich überlasse es dem Herrn Kolonialdirektor, die einzelnen Fragen, welche Herr Bebel an die Kolonialverwaltung gestellt hat, zu beantworten. Ich möchte meinerseits doch das Nachstehende sagen: Gewiß sind unsere Landsleute drüben auch Menschen von Fleisch und Blut, und wie andre Kolonialvölker, so haben auch wir die traurige Erfahrung machen müssen, daß Leute, denen es an der nötigen Selbstzucht fehlt, unter dem Einfluß des Klimas, der größeren Wachsvollkommenheit und Bewegungsfreiheit sich zu Ausschreitungen hinreißen ließen. Aber solche betrübenden, trübsinnigen Einzelfälle bilden doch Gott sei dank eine verschwindende Ausnahme gegenüber der großen Anzahl unser Landsleute, die dort in Selbstzucht ihre harte Arbeit verrichten. Das halte ich für meine Pflicht, gerade jetzt gegenüber unsern so schwer betroffenen Landsleuten in Südwestafrika, von dieser Stelle aus zu erklären. Das erkläre ich auch gegenüber einzelnen Angriffen, die von Seiten der Missionare gegen unsere Landsleute drüben erhoben sind, und ich kann nur bei aller Hochachtung für die Missionare meinem Bedauern darüber Ausdruck geben, daß sie diesen Augenblick, wo so viele Deutsche das Opfer roher Barbarei geworden sind, gewählt haben, um ihre Angriffe zu erheben. Ich kann nur sagen, in dem uns drüben aufgedrängten Kampf ist der Platz der Missionare an der Seite ihrer Landsleute.

Was die Entsendung des Generalleutnants v. Trotha betrifft, so ist der Sachverhalt ein sehr einfacher. Die Leitung der Operationen vom Gouverneur von Südwestafrika, dem Obersten Leutwein, überlassen, welcher dank langjähriger Erfahrung Land und Leute in Südwestafrika am besten kennt. Als sich herausstellte, daß nach dem Urteil des Gouverneurs, des Obersten Leutwein selbst, größere, stärkere Truppen sendungen notwendig wurden, ergab sich eine doppelte Schwierigkeit: einmal die Notwendigkeit, daß die größere Truppenzahl mit einer größeren Anzahl Stabsoffiziere als Kommandeure einen General erfordert und dann die Erwägung, daß der Leiter der militärischen Operationen schon aus territorialen Rücksichten nicht länger der Gouverneur der Provinz sein konnte und der Leiter der militärischen Operationen, der gezwungen ist, in den dortigen unwegsamen Gegenden, in den Grenzgebieten zu operieren, kann nicht gleichzeitig in Windhuk sitzen.

Auf das, was der Herr Abg. Bebel ausgeführt hat über das Gesetz, das das preussische Staatsministerium im preussischen Landtage eingebracht hat über die Vertheilung des Vertragsbruchs landwirtschaftlicher Arbeiter, gehe ich nicht ein. (Lachen und Jurufe bei den Socialdemokraten: Na, natürlich! Die alte Drückebergerei!) Ich lehne es ab, mich hier auszusprechen über die Motive, welche die preussische Staatsregierung bei ihrem Vorgehen leiteten. (Erneutes Lachen bei den Socialdemokraten.) Darüber mich auszusprechen, ist der Ort der preussische Landtag. (Lachen und Unruhe bei den Socialdemokraten. Jurufe: Wo Sie ganz unter sich sind! Reichstagsler!)

Endlich hat der Herr Abg. Bebel auch gemeint, daß in der Welt so viel Antipathie, so außerordentlich viel Leid und Haß gegen uns vorhanden wären. Ich bestreite, daß diese Antipathie in so hohem Grade vorhanden ist, wie Herr Bebel behauptet. Wenn das aber wirklich zutrifft, so würde das nur ein Grund mehr sein, unsere Rüstungen so zu halten, daß wir allen Eventualitäten der Zukunft mit Ruhe entgegen sehen können. Denn ein Mittel, unerschüttenen Haß und Leid — und der Haß und der Leid gegen uns sind unerschütten, denn wir haben seit 33 Jahren eine eminent friedliche Politik gemacht (Lachen bei den Socialdemokraten) — ich sage: ein Mittel, Haß und Leid zu entzweifen, anders, als indem man sein Schwert scharf erhält, ist noch nicht gefunden worden. (Beifall rechts und bei den Nationalliberalen. Lachen bei den Socialdemokraten.)

Kolonialdirektor Dr. Stäbel:

Auf die bereits früher gestellten Anfragen des Abg. Bebel, die er auch heute wiederholt hat, hat der Gouverneur Oberst Leutwein telegraphisch folgende Antwort erteilt: Ein Befehl, keine Gefangenen aufzubringen, ist nirgends gegeben (Hört! hört! rechts); auf Frauen und Kinder wird nicht geschossen (Hört! hört! rechts); einige Frauen und Kinder gefangen und nach Verabfolgung von Kost unbefügt freigelassen; im Gesichts unverwundete Männer bis jetzt nicht gefangen. Verwundete schießen im Buschgefecht bis zur Unschädlichmachung weiter oder werden von Stammesgenossen mitgeschleppt; sonstige Gefangene vor Kriegsgericht gestellt; genaue Zahlenangaben nicht möglich; kein Fall von Vergewaltigung von Hererosfrauen früher oder jetzt; die Hereros früher auch gegen weiße Frauen grausam, jetzt nicht mehr, wohl weil bei gemeinsamen Kriegszug 1896 Hererosfrauen auch von uns geschont; drei weiße Frauen getötet, einige verwundet oder mißhandelt; keine Kinder oder Missionare geschont, weil Kriegszug nur gegen Deutsche, schonen Hereros Engländer und Boeren aus Politik.

Zu diesem Telegramm ist heute morgen noch folgendes Telegramm eingegangen: Gerechtigkeit gebietet, früherem Telegramm hinzuzufügen, daß Rettung weißer Frauen durch eingeborene Christen erfolgt ist.

Wenn der Gouverneur uns hier mittheilt, daß von Vergewaltigungen von Hererosfrauen weder früher noch jetzt etwas im Schutzbereich bekannt ist, so haben wir dieser Versicherung wohl Glauben zu schenken, und ich meine, daß sich, wenn der Herr Abgeordnete Bebel auf Zustände zu sprechen gekommen ist, gegen die Einwendungen vielleicht vom moralischen Standpunkt gemacht werden können, jedenfalls nicht um Vergewaltigungen von Frauen handelt, sondern um Verhältnisse zwischen Weissen und eingeborenen Frauen, wie sie in einem Koloniallande überhaupt nicht existieren. (Unruhe und Bewegung. — Der Kolonialdirektor macht eine größere Pause.) Ueber die Behauptung, Frauen seien mißhandelt worden, ist eine besondere telegraphische Korrespondenz mit dem Gouverneur Leutwein

geführt worden, deren Inhalt ich dem Abg. Webel und denjenigen Herren Abgeordneten, die sich für diese Einzelheiten interessieren, jederzeit zur Verfügung stelle. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Lesen Sie sie doch vor. — Kurze Pause.) Ich komme auf einige Feststellungen zurück, die der Herr Abg. Webel seinen Fragen in seiner Rede vom 19. März angehängt hat. Der Herr Abg. Webel hat damals gesagt, er stelle fest, daß jetzt ein furchtbarer, unauflöslicher Haß gegen alle Deutsche in den Schutzgebieten besteht. Meine Herren, diese Feststellungen sind mit den Thaten doch nicht im Einklang. Ich möchte zu ihrer Widerlegung mich auf Äußerungen von Missionaren beziehen, gegen deren Vertrauenswürdigkeit der Herr Abgeordnete Webel vielleicht am wenigsten Einspruch erheben wird. Es liegt mir hier die Aussage eines Missionars vor, in der es folgende Sätze heißt — es handelt sich um eine protokollarische Aussage des Missionars Kullmann —: Ich habe bestimmt den Eindruck, daß die große Menge der Hereros friedlicher Gemüths ist. Ich habe immer von verschiedenen Seiten, auch von Seiten der Kapitäne, gehört, wie sie unter einander fragten, wie der Krieg eigentlich entstanden ist, und wie andre darauf sagten, sie hätten sich auch schon oft gefragt, sie wüßten es auch nicht. Und in derselben Aussage heißt es einige Seiten später: Es hätten sich Leute dahin hören lassen, für sie sei es nicht günstig, wenn die Hereros den Sieg davontrügen, denn unter der deutschen Herrschaft hätten sie sich Vieh halten können. Wenn aber die Hereros wieder die Herren wären, sei es nicht mehr möglich, weil alles Vieh nach ihrer Sitte den Großleuten geböre. Das sind Äußerungen des Missionars, die ganz bestimmt nicht dahin gehen, daß durch das ganze Hererovolk ein unauflöslicher Haß gegen das deutsche Volk und die deutsche Herrschaft geht. Wenn der Abg. Webel weiter am 19. März behauptet hat, daß die Hereros die Angehörigen anderer Nationen offenbar schonten und daß jetzt schon festgestellt sei, daß in einer Anzahl von Fällen Frauen und Kinder der Deutschen von den Hereros geschont worden seien, so möchte ich hierauf anführen: es kann zugegeben werden, daß sich in den Hereros eine eigentümliche Vermischung der Denkweise des Wilden und des Kulturmenschen gezeigt hat. (Bewegung.) Die gelegentliche Schonung deutscher Frauen, die Schonung der Missionare, Engländer und Boeren hat deutlich den Einfluß der Kultur auf die Wilden erkennen lassen. Wenn die Schonung der Engländer sicher einen egoistischen und politischen Hintergrund hat, so ist die Schonung der Missionare zweifellos auf die besseren Regungen des Menschenherzens zurückzuführen. Aber das scheint mir doch zu weit zu gehen, wenn man in Betracht dieser Momente bei der Vorlust gegen Deutsche auf mildernde Umstände plaidieren wollte. Nein, meine Herren, dem nichts als Wilden will ich keine Vorlust gegen jedermann zu gute halten. (Sehr wahr! rechts.) Aber dem Herero, der durch seine langjährigen Beziehungen zur Kultur des Weißen, der durch seinen Kontakt mit den christlichen Missionen sehr wohl zwischen gut und böse unterscheiden kann, der heute mit teuflischer Wut über die Deutschen herfällt, während er die Engländer verschont, wird kein mildernder Umstand zugebilligt werden können, es ist im Gegenteil eine gewaltige Verschärfung für die Beurteilung der unbedingten Verwerflichkeit seiner Handlungsweise. Die Mission stellt selbst nicht an, öffentlich zu erklären, daß hier nur exemplarische Sühne am Platze sei. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: So! so!) Ich möchte in dieser Verbindung auf eine weitere Äußerung von Missionaren über die Ursachen des Aufstandes eingehen. Ein der Herero-Mission angehöriger Missionar hat sich in einem Briefe folgendermaßen geäußert: Ich bin öfter von Offizieren und andern höhergestellten Beamten gefragt worden, was ich für die Ursache des Aufstandes halte. Ich habe geantwortet, zunächst die Mißstimmung, der allgemeine Haß gegen das Gemeinwesen und die Verjährung des Landes durch die Deutschen, dann aber auch die vielfach ungerechte Behandlung, die sich namentlich die Farmer und Händler gegen die Eingeborenen zu Schulden kommen ließen. Nun aber fährt er fort: „Wer die Verhältnisse genau kennt und unparteiisch urteilen will, muß zugestehen, daß auf beiden Seiten gefehlt wurde; die Hererosen wurden bedrückt, aber vielfach sind sie selbst schuld; ihre Lage war noch keineswegs verzweifelt. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Niemand konnte sie zwingen, ihr Land zu verkaufen. (Erneutes Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wir Missionare haben sie genug ermahnt und gewarnt und sind ihnen mit dem besten Beispiel vorangegangen, aber wir predigten tauben Ohren. Haß und Unaufrichtigkeit, die den Hereros eigen sind, haben dieses Verderben heraufbeschworen.“ (Zurufe bei den Sozialdemokraten.) In Verbindung hiermit gestalte ich mir, noch aus einem weiteren Missionsbericht etwas vorzulesen, und zwar handelt es sich um den Inspektor der Rheinischen Mission, der sich über die schlechte Behandlung, die angeblich und ja auch in Wirklichkeit den Hereros von den Weißen zugefügt wurde, folgendermaßen äußert: „Es ist nicht zu bestreiten, daß die Eingeborenen roh behandelt worden sind, sogar von einfachen deutschen Arbeitern. Dagegen schien es mir, daß wenigstens unter den Beamten das Bestreben herrsche, die Eingeborenen gerecht zu behandeln (Zurufe bei den Sozialdemokraten) und sie gegen Vergewaltigungen zu schützen. (Erneute Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Doch der Krieg in den Grenzen zivilisierter Kriegsführung bleibt, dafür ist uns bisher jedenfalls der Oberst Leutwein unbedingt bürgschaft gewesen. Wir haben gar nicht daran zu zweifeln, daß in dieser Beziehung der General von Trotha in den Hauptzügen des Obersten Leutwein wandeln wird. Im übrigen geben die Soldatenbriefe kein objektives Bild, selbst wenn sie ohne Absicht von Fälschungen geschrieben sind; das ist doch durch reichliche Erfahrungen bewiesen und ist auch natürlich.“

Im vorliegenden Falle kommt noch die ungeheure Erbitterung hinzu und die Grenz, die seitens der Hereros gegenüber unseren Landsteuten vertritt worden sind. Gerade der Umstand, daß Missionare gehont worden sind und die Rahe-Akte auf Deutsche beschränkt bleiben, kann doch gewiß keine Milderung in der Stimmung der deutschen Soldaten erzeugt haben. Wie kann unter diesen Umständen bei unseren Landsteuten eine Neigung zur Schonung des Feindes im Gefecht vorhanden sein? Und nur um das Gefecht handelt es sich. Das schließt nicht aus, daß seitens der Verwaltung mit allen Mitteln darauf hingewirkt worden ist, daß der Krieg ohne jede unnütze Grausamkeit in den Formen zivilisierter Kriegsführung vor sich geht. In dieser Richtung möchte ich mitteilen ein Telegramm, das an den Oberst Leutwein vom 28. März seitens des Reichslanzlers ergangen ist. Darin heißt es, daß die in der Presse mitgeteilten Briefe des Reichslanzlers veranlassen, den Oberst Leutwein darauf hinzuweisen, Verstößen gegen die Humanität, Mißhandlungen von Frauen und Kindern auf jeden Fall entgegenzutreten und entsprechende Anweisungen zu erlassen. Daß aber ähnliche Ereignisse, wie in Deutsch-Südwestafrika solche vorgekommen sind, in Kamerun möglich wären, muß ich nach meiner Kenntnis der Verhältnisse von Land und Leuten durchaus bestreiten. Es existieren in Kamerun keine Völkerschaften von der Größe und Stärke der Hereros. Es kann auch in Kamerun gar keine Rede davon sein, daß Hinterladergewehre sich in dem Besitz der dortigen Völkerschaften befinden. Der Handel an der Westküste von Afrika beschränkt sich den Verträgen entsprechend auf den Verkauf von Feuerstingewehren.

Abg. Gamp (Sp.): Deshalb sich Herr Webel gerade mit dem Gesetz über den Kontraktbruch so eingehend beschäftigt hat, weiß ich nicht. Ihm muß doch bekannt sein, daß das Gesetz sich nicht gegen die Arbeiter wendet (Lachen bei den Sozialdemokraten), sondern gegen Arbeitgeber und Agenten, die in gewinnfähriger Absicht Arbeiter zum Kontraktbruch verleiten. Zur Beurteilung des ganzen großen Südwestafrika hat sich Herr Webel auf die Äußerung eines einzigen Missionars berufen und darauf die schwersten Angriffe gegen die Kolonialverwaltung gerichtet. Ich muß die Herren bitten, mal zunächst in einer größeren Kommission,

wie Sie das ja lieben, die Verhältnisse in den Kolonien eingehend zu prüfen.

Ich habe mich zum Wort gemeldet, um den Vorwurf gegen die Gefängnisverwaltung in Rottenburg, die ich früher erhoben habe, zurückzunehmen; sie bemächtigt sich, durch Gefangenarbeit den Handwerkern nicht Konkurrenz zu machen. Weiter hatte ich früher angeführt, daß heute die Arbeiter einen Terrorismus gegen die Besitzenden ausüben, nicht umgekehrt. Besonders die Jungen von 14 bis 18 Jahren, die besonderen Hilsstruppen der Sozialdemokraten (Lachen links), betrogen sich recht frech.

Abg. v. Gerlach (Hosp. d. fr. Bg.) polemisiert gegen den Vorredner.

Abg. Stadthagen (Soc.): Herr Gamp hat sich darüber beschwert, daß die halbwüchsigen Jungen, die nach ihm die Haupttruppe der Sozialdemokratie sind, sich unerschrocken benehmen und dem Wirtschaftlichen Schutzbund Harburg, der zur Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung gebildet worden sei, in öffentlicher Volksversammlung Verleumdung usw. vorgeworfen hätten. Dieser Schutzbund hatte nun die Unvorsichtigkeit begangen, in der Öffentlichkeit einige Verleumdungen gegen Parteigenossen zu erheben. Er beschuldigte zwei meiner Kollegen des Meineids, und um dem Schutzbund zur Aufrechterhaltung der Ordnung der Lage und der Verleumdung. (Unruhe rechts) Gelegenheit zu öffentlicher Wirksamkeit zu geben, verlagten ihn diese unangenehme wegen Verleumdung. Ausnahmeweise: denn im allgemeinen halten wir es für eine Ehre, von solcher Bande verleumdet zu werden. (Große anhaltende Unruhe rechts.) Von seinen Vorwürfen konnte der Rügenverband auch nicht ein Wort beweisen. Trotzdem das Gericht ihnen zu gute hielt, daß sie geglaubt hätten, den jetzigen Staat mit entsprechenden Mitteln erhalten zu müssen, mußte es diese Ordnungsgewaltigen zu 500 M. Geldstrafe verurteilen. — Mit den jungen Leuten von 14 bis 18 Jahren ist Herr Gamp auch hineingefallen. Bei seiner starken Belesenheit und großen Wissen (Heiterkeit) hat er einen sogenannten Hilfsverein der bürgerlichen Gesellschaft mit der Sozialdemokratie verwechselt. Im Statut des vom nationalliberalen Abg. Weder gegründeten Bürgervereins zu Spremlingen heißt es, daß Mitglied des Vereins jeder werden könne, der das 14. Lebensjahr vollendet hat (Große Heiterkeit), gehandelt ist und sich zu den Grundsätzen des Vereins bekennt. Ich hoffe, daß Herr Gamp nicht die Äußerung des Herrn v. Frege von den grünen Jungs wiederholen will, muß ihn aber doch bitten, die Schutzmännlichkeit gegen die Sozialdemokratie nicht mit der Sozialdemokratie zu verwechseln. Im übrigen gehe ich auf seine Ausführungen nicht ein, es fällt mir gar nicht ein, den Schmutz immer wegzuräumen, den Sie zusammengetragen. (Große Unruhe rechts.)

Graf Walow hat es ja abgelehnt, sich über das dem Landtage vorliegende Kontraktbruchgesetz zu äußern. Vielleicht finden wir ein andres Mal Gelegenheit, mit ihm ausführlicher darüber zu sprechen. Herr Gamp meinte, der Gegenstand trafe nur die Arbeitgeber; das wäre richtig, wenn er die bestrafte, die ihre Pflicht gegen die Arbeiter nicht erfüllen, nicht aber so, wo er die kontraktbrüchigen Arbeiter, aber nicht die kontraktbrüchigen Unternehmer, boykottiert, ihres Koalitionsrechtes beraubt. Sie bilden sich vielleicht ein, besonders klug zu sein, wenn Sie nur Strafen für Arbeitgeber in dem Entwurf festlegen, aber man nennt die Arbeitgeber und meint die Arbeiter. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Der Arbeiter soll gemahnet werden und jeder Exzellenzmöglichkeit beraubt werden. Daß das die Reichsgesetzgebung nicht zuläßt, daß das ein Einbruch in die Verfassung ist, darauf sollte der Reichslanzler den preussischen Ministerpräsidenten aufmerksam machen. Koch am 10. Februar 1904 hat im Landtage Herr v. Miquel erklärt, daß jede derartige Strafbestimmung gegen das Reichsrecht verstoße.

Am 10. Februar 1904 aber erklärte Herr v. Bobbelski, ein solches Gesetz widerspreche nicht dem Reichsrecht. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß diese Materie zur Kompetenz des Reiches gehört, das hat die Regierung bisher stets erklärt. Es handelt sich hier um Fesselung der besonders schlecht entlohnenden ländlichen Arbeiter, die verhindert werden sollen, sich bessere Arbeitsbedingungen zu erringen und sich gegen Mißhandlungen durch ihre Arbeitgeber zu schützen. Wir verlangen, daß die Rechte der ländlichen Arbeiter und des Befindes durch das Reich geregelt werden und der Herr Reichslanzler hat alle Ursache, den preussischen Ministerpräsidenten zu veranlassen, ein Gesetz zurückzuziehen, das offenbar wider Reichsrecht verstößt. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Krendt (Sp.): Herr Webel hat heute wieder das hohe Lied von den Hereros gesungen. An dem Aufstand giebt er natürlich den Deutschen Schuld. Woran liegt es denn aber, daß wir jetzt in ganz Afrika ähnliche Zustände erleben? Das sind noch die Folgen des Vorentscheides, der Bewaffnung der Schwarzen durch die Boeren. Die ganze Stellung des Herrn Webel gegenüber unseren Kolonien darf im Reichstag nicht unwidersprochen bleiben. Seine Auffassung, die Kolonien zu verkaufen, die Marine einzuschränken und womöglich noch eine Pilz einzuführen, ist alles weniger als modern, sie ist in der That philisterhaft.

Damit schließt die Generaldiskussion.

Persönlich bemerkt Abg. Graf v. Stolberg-Wernigerode (L.): Herr Webel hat gesagt, ich hätte mich dahin geäußert: Wenn wir getoht hätten, was für Verlegenheiten und Kosten die Kolonien dem Reich bereiten würden, hätten wir wohl von Hans aus die Kolonialpolitik beurteilt. In der That habe ich gesagt, daß es Leute gebe, die diesen Standpunkt vertreten. Ich habe aber dann gesagt, die Liebe des deutschen Volkes zu seinen Kolonien ist trotz der augenblicklichen Schwierigkeiten so stark geworden, daß heute selbst die Gegner der Kolonialpolitik es nicht wagen, hier im Reichstag einen Antrag auf Verkauf unserer Kolonien zu stellen.

Es folgt die Specialdiskussion.

Der Etat des Reichstags wird debattelos bewilligt.

Beim Etat des Reichslanzlers bringt Abg. Guntz (nall.) die Ausweisung eines deutschen Staatsangehörigen aus Rußland und Sibirien zur Sprache. Der Betreffende, Namens Steingruber, ist seit fünf Jahren in Tomsk etabliert, er ist ein Mann von durchaus bescheidenem Auftreten und verfügt über die besten Empfehlungen der Firmen, die er vertritt. Am 7. März fuhr er in Sibirien im Speisewagen. Als einige russische Offiziere den Wagen betreten, hielt er es für das taftvollste, seinen Platz bescheiden inne zu behalten. Vom Zugführer wurde er später darauf hingewiesen, warum er die Offiziere nicht begrüßt habe, es hätte sich ein Großfürst unter ihnen befunden. Trotzdem der Kaufmann darauf hinwies, daß er den Großfürsten nicht kenne, erhielt er am 22. März die Ausweisungsbefehle sowohl aus Sibirien wie aus Rußland. Nach Mitteilungen, die ihm geworden sind, hat der Zugführer über den Vorfall ein Protokoll aufgenommen, das ihm Steingruber, nicht vorgelesen habe. Steingruber hat sich an die deutsche Botschaft in Petersburg gewandt und die Ausweisung ist auch zurückgenommen. Ihm liegt aber vor allem daran, nach Sibirien, wo er sein Geschäft hat, zurückzukehren, und ich bitte den Herrn Reichslanzler dafür zu sorgen, daß möglichst bald die Ausweisung des Betreffenden aus Sibirien zurückgenommen wird.

Staatssekretär des Auswärtigen Freiherr v. Richthofen: Ich hoffe, daß es den Bemühungen der deutschen Botschaft in Petersburg gelingen wird, auch die Zurücknahme der Ausweisung aus Sibirien durchzusetzen.

Der Etat wird bewilligt.

Es folgt der Etat des Auswärtigen Amtes.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Bg.): Der Herr Staatssekretär des Auswärtigen hat bei der zweiten Lesung des Etats erklärt, daß die russische Regierung bei Abschluß der Handelsverträge keinen Zweifel darüber gelassen habe, daß sie durchaus gewillt sei, die für die russischen Juden geltenden Bestimmungen auch für die zeitweise in Rußland sich aufhaltenden fremden möglichst Platz greifen zu lassen. Inzwischen sind mir von einer Stelle, die ich für gut unterrichtet halten muß, Mitteilungen zugegangen, die, wenn sie richtig sind, dafür sprechen, daß entgegen den Ausführungen des Herrn Staatssekretärs

schon jetzt die Juden in Rußland anders behandelt werden als die einheimischen, so z. B. wird ihnen im Gegensatz zu den einheimischen Juden die Ausiedelung nicht gestattet. Auch ist mir berichtet, daß die Bemühungen der amerikanischen Regierung für ihre Staatsbürger jüdischen Glaubens von besserem Erfolge begleitet gewesen seien. Ich bitte den Herrn Staatssekretär, nochmals Ermittlungen in dieser Richtung anstellen zu wollen.

Staatssekretär des Auswärtigen Freiherr v. Richthofen: Ich wäre dem Herrn Vorredner sehr dankbar, wenn er mir die einzelnen ihm zugegangenen Mitteilungen zur Verfügung stellen wollte, falls sich darin irgend eine Handhabe finden läßt, um eine bessere Behandlung der deutschen Juden in Rußland zu erreichen.

Abg. Dr. Gieseler (fr. Bg.) tritt für eine höhere Unterstützung der Schulen im Auslande ein.

Staatssekretär Frhr. v. Richthofen erklärt seine Uebereinstimmung mit den Ausführungen des Vorredners.

Abg. Dr. Krendt (Sp.): Es ist immer erfreulich, wenn rechts und links einmal zusammengehen; deshalb ergreife ich die Gelegenheit, um zu erklären, daß auch ich den Anregungen des Abg. Gieseler völlig zustimme.

Damit schließt die Diskussion; der Etat des Auswärtigen Amtes wird bewilligt. Es folgt die Beratung des Kolonial-Etats.

Der Etat Südwestafrikas beantragt die Abg. Dr. Bahig und Genossen folgendes: Es sind 2000000 M. ausgeworfen zur Bewährung von Entschädigungen für Verluste aus Anlaß des Eingeborenen-Aufstandes. Die Zweckbestimmung (Disposition) lautet: Zu Darlehen an Geschädigte sowie zu Hilfeleistungen an Bedürftige. (nall.) Die beiden Worte will der Antrag Bahig und Genossen (nall.) streichen.

Abg. Dr. Bahig begründet seinen Antrag mit der Erregung der beunruhigten Aufwölger und dem Wunsch, sie drüben im Lande zu erhalten.

Abg. Lattmann (Antif.) stimmt dem Antrage zu.

Kolonialdirektor Dr. Stübel: Ueber die Stimmung der Geschädigten haben schon die Vorredner genügend gesprochen. Ich will annehmen, daß die Aufwölger nicht ihre Drohung wahr machen, das Land zu verlassen. Aber mit verbitterten, hoffnungslosen Existenzen kann man das wirtschaftliche Leben der Kolonie nicht wieder erwecken. Deshalb bitte ich, den Antrag anzunehmen. Sollten die zwei Millionen nicht ausreichen, so sind wir eventuell bereit, in Zukunft die Bewilligung von weiteren Mittel zu beantragen.

Abg. Gröber (L.): Im Beschluß der zweiten Lesung liegt nichts Bescheidendes, Entwürdigendes oder Demütigendes. Wir können uns ja später darüber einigen, ob wir auf Rückzahlung aller Darlehen bestehen; die Entscheidung darüber in den einzelnen Fällen könnten wir ja der Verwaltung überlassen.

Damit schließt die Debatte. Der Antrag Bahig wird gegen die Stimmen der Konservativen und Nationalliberalen abgelehnt, die Kommissionsfassung aufrechterhalten. Der Rest des Kolonial-Etats wird debattelos bewilligt.

Darauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr.

Schluß 6 1/2 Uhr.

Verfammlungen.

Der Arbeitervereiner-Verein hielt am Donnerstag im Gewerkschaftshaus eine Sitzung ab. Genosse Sattler berichtete daselbst über das Wesen und Wirken des Berliner Vereins für Unfallverletzte. Genannter Verein ist vor mehreren Jahren von bürgerlicher Seite gegründet worden und dem Zweck, unfallverletzte Personen passende Arbeit und Verdienst zu verschaffen, weil Unfallrentner nur schwer in ihrem Beruf geeignete Beschäftigung finden, ihre Rente aber zum Lebensunterhalt nicht ausreicht. Seit dem 1. Oktober 1901 hat der Verein eine Werkstatt in der Neuen Friedrichstraße 3 errichtet, wo selbst eine Anzahl Unfallverletzte die Bürstenmacherzerei betreiben. Gegenwärtig will man dort auch Vestherarbeiten für die Metallindustrie ausführen lassen. In der Debatte äußerten sich Piechke und Simonowitsch sehr skeptisch über die Wirksamkeit des Vereins. Sie beriefen sich unter anderem auf einen Artikel vom 7. Februar der „Arbeitgeber-Zeitung“, der von dem Leiter der Bürstenmacherwerkstatt, Regierungsbauameister W. Eisner, verfaßt worden ist. Aus dem Artikel ergibt sich, daß der Verein Zusammenkünfte von Unternehmerkreisen erbittet und auch erhält. Den Unternehmern wird Gelegenheit gegeben, „Böhschäften“ zu über, ohne daß es etwas kostet. Ein ungenannter Großadmirant hat sogar besprochen, seinen Beitrag gern zu erhöhen, wenn er sehe, daß dann auch Leute aus seinem Etablissement dort Arbeit und Verdienst fänden. Damit, so meinten die Redner, lenge man sich das Institut gewissermaßen als eine Abzweigungsstelle für Unfallverletzte und die Unternehmer können sich so auf bequeme Art ihrer moralischen Verpflichtung entziehen, Leute, die ihre gesunden Knochen im Dienste jener eingebüßt haben, mit leichter Arbeit weiter zu beschäftigen. Es scheint aber auch, als sei die Werkstatt eine Art Probierstation zu Gunsten der Berufsgenossenschaften, weil die nachweislich erzielten Verdienste der Beschäftigten eventuell als Vorwand zur Herabsetzung der Rente benutzt werden können. So mule es z. B. recht sonderbar an, wenn in dem Artikel der „Arbeitgeber-Zeitung“ eine Reihe von Krüppeln mit ihren jetzigen und früheren Verdiensten aufgeführt ist. So wird von einem landwirtschaftlichen Arbeiter mit amputiertem linken Bein angegeben, daß sein Jahresverdienst vor dem Unfall 600 M. betragen hat. Jetzt aber verdient er 883,18 M., nämlich 225 M. Rente und 658,18 M. als Bürstenmacher des Vereins. Ein Deutscher mit künstlichem rechten Bein, der vor dem Unfall 1200 M. Einkommen hatte, bringt es jetzt sogar auf 1461,97 M., wovon 510 M. auf die Rente und 651,97 M. auf den Bürstenmacherberuf entfallen. Wahrscheinlich solle durch derartige Aufstellungen nur das „legende Wirt“ des Vereins in ein möglichst vorteilhaftes Licht gerückt werden; jetzt sei es nicht ausgeschlossen, daß sich die Berufsgenossenschaften auf die Verdienste der Krüppel, besonders derjenigen mit nur gedrohenen, nicht amputierten Gliedmaßen berufen, um eine Herabsetzung ihrer Renten zu rechtfertigen, wogegen es doch klar sei, daß die Leute doch nur unter besonderen Umständen einen Verdienst erzielen können, der mit der Rente das frühere Einkommen erreicht. Vom Arbeiterstandpunkt liege also kein Anlaß vor, dem Verein für Unfallverletzte etwa ein besonderes Loblied zu singen.

Hierauf wurde die Frage diskutiert: „Wie stellen sich die Schiedsgerichtsbestreuer zu der vom Vorsitzenden des Schiedsgerichts für Arbeiterversicherung geplanten Auskunftsstelle betreffend Materieileitung an die Verletzten?“ Wie Sattler mitteilte, ist die Auskunftsstelle am Schiedsgericht geplant, um der unheilvollen Tätigkeit der vielen Binkellonsulenten, von denen eine große Anzahl Arbeiter oder deren Hinterbliebenen empfindlich geschädigt werden, einen Damm entgegenzusetzen. In der regen Debatte waren wohl sämtliche Redner der Meinung, daß das Treiben der Binkellonsulenten arge Schädigungen für die bei ihnen Rat suchenden Verletzten usw. im Gefolge habe, doch würde die wirksame Abhilfe zur Vermeidung dieses Uebelstandes in dem weiteren Ausbau der Arbeitersekretariate erblickt. Es wurde schließlich eine aus fünf Weisungen bestehende Kommission gewählt, die mit dem Vorstande unter Hinzuziehung der hiesigen Arbeitsekretäre nochmals Stellung zu der geplanten Auskunftsstelle nehmen und ihre Meinung dem dem Vorsitzenden des Schiedsgerichts unterbreiten soll.

Friedenau. Der hiesige Wahlverein hielt am 19. April seine reguläre Mitgliederversammlung ab. Genosse Stempel von der Arbeiter-Baugenossenschaft „Paradies“ erklärte in einem Vortrage den Zweck der Baugenossenschaft. Nach der Diskussion darüber gab der Kassierer Döring den Kassenbericht über das letzte Quartal. Derselbe weist eine Gesamteinnahme von 175,24 M. auf. Nach Abzug der drücklichen Ausgaben und der an den Zentralvorstand abgeführten 71,84 M. verbleibt ein Bestand von 5,74 M. Zum Schluß sei nochmals auf den am 13. Mai bei Schellhase, Steglitz, beginnenden monatlichen Vortragsskullus über das Erfurter Parteiprogramm hingewiesen.

Extra-
Preise

Warenhaus

A. Wertheim

Dienstag
Mittwoch

soweit der Vorrat reicht:

Konserven

Ananas Pfd. 75 Pf.

Wachsbohnen $\frac{1}{2}$ Dose 38 Pf.
Schoten " 38 Pf.
Feine Schoten " 55 Pf.
Schoten u. Karotten 55 Pf.
Karotten I 60 $\frac{1}{2}$ D. 35 Pf.

Kohlrabi $\frac{1}{2}$ Dose 26 Pf.
Stangenspargel I " 1.40 $\frac{1}{2}$ D. 75 Pf.
Stangenspargel II 1.15 " 65 Pf.
Bruchspargel ohne Köpfe " 60 Pf.
Champignons $\frac{1}{2}$ D. 1.60 $\frac{1}{2}$ D. 90 $\frac{1}{2}$ D. 35 Pf.

Melangefrüchte $\frac{1}{2}$ Dose 1 Mk. $\frac{1}{2}$ Dose 55 Pf.
Erdbeeren 1.15 Mk.
Dose ca. $\frac{1}{5}$ $\frac{5}{10}$ Pfd.
Preisselbeeren 60 1.50 2.85
Französische Sardinen
Marke Amieux Frères $\frac{1}{2}$ Dose 1.35, $\frac{1}{4}$ Dose 80 Pf.

Gebrannt. Kaffee

Guatemala-Mischung III Pfd. 1.05 Mk.
Costarica-Mischung IV " 1.25 Mk.
Feinste Costarica-Misch. V " 1.40 Mk.
Perl-Kaffee " 1.10 Mk.

Maccaroni Paket ca. 1 Pfd. 32 Pf.
Eierschnitt-Nudeln leicht gefärbt Paket ca. 1 Pfd. 34 Pf.
Deutscher Kakao Pfd. 1.10

Holländ. Kakao

$\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{4}$ Pfd.
Spezialmarke I 2 Mk. 1 Mk. 50 Pf.
Spezialmarke II 1.70 85 43 Pf.
In Dosen 2.10 1.05 Mk.

Fruchtweine

Heidelbeerwein herb u. süß $\frac{1}{2}$ Fl. 70 Pf.
Stachelbeerwein " 70 Pf.
1893er Johannisbeerwein 80 Pf.
Frankfurt-Apfelwein $\frac{1}{2}$ Fl. 36 Pf.

Maitrank

$\frac{1}{2}$ Fl. 50 u. 85 Pf.

Citronensaft

zur Kur, ohne Zuckerzusatz

$\frac{1}{2}$ Fl. 1.50, $\frac{1}{2}$ Fl. 80 Pf.

Fruchtsäfte

Himbeer-, Kirschsafft $\frac{1}{2}$ Lt. 1.10
Himbeersaft I^a $\frac{1}{2}$ Lt. 1.45
Himbeersaft I^a $\frac{1}{2}$ Lt. 78 Pf.
Sirop de Grenadine $\frac{1}{2}$ Fl. 1.60

Geheimnisvoll
erscheint

Fuchssprung



am Himmelfahrtstage
niemand mehr!

J. Georg Simon 8. Reinickendorferstrasse 8.

Grösstes Bekleidungshaus des Nordens von Berlin.
Ecke Ravenstrasse. Am Bahnhof Wedding.

Herren-Anzüge . 7⁷⁵ 10⁰⁰ 14²⁵ 18⁰⁰ etc.

Herren-Paletots 7²⁵ 8²⁵ 10⁰⁰ 16⁰⁰ etc.

Herren-Hosen . 1⁵⁰ 2⁴⁰ 3⁵⁰ 5⁰⁰ etc.

Jünglings-Anzüge 5⁰⁰ 7²⁵ 10⁰⁰ 13⁰⁰ etc.

Knaben-Anzüge . 2²⁵ 3⁵⁰ 4⁵⁰ 5⁵⁰ etc.

Arbeiter- und Berufskleidung für jedes Gewerbe.
Anfertigung nach Mass unter Leitung erster Zuschneider zu mässigen Preisen
und Übernahme für guten Sitz und saubere Verarbeitung volle Garantie!

A. Pergandé

Dampf-Färberei u. chem. Waschanstalt

färbt in allen Farben: reinigt:
Damenkleider . . . 3,00 Mark. Damenkleider . . . 2,50-3,00.
Herrenanzug . . . 4,50. Röde . . . 1,50-2,00.
Uebergießer . . . 3,00. Jacketts . . . 1,25-1,50.
Bettedecken . . . 1,25. Stufen . . . 0,75-1,25.
Tischdecken . . . 1,25-1,50. Sonnenschirme . . . 0,50.
Steppdecken . . . 2,50. Herrenanzüge . . . 3,00.
Plätsch- u. Möbelstoffe a Rifs 1-1,50. Uebergießer . . . 2,00-2,25.

Fabrik: Holzmarktstrasse 21.

Hauptgeschäft: Waldemarstr. 52.

Bitte genau auf die Firma zu achten!

vis-a-vis Bethanien.

Nittalen: Bergmannstrasse 27, Waldemarstrasse 62.

Annahmestellen: Maxstr. 15. Noabit, Klopstockstr. 9.
Telephon: Amt VII Nr. 3943. 49652*

Von der Bellealliancestrasse 98 vorzuziehen.

Stettin. Filialen Berlin.

Mass-Anzüge 4923L*
Mass-Paletots
24 und 30 Mark.

Unter Garantie des tadellosen Sitzes bei peinlichst
gewissenhafter Anprobe liefere ich von prima
Partie-Stoffen mit guten Zuthaten Anzüge nach
Mass zu obigen Preisen.

Indem gewesene Angestellte sich speciell auf mein
gutes Renommee stützen, mache ich darauf aufmerksam
im Interesse des werten Publikums sich direkt zu
wenden an 4682L*

Sonnenschein's Herren-Moden
nach Mass
Chausseestr. 54 I - Lindenstr. 95 I.

Von der Bellealliancestrasse 98 vorzuziehen.

Jede Uhr

zu reinigen kostet
bei mir unter Garantie nur 1,50 Mk., außer Bruch. Kleine Repara-
turen billiger. Trauringe in jedem Gold und Double zu billigsten
Preisen in jeder Preislage und Nummern stets am Lager. Großes
Ketten-Lager zu allen Preisen. 47123*

Emil Rothert, Uhrmacher und Goldarbeiter,
Andreas-Strasse 62. - Frankfurter Allee 114.

Nur 1,50 Mk. jede Uhr

bei mir zu reparieren u. reinigen unter Garantie des Gut-
gehens (ohne Bruch), kleine Reparaturen billiger. Grosse
Auswahl in Uhren u. Goldwaren zu billigsten Preisen. Goldene
Damen-Remontoir, 10 Steine, v. 18.-, Goldene Herren-Doppel-
kapsel-Remontoir v. 50.-, Silberne Remontoir v. 9.-, Regu-
lature, Froischwinger, Wecker- u. Wanduhren. Goldene Herren-
u. Damen-Ketten, Ringe, Schmucksachen in modernsten Façons
für jeden Geschmack. Für jede bei mir gekaufte Uhr
leiste 3 Jahre Garantie. 3897L*

Karl Lux, Uhrmacher, Chausseestr. 34.

Apollinaris

KOHLensaures MINERALWASSER.

„EIN WELT TAFELGETRÄNK“

(Kölnische Zeitung, 7ten Okt., 1902).

Jährliche Füllungen:

30 000 000 Flaschen und Krüge.

Ungewitters Kautabak

ist als bester seit 40 Jahren in Berlin bekannt und gern gekauft.

Verlangt Ungewitters Kautabak.

In haben in Cigarren-Specialgeschäften. 44702*

Für Wiederverkäufer zu haben bei: Fritz Hämmerer, Berlin, Frankfurter Allee 33.

100 Stück 7 zöller
Fielitz-Briketts

kosten jetzt ab meinen Filialen 70 Pfg.,
für 10 Pfg. 14 Stück. 5157L*

100 Stück 7 zöller „Anna-Briketts“
(gleiche Heinkraft wie Ise, Monopol, Victoria etc. etc.)

65 Pfg., für 10 Pfg. 15 Stück.

Edmund Beese, Comptoir: Schwedterstr. 48.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Ausbruch des Bäderstreiks

wird voranschreitend in der heute in der „Neuen Welt“, Hasenheide, stattfindenden großen Versammlung beschlossen werden. Am Sonntag tagte im „Rosenfelder Hof“ die Vertrauensmänner-Versammlung des Verbandes, welche sich mit den fruchtlosen Verhandlungen der Gesellenausschüsse und der Innungen beschäftigte. Ein wahrer Enttäuschungssturm entstand in der Versammlung, als der Referent das höhnische Verhalten der Innungen schilderte. Es war allgemein die Auffassung: Die Innungen wollen den Streik, gut, sie sollen ihn haben. Die Versammlung ging nun sofort an die praktischen Vorarbeiten für den Streik. Das Schlafstellenwesen wurde organisiert und Vertrauensleute ernannt. Einstimmig wurde der Beschluß gefaßt, daß die zu neuen Bedingungen arbeitenden ein Zehntel ihres Wochenlohnes an die Streikkasse abzuführen haben. Während des Streiks haben die Kollegen im Streikgebiet sich die Zeitungen jede Woche selbst vom Bureau zu holen. Die Verhaltensmaßregeln beim Streik sowie die Erläuterung der Streikarbeit wurde nochmals einer Besprechung unterzogen. Allgemeine Befriedigung erweckte die Mitteilung, daß das Landgericht in Kiel das Vorkottenerbot des Amtsgerichts aufgehoben habe.

Der heutigen Versammlung wird wiederum eine Vertrauensmänner-Versammlung vorausgehen, die die weitere Organisation des Streiks beschließt.

So dürfte der heutige Tag eine große Bedeutung für die Bädereigenen und auch für das Publikum haben, und die Prognose der Bädermeister ist Schuld an einem Kampf, der recht leicht hätte vermeiden werden können.

Das Streikgebiet erstreckt sich über Berlin und folgende Orte: Nizdorf, Britz, Charlottenburg mit Westend, Schöneberg, Wilmerdorf, Friedenau, Steglitz, Reinickendorf, Zehlitz, Pantow, Nieder-Schönhausen, Alt- und Neu-Weißensee, Friedrichsberg, Friedrichsfelde, Lichtenberg und Stralau-Hummelsburg.

Der Tarifkonflikt im Baukempner-Gewerbe.

Der sich durch die Schuld der Innungsherren bereits so zugespitzt hatte, daß die Entscheidung über den Ausbruch eines größeren Streiks nur noch auf des Herrschers Schneide stand, ist nunmehr zu Gunsten der Arbeiter beigelegt worden. Gestern beschloß sich das Einigungsamt des Gewerbegerichts unter Leitung des Magistratsrats v. Schulz in abermaliger Sitzung mit der Angelegenheit. Als Vizepräsident fungierten im Auftrage der Arbeitnehmer Reichsdrucker-Verband, ein im Norden, die andere im Westen, und die dritte im Osten der Stadt. Da sich in der vorigen Versammlung eine starke Opposition gegen die Vertragsverlängerung ohne gleichzeitige Lohnhöhung geltend gemacht hatte, so legten die Referenten in den Verhandlungen am Sonntag die Bedeutung korporativer Arbeitsverträge im allgemeinen dar und wiesen nach, welche Gründe in besonderer für die Verlängerung des Vertrages der Bauarbeiter sprechen. In dieser Hinsicht wurde unter anderem ausgeführt: Im Jahre 1902 erlangten die Bauarbeiter Berlins durch Streik eine Erhöhung des Stundenlohns von 40 auf 45 Pf. Diese Lohnhöhung, die mit einem Opfer von 16 000 M. erkämpft war, ging aber, sobald im Herbst 1902 die Arbeitslosigkeit nachließ, wieder verloren, der Lohn sank wieder auf 40 Pf., ja teilweise sogar noch tiefer. Im Jahre 1903 trat die Organisation mit den Arbeitgebern in Unterhandlung, und erzielte ohne Streik den Abschluß eines Vertrages, welcher den Stundenlohn auf 45 Pf. festsetzte. Der wesentlichste Vorteil des Vertragsverhältnisses ist, daß der einmal festgesetzte Lohn auch erhalten blieb. Die Gegner des Vertrages behaupten nun, daß unter der Herrschaft desselben die Organisation zurückgehe. Das ist aber ein Irrtum. Während des vergangenen Jahres, wo der Vertrag in Gültigkeit war, hat die Mitgliederzahl zugenommen, sie ist auch stabiler geworden. Es hat sich also gezeigt, daß das Verhältnis des Vertrages sowohl die Lohn- und Arbeitsverhältnisse, wie die Organisation günstig beeinflußt hat. Aus diesen Gründen empfiehlt die Verbandsleitung, daß die Tarifverhandlungen mit den Unternehmern fortgesetzt werden, und, falls es nicht möglich sein sollte, Lohnaufbesserungen durchzusetzen, den gegenwärtigen Vertrag auf ein Jahr zu verlängern.

In der allgemeinen Aussprache legte Cohen nochmals kurz die im „Vorwärts“ bereits bekannt gegebenen Ursachen des Konflikts dar. Die Verlängerung der Tarifbestimmung betr. Fahrzeithinbildung sei eine zwingende Notwendigkeit gewesen, weil gerade die ausschlaggebendsten Firmen der bisherigen Fassung dieser Bestimmung, die den Arbeitgebern bezüglich der Fahrzeit- und Fahrzeithinbildung, „freie Vereinbarung“ einräumt, eine durchaus einseitige, vom Bewußtsein der wirtschaftlichen Uebermacht diktierte Auslegung gegeben und sie auch dementsprechend zur Anwendung gebracht haben. Es ist den Arbeitern in einer Reihe von Fällen einfach erklärt worden, man wolle ihnen nur so und so viel oder auch überhaupt keine Fahrzeithinbildung zahlen, und wer damit nicht zufrieden sei, könne gehen. Aus diesen Gründen sei die Regelung der Fahrzeithinbildung nachgerade brennend geworden; nur mit Mühe habe sich die Erregung der Baukempner über derartige Praktiken besänftigen lassen. In Interesse des Friedens aber sei jetzt von einer allgemeinen Arbeitsniederlegung abgeraten worden; jedoch sei ein weiteres Hinanschieben der Entscheidung nunmehr unmöglich. Redner stellte sich grundsätzlich auf den Standpunkt, daß eine Schlichtungskommission unbedingt die Befugnisse zu einer regelnden Änderung eines oder zweier Tarifparagrafen — wie es hier geschehen ist — eingeräumt werden müsse — wenn anders sie nicht eine leere Dekoration sein solle — und bedauert, daß die Innung ihre eignen Kommissionsvertreter in so trauer Weise desavouierte, indem sie deren wohlwollender Zustimmung zu der als notwendig erkannten Änderung ihrerseits die Anerkennung verweigerte. Die ganze Sache sei nicht so kompliziert, als daß ihre Erledigung sich ca. drei Monate hinzögern dürfe; deshalb beantragte er, nunmehr den Beschluß der Schlichtungskommission zu sanktionieren mit rückwirkender Kraft vom 1. März dieses Jahres an.

Als hierauf Obermeister Berger das Wort nahm, probierte er sogleich einen häßlichen Zwischenfall, der bald dazu geführt hätte, daß Herr v. Schulz den Vorsitz niederlegte. Herr Berger wollte es nämlich sehr bestrebt finden, daß Herr v. Schulz eine Sitzung in dieser Sache auf den 6. Mai anberaumt hätte, obwohl in der früheren Sitzung eine unbestimmte Vertagung beschloffen war. Die Art, wie dieses „Bestreben“ zum Ausdruck kam, mußte bei dem größten Teile der Anwesenden ohne weiteres die Empfindung hervorgerufen, als solle dem Vorsitzenden ganz unerbittlich der Vorsitz der Parteiführerschaft zu Gunsten der Arbeiter gemacht werden. Herr von Schulz gab diesem Empfinden denn auch sofort durch eine entsprechende Gegenbemerkung Ausdruck, worauf er sich mit den Besitzern zu einer Beratung darüber zurückzog, ob er den Vorsitz weiter führen oder niederlegen solle. Wahrscheinlich stellten sich die Vertreter, ebenso wie die Mehrzahl der Anwesenden auf den Standpunkt, daß durch die unqualifizierten Antworten eines Obermeisters Berger das Vertrauen in die bewährte Unparteilichkeit des Vorsitzenden auch nicht im allergeringsten erschüttert werden konnte, weshalb Herr v. Schulz weiter präsierte. Nach dieser moralischen Ohrfeige zog Herr Berger notgedrungen etwas andre Seiten auf; seinen mühsam verkniffenen Unmut ließ er aber dann an dem „Vorwärts“ aus, dessen Sonntagnotiz über die Ursachen des Konflikts ihm absolut nicht behagte. Mit einem gänzlich überflüssigen Aufwand von sittlicher Entrüstung bezeichnete er den Inhalt der Notiz in ihrem wesentlichen Inhalt als „unwahr“. Seine zur Schau getragene Entrüstung flaute aber merklich ab, als Cohen ihm rund und nett erklärte, der „Vorwärts“ Artikel entspreche durchaus der Wahrheit mit Ausnahme eines geringfügigen Fehlers. Es hätte nämlich nur behauptet werden können, daß der Obermeister in utramque, nicht aber tatsächlich in alle Innungsmitglieder die Weisung der Verweigerung von Fahrzeithinbildung hatte ergeben lassen; wirklich nachgewiesen wurde laut Aussage des früheren Altesellen Weigel „nur“ ein solcher Fall, aus dem dann die Schlussfolgerung auf alle Innungsmitglieder gezogen worden ist. Ähnlich wie ihrem Obermeister erging es auch den andern anwesenden Arbeitgebern mit der Entrüstung. Sie wollten es nämlich durchaus nicht wahr haben, daß eine Reihe von ihnen unter Anwendung ihres wirtschaftlichen Uebergewichts die Arbeiter um einen Teil des Jahrgeldes resp. den vollen Betrag der Fahrzeithinbildung benachteiligen. Als aber eine Firma nach der andern namhaft gemacht wurde — anwesende nicht ausgeschlossen — da wurden die Herren allgemach recht kleinlaut. Vollends aber verstummten sie, als Herr Müller, Arbeitgebermitglied der Schlichtungskommission, erklärte, er habe aus besser Ueberzeugung für eine Änderung des fraglichen Paragraphen gestimmt, weil es bisher die Arbeitgeber hauptsächlich in der Hand hatten, die „freie Verein-

barung“ über Fahrzeithinbildung einseitig zu ihren Gunsten zu gestalten; es wäre nun einmal so, daß eine Arbeitgeber sei weniger entgegenkommend wie der andre, wenn es sich um freie Vereinbarungen zwischen Unternehmer und Arbeiter handelte! — Wenig schmeichelhaft für die Innungsgrößen waren auch die Ausführungen des Herrn Bernhardt, der das Ehrenamt eines unparteiischen Vorsitzenden der Schlichtungskommission bekleidet. Demnach hat der Obmann der Arbeitgeber in der Kommission ausdrücklich erklärt, daß den Arbeitgebermitgliedern keinerlei Beschränkungen in ihren Entschlüssen von der Innung auferlegt seien. Die Innung handele aber jetzt wenig kollegial, wenn sie ihre Kommissionsmitglieder in dieser Weise desavouiere und ihnen damit ein Armutszugnis austelle. Er für seine Person würde sich gegebenenfalls bedanken, unter solchen Umständen Mitglied einer Körperschaft zu werden, deren Beschlüsse von dem Gros seiner Kollegen dann nicht anerkannt würden. So allseitig in die Enge getrieben, beschränkten sich die Herren Berger und Kunz nur noch darauf, die Kompetenz der Schlichtungskommission zu der in Frage kommenden Änderung zu bestreiten. — Nach längerer Beratung machte das Einigungsamt dann einen Vergleichsvorschlag auf folgender Grundlage: Die Parteien einigen sich, indem sie die Vorschläge der Schlichtungskommission vom 18. Februar anerkennen. — Nach längerer Beratung machte das Einigungsamt dann einen Vergleichsvorschlag auf folgender Grundlage: Die Parteien einigen sich, indem sie die Vorschläge der Schlichtungskommission vom 18. Februar anerkennen. Nur der Passus: „Ist die Arbeitsstelle mehr als 3 Kilometer vom Geschäft entfernt, so ist dem Arbeitnehmer das Fahrgehalt . . . zu vergüten,“ erfährt die Änderung, daß anstatt 3 Kilometer jetzt 4 Kilometer gesetzt wird. Die bisherige Bestimmung, betr. die „freie Vereinbarung“ ist außer Kraft gesetzt. Gültig ist die jetzige Fassung des § 6 des Tarifs vom 10. Mai d. J. ab.

Namens der Baukempner erklärte sich Cohen mit diesem Vergleichsvorschlag einverstanden mit dem Bemerkten, daß die Versammlung am Mittwoch denselben sicher acceptieren werde. Auch Obermeister Berger sowie die übrigen Innungsmitglieder waren jetzt mit dem Vorschlag einverstanden. — So ist denn durch die ihnen beigebrachte bessere Einsicht der Innungsherren ein Streik verhütet worden, dessen günstiger Ausgang für die Arbeiter angefaßt der jetzigen flotten Konjunktur kaum zweifelhaft sein konnte. Es bedarf auch kaum der Erwähnung, daß die Baukempner den „vierten Kilometer“ lebhaft aus Coulanz gegenüber dem Einigungsamt preisgegeben haben.

Tarifvertrag der Bauarbeiter.

Nachdem die vor etwa zwei Wochen abgehaltene Bauarbeiterversammlung keine endgültige Entscheidung über die Frage der Verlängerung des am 1. Mai abgelaufenen Tarifvertrages gefaßt hatte, unterlag diese Angelegenheit einer Urabstimmung, die am Sonntag vorgenommen wurde. In diesem Zweck tagten gleichzeitig drei Mitgliederversammlungen des Bauarbeiter-Verbandes, eine im Norden, die andere im Westen, und die dritte im Osten der Stadt. Da sich in der vorigen Versammlung eine starke Opposition gegen die Vertragsverlängerung ohne gleichzeitige Lohnhöhung geltend gemacht hatte, so legten die Referenten in den Verhandlungen am Sonntag die Bedeutung korporativer Arbeitsverträge im allgemeinen dar und wiesen nach, welche Gründe in besonderer für die Verlängerung des Vertrages der Bauarbeiter sprechen. In dieser Hinsicht wurde unter anderem ausgeführt: Im Jahre 1902 erlangten die Bauarbeiter Berlins durch Streik eine Erhöhung des Stundenlohns von 40 auf 45 Pf. Diese Lohnhöhung, die mit einem Opfer von 16 000 M. erkämpft war, ging aber, sobald im Herbst 1902 die Arbeitslosigkeit nachließ, wieder verloren, der Lohn sank wieder auf 40 Pf., ja teilweise sogar noch tiefer. Im Jahre 1903 trat die Organisation mit den Arbeitgebern in Unterhandlung, und erzielte ohne Streik den Abschluß eines Vertrages, welcher den Stundenlohn auf 45 Pf. festsetzte. Der wesentlichste Vorteil des Vertragsverhältnisses ist, daß der einmal festgesetzte Lohn auch erhalten blieb. Die Gegner des Vertrages behaupten nun, daß unter der Herrschaft desselben die Organisation zurückgehe. Das ist aber ein Irrtum. Während des vergangenen Jahres, wo der Vertrag in Gültigkeit war, hat die Mitgliederzahl zugenommen, sie ist auch stabiler geworden. Es hat sich also gezeigt, daß das Verhältnis des Vertrages sowohl die Lohn- und Arbeitsverhältnisse, wie die Organisation günstig beeinflußt hat. Aus diesen Gründen empfiehlt die Verbandsleitung, daß die Tarifverhandlungen mit den Unternehmern fortgesetzt werden, und, falls es nicht möglich sein sollte, Lohnaufbesserungen durchzusetzen, den gegenwärtigen Vertrag auf ein Jahr zu verlängern.

In der Versammlung im Osten machte sich eine ernsthafte Opposition gegen den Vertrag überhaupt nicht bemerkbar. In den andern beiden Versammlungen traten zwar Redner auf, die von der Vertragsverlängerung ohne Lohnhöhung nichts wissen und lieber ohne Vertrag weiter arbeiten wollten, jedoch ergab die Abstimmung auch hier, eine Mehrheit für den Vorschlag der Verbandsleitung. Das gesamte Resultat der Abstimmung in allen drei Versammlungen ist: 467 Stimmen für, 257 gegen die Verlängerung des Vertrages nach dem Vorschlage der Verbandsleitung.

Zur Lohnbewegung der Parteilichensitzer Berlins ist zu berichten, daß der Stand der Bewegung nach derselbe ist wie am 3. Mai. Die Arbeit ruht bei sämtlichen Firmen; nur haben sich noch mehr Streikende der Kontrolle gemeldet. Die Zahl der am Streik Beteiligten ist von 203 auf 210 gestiegen. — Die Arbeitgeber versuchen die Streikenden dadurch wankelmütig zu machen, daß sie Einschreibebriefe versenden und Erlaß für den ihnen verursachten Schaden durch Abgabe- und Erhöhung verlangen. Seitens der Firma Rosenfeld ist bei der Streikleitung im Auftrage der Arbeitgeber ein Schreiben eingelaufen, in welchem sie erklären, mit der Kommission der Parteilichensitzer in Unterhandlung treten zu wollen, aber mit der Bedingung, daß die Arbeit sofort aufgenommen wird. Dies ist seitens der Kommission dahingehend beantwortet worden, daß die Streikenden gewillt sind, in Unterhandlung zu treten, aber die sofortige Aufnahme der Arbeit ablehnen. — Die Firma Kampmeier-Moabit, deren Sitz in Dreeslau ist, bemüht sich, von dort Arbeitskräfte heranzuziehen. Die Firma Fromm in sucht Arbeitskräfte von Danzig und Belgard heranzuziehen. Damit diese Pläne durchkreuzt werden, versuchen wir sämtliche arbeiterfreundliche Blätter, hiervon Notiz zu nehmen.

Der Bauhändlerstreik in Steglitz und Groß-Lichterfelde dauert unverändert fort, da die Unternehmer noch nicht daran denken, Unterhandlungen anzubahnen. Obgleich das Lamento darüber groß ist, daß sie mit ihren Arbeitswilligen nicht fertig werden können, glauben sie sich etwas zu vergeben, wenn sie jetzt nach zwölfwöchentlichem Kampf den Gefellen die Hand zum Frieden reichen.

Es ist dies um so verwunderlicher, als sie selbst zugestehen, daß etwa 6000 Streikende werden müßten; auch sind sie informiert darüber, daß in Nizdorf und andern Vororten der Reittarifs bezahlt wird, sogar verhältnismäßig höhere Preise.

Die allgemeine Ansicht der Arbeitgeber geht dahin, daß es die Gefellen nicht mehr lange „aushalten“ werden; die Unterstufungen müßten bald ihre Ende erreichen. Das glauben die Herren von Anfang an und werden die große Enttäuschung erleben müssen, daß es überhaupt nicht eintreten wird.

Der Mut der streikenden Kollegen ist heute derselbe wie bei Beginn des Ausstandes. In der Versammlung, die am 5. Mai in Steglitz stattfand, wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, den Kampf solange fortzusetzen, bis auf irgend eine Weise eine Einigung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern stattgefunden hat. Die in Arbeit stehenden Kollegen bewilligten sogar eine höhere Unterstützung und werden überhaupt keine Mittel scheuen, den streikenden Kollegen zum Ziele zu verhelfen. — Die Streikenden ersuchen, den Zugang nach hier streng fernzuhalten.

Deutsches Reich.

Die Brauerei-Arbeiter Hamburgs

sind nach einem uns zugegangenen Privat-Telegramm in einen allgemeinen Streik getreten. Es streiken 1100 Mann!

Polizei und Streikposten. Immer sonderbarere Wästen zeitigt der Königsberger Maurerstreik. Auf dem Bahnhofe werden oft die Streikposten von der Polizei notiert; zu welchem Zweck, ist jedermann ein Rätsel. Auch sonst kommt es zu allerlei Zwischenfällen. Als in einer sehr stillen Straße in Mittelhofen, einem nahen Vorort von Königsberg, zwei Streikposten vor einem Bau standen, kamen zwei Maurer, welche auf einem Bau, dessen Bauherr die Forderungen bewilligt hatte, wegen Arbeit anfragen. Sie knüpfen ein Gespräch an. Flugs war auch ein Polizist da, der die Maurer frug, was sie vorhätten. Als diese erwiderten, daß sie Arbeit suchen, herrschte er sie folgendermaßen an: „Nacht daß Ihr fortkommt, sonst werde ich Euch Arbeit besorgen! wenn ich Euch ein paar runterhaue, dann steigt Ihr auf den A. . .! Das Stehen ist überhaupt hier verboten!“ Bei diesen Worten griff der Polizist mit beiden Händen nach dem Sabel, als ob er blank ziehen wollte. Er ließ das aber sein. Nun wollte den schneidigen Herren ein Streikender auf eine Kammergerichts-Entscheidung in seinem Verbandsblatte aufmerksam machen, nach der bekanntlich das Streikpostenstehen nicht verboten ist. Aber der Polizist erklärte stolz: „Solch einen Wisch nehme ich nicht in meine Hände!“ Die Streikenden lieferten dem Herrn kein Wasser auf die Mühle, und so mußte er denn den Rückzug antreten.

Die Situation gestaltet sich für die Maurer immer günstiger. 48 Unternehmer haben bewilligt, und es verlassen immer mehr Streikende die Stadt. In kurzer Zeit dürfte Königsberg gänzlich von Streikenden geleert sein, und dann kann ja das Unternehmertum Orgien feiern, wenn es Lust dazu hat. Vielen ist übrigens schon trotz der vielen Italiener der Humor vergangen. Sie möchten gerne bewilligen, aber die Strafe von 900 M., die sie an den Arbeitgeberbund zahlen müssen, wenn sie bewilligen, hält sie davon zurück.

Staat und Koalitionsrecht. In einem kleinen ostpreussischen Städtchen ist es zu einem Ausstande der Maurer gekommen. Das ist nun an und für sich eine alltägliche Erscheinung. Aber in Tapiau sind die Maurer gezwungen, gegen den preussischen Staat vorzugehen. Es werden dort seit Jahren Staatsbauten ausgeführt. Die Arbeiten sind an keinen Unternehmer vergeben, sondern sie werden von einem Rittmeister geleitet. Diesem ist die Organisation der Maurer ein Dorn im Auge, und es sind sehr oft Vertrauensleute und Vorstandsmitglieder gemahngelt worden. Diefelben müssen dann Tapiau verlassen, und fremde Arbeiter ziehen ein. Kürzlich wurden wieder zwei Vertrauensleute vom Rittmeister entlassen. Bald darauf suchte er 50 Maurer von auswärts. Die Tapiauer Arbeiter stellten nun an den Herrn die Forderung, keine Maßregelungen von Verbandskollegen mehr vorzunehmen und die Gemahngelten wieder einzustellen. Darauf ging er nicht ein, und so kam es zum Streik. Vor zwei Jahren, als es zur Lohnbewegung kam, hatte der Herr Rittmeister mit den Maurern einen Vertrag geschlossen. Im vorigen Herbst aber gab er den Maurern plötzlich weniger pro Stunde, als vereinbart war. Er hatte die Rechnung jedoch ohne den Wirt gemacht. Auf Veranlassung der Verbandsleitung, die sich an die höhere Behörde wandte, mußte er den Maurern den abgezogenen Lohn wieder auszahlen. Es wurden an die Maurer Beträge bis zu 60 M. ausbezahlt. Trotzdem hielt der Staat den Herrn weiter für geeignet zur Leitung der Arbeiten.

Der Ausstand in den Bereinigten Fränkischen Schussfabriken in Nürnberg ist für beendet erklärt. Die Direktion hat den des Diebstahls überführten Werkmeister Faber entlassen, aber die weitere Forderung der Arbeiter, auch den ebenfalls schäner kompromittierten Werkführer Walz zu entlassen, wies sie hartnäckig zurück. Als dann die Arbeiter erklärten, die Arbeit wieder aufnehmen zu wollen, wenn alle Streikenden wieder eingestellt würden, wurde auch diese Forderung dann beschloffen, die Arbeit bedingungslos wieder aufzunehmen. Bürgerliche Blätter schreiben, die Arbeiter seien durch socialdemokratische Deher in den Streik hineingetrieben worden. Demgegenüber ist zu konstatieren, daß in der Versammlung, in der der Ausstand erklärt wurde, die Führer des Vereins deutscher Schussmacher, Simon und Wille, sich gegen den Streik aussprachen, während sich die Arbeiter mit überhäufiger Mehrheit in geheimer Abstimmung für den Streik erklärten. Den Führern blieb also nichts andres übrig, als die Leitung der Bewegung zu übernehmen. Der Zugang nach Nürnberg ist nach wie vor fernzuhalten, da etwa 200 Schussmacher nicht wieder eingestellt werden.

Ausland.

Die Arbeiter von Basel sind in eine Lohnbewegung eingetreten; sie fordern die Einführung der 9 1/2 stündigen Arbeitszeit, an Vorabenden von Sonn- und Feiertagen 8 1/2 Stunden bei gleichem Lohn. Es wird ein Minimallohn von 55 Cent pro Stunde verlangt; Ueberzeitarbeit soll mit 50, Nacht- und Sonntagsarbeit mit 100 Proz. Zuschlag vergütet werden.

Der Pommerubank-Prozess.

In der gestrigen Sitzung des Pommerubank-Prozesses wurde zunächst über einige Punkte der Nachtragsanfrage verhandelt. Als seiner Zeit die Sanden-Banken ins Bankensystem kamen, trat eine Anzahl von Hypothekendarlehen, darunter auch die Pommerubank, zu einer Hilfsaktion zusammen, welche darin gipfelte, daß der Preussischen Hypotheken-Aktien-Bank gegen Abnahme guter Hypotheken etwa 20 Millionen Mark zur Aufnahme ihrer den Markt überschwebenden Pfandbriefe zur Verfügung gestellt wurden. Der Fall der Sanden-Banken konnte dennoch nicht ausgehalten werden und das Vertrauen des Publikums gegen alle Hypothekendarlehen blieb bestehen. Eine größere Anzahl von Hypothekendarlehen bereitete deshalb eine öffentliche Erklärung vor, daß sie mit Tochter- und Nebengesellschaften nach dem Muster der Sanden-Banken nichts zu thun hätten. Am 31. Oktober 1900 erschien in der „Vossischen Zeitung“ folgende Notiz: „Die hier domicilirenden Hypothekendarlehen mit Ausnahme der Pommerubank Hypotheken-Aktien-Bank bereiten angefaßt der Vorfälle bei den beiden notleidenden Banken eine Erklärung vor, in welcher sie auf den durchaus gesicherten Stand ihrer eignen Unternehmungen und der von denselben ausgegebenen Pfandbriefe verweisen.“ — Der Angeklagte Schulz geriet, wie die Anklage behauptet, über diese Erklärung in die höchste Wut und Aufregung und fuhr mit dem damaligen Vorsitzenden des Aufsichtsrats Schappach zum Präsidenten der Preussischen Central-Boden-Kredit-Aktiengesellschaft Klingemann und diesem soll er mit

Schönungsloser Bloßstellung

auch anderer Hypothekendarlehen gedroht haben, falls die Erklärung nicht unterbleiben würde. — Zeuge Präsident Klingemann bestätigt diese von der Anklage hervorgehobene Thatsache. Die Erklärung, zu der der Zeuge seine ursprüngliche Zustimmung zurückgezogen hatte, und die schließlich unterbleiben war, sei nicht aus Gefässigkeit gegen die Pommerubank beabsichtigt gewesen. Der Angeklagte Schulz sei bei dieser Gelegenheit sehr erregt gewesen und habe den Stempel des Zeugen, daß seine Hypothekendarlehen ebenso gut wäre, wie sämtliche übrigen Hypothekendarlehen. —

Längere Zeit beanspruchte der nächste Zeuge, Bankier Albert Schappach, der seiner Zeit Präsident des Kuratoriums der Pommerubank war und sich sehr lebhaft und energisch gegen die mancherlei Mafelstücke verwehrt, die draußen in der Welt „Hah, Reid, Schadenfreude und Dummheit“ ihm und den Mitgliedern des Aufsichtsrats zu verlesen zu dürfen geglaubt habe. Er gab eine sehr eingehende Darstellung von den Ereignissen und Vorgängen, die der Reorganisation der Pommerubank vorangegangen und sie begleitet haben, und verwehrt sich entschieden gegen die Ansicht, als ob der Aufsichtsrat irgendwo seine Pflichten vernachlässigt hätte, oder bei der Anstellung der Direktoren Schulz und Romeid leidenschaftlich vorgegangen wäre. Romeid habe sich durch seine Proklamation über die Hypothekendarlehen bekannt gemacht, er habe auch von seiner Thätigkeit bei der

Herrn J. Simon in Königsberg i. Pr. her das glänzendste Zeugnis erhalten. Auf seine, des Zeugen, Erkundigungen habe ihn Herr Dr. Simon geschrieben: „Komeid sei ein Kollege, der das größte Vertrauen genießt und verdient, der mit Millionen von Rubeln nach Ausland geschickt worden sei, dem er sein ganzes Vermögen bis auf den letzten Pfennig anvertrauen würde, er sei ein biederes und rechtschaffener Charakter, der nichts Böses thue.“ Und was den Angeklagten Schulz betrifft, so sei ihm dieser auf seiner Suche nach einem tüchtigen Direktor für die Hypothekenabteilung von dem damaligen Direktor der damals noch sehr angesehenen Preußenbank, Sander, außerordentlich empfohlen und als besonders tüchtiger und befähigter Mann, als besser Kopf gepriesen worden. Nach der Mitteilung Sanders hatte das Kuratorium der Preußenbank seiner Zeit beschlossen, Herrn Schulz für seine außerordentliche Thätigkeit bei der Bank

100 000 M. als Extra-Remuneration

zu gewähren, dieser hatte dies aber zurückgewiesen, weil er noch zu jung zu solchen Anerkennungen sei. Deshalb habe der Aufsichtsrat von Anfang an das größte Vertrauen zu zwei solchen Direktoren haben müssen. Man habe sich aber keineswegs blindlings oder wie die Idioten der Geschäftsführung dieser beiden Herren überlassen, sondern er habe, wenn er irgend etwas über die Geschäftsführung hörte, nachgeforscht und sich in jedem einzelnen Falle überzeugt, daß nach den Statuten alles ordnungsmäßig zugegangen war. Was die hohen Befehle betrifft, so habe er, der darin kein Sachverständiger sei, sich doch wohl mit Recht auf die Taxatoren verlassen dürfen, denn, wenn ein Mann wie der Bauinspektor a. D. Hanel, den er als respektablen Mann kannte und mit ihm der königliche Baurat Wolf von der ersten Abteilung des Polizeipräsidiums ihre Verschätzungen abgeben, so werde er sich doch wohl darauf verlassen dürfen. Hätte er ein statutenwidriges Handeln der beiden Direktoren irgendwie wahrgenommen, hätte er gewünscht, daß statutenwidrige Verfügungen von Terrains stattfänden, so wäre er mit aller Energie dagegen eingeschritten und keine Stunde länger im Amte geblieben. Er habe, nicht etwa aus Furcht vor einer Regresspflicht, sondern aus Rücksicht auf seine Gesundheit und die Nervenschütterungen, die die ganze Affaire bei ihm verursacht habe, einen Teil seiner letztjährigen Tantiemen an die Pommersche Hypothekenbank zurückgezahlt. Der Zeuge wies auch in großer Erregung die Darstellung zurück, als ob der Aufsichtsrat die größten faux pas gemacht, seine Pflichten vernachlässigt und seine Hauptaufgabe darin gefunden habe, zu prassen, sich bei Aufsichtsratsmitgliedern zu ergötzen usw. — Die nächste Sitzung findet am Dienstag 9 Uhr statt. In derselben soll über neuere Beweisanträge der Verteidigung verhandelt werden.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Socialdemokratischer Wahlverein Groß-Lichterfelde-Landw. Morgen Mittwochabend 8 Uhr bei Richter, Chausseestr. 104: Vereinsversammlung. Da u. a. auch wichtige Agitations- und Organisationsfragen auf der Tagesordnung stehen, wird vollständiges Erscheinen der Mitglieder erwartet. Der Vorstand.

Schöneberg. Heute Dienstagabend findet bei Obst, Weiningerstraße 8, die Versammlung des Wahlvereins statt. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Diskussion über „Krankenkassen und Kerkzstreife“.

Schöneberg. Am Mittwochabend findet eine Flugblattverbreitung über den ganzen Ort statt. Treffpunkt abends von 7/7 Uhr ab in folgenden Lokalen: Ständer, Hohenstaufenstr. 79; Schilling, Kyffhäuserstr. 16; Krüger, Vorbergstr. 9; Döring, Merseburgerstraße 7; Obst, Weiningerstr. 8; Horkemann, Kaiser Friedrichstraße 8; Reimer, Hohenfriedbergstr. 26; Hanfer, Sedanstr. 60; Dittmeyer, Sedanstr. 71; Hoffmann, Magstr. 25 (Ecke Ebersstraße); Koll, Sponholzstr. 34. — Die Parteigenossen werden ersucht, sich zahlreich daran zu beteiligen.

Lokales.

Das Besitzrecht der Gemeinden in der Provinz.

Die Selbstverwaltung der Gemeinden ist bekanntlich in Preußen so lange unerschütterlich gesichert, als kein der Regierung unbequemer Gebrauch von ihr gemacht wird. Sobald eine Gemeinde aber zu mußten beginnt, wird ihr in aller Deutlichkeit klar gemacht, daß Preußen ein Polizeistaat ist. Die königliche Haupt- und Residenzstadt Berlin, die ja eben in dem unbegründeten Auf steht, daß sie nach freisinnigen Grundgesetzen verwaltet werde, weiß hiervon ein Lied zu singen. Selten ist aber wohl einer kommunalen Körperschaft so arg mißgespielt worden, wie der jetzt durch und durch konservativen Gemeindevertretung von Wilmersdorf. Im Juli vorigen Jahres sandte die Gemeindevertretung dieses Ortes unter Vorzug des Instanzweges an den Landrat v. Stubenrauch eine Petition ab, in der die Regierung ersucht wurde, der Gemeinde die Stadtrechte zu gewähren, die ihr bis jetzt beharrlich verweigert worden sind. An Herrn von Stubenrauch mußte die Petition gehen, weil unter der preussischen Selbstverwaltung eine Gemeinde ähnlich dastehet, wie früher der Neut, der sich mit einer Beschwerde ja auch nicht direkt an seinen Hauptmann wenden durfte, sondern so erst dem Unteroffizier seiner Korporalschaft überreichen mußte. Die Rechte der Neut haben sich in dieser Hinsicht gebessert, die der Gemeinden nicht. Herr v. Stubenrauch hatte die Stadtwerbungs-Petition, wenn anders er seiner Beamtenpflicht gerecht werden wollte, weiter zu geben. Was aber that dieser Herr? Er versenkte das amtliche Aktenstück absichtlich irgendwo in ein Schubfach da wo es am tiefsten ist und ließ Wilmersdorf Wilmersdorf sein. Endlich im März dieses Jahres war die Gemeindevertretung des langen Harrens müde und wagte bei Herrn v. Stubenrauch anzuklopfen, worauf die Antwort kam, daß er es überhaupt nicht für nötig befunden habe, das Aktenstück der Regierung zu übergeben. Die Anregung eines socialdemokratischen Gemeindeverordneter, zu erwägen, ob aus diesem Anlaß ein Disziplinarverfahren gegen den Landrat zu beantragen sei, blieb unberücksichtigt. Immerhin aber war man durch das Verhalten des Landrats gewarnt worden und wandte sich nun, als sich herausgestellt hatte, daß Herr v. Stubenrauch ein ihm zur Weiterbeförderung übergebenes Schriftstück nicht expediert, direkt mit der Stadtwerbungs-Petition an den Minister des Innern. Natürlich mußte gleichzeitig wegen des vom Landrat beliebten Verfahrens eine Untersuchung eingeleitet und der Gemeindevertretung unter einem Ausdruck des Bedauerns mitgeteilt werden, daß der Landrat „reklifiziert“ worden sei. Aber, so sagt der alte Fontane, erstens kommt es anders, zweitens als man denkt. Die „Woffische Zeitung“ bringt in dieser Angelegenheit die folgende Mitteilung, deren Richtigkeit man billig anzweifeln dürfte, wenn Preußen nicht der Ort der Handlung wäre:

„Der Regierungspräsident v. d. Schulenburg hat im Auftrage des Ministers Freiherrn v. Hammerstein an die Gemeindekörperschaften ein Schreiben gerichtet, worin er das Vorgehen der Gemeinde, sich, unter Umgehung des Landrats, direkt an den Minister des Innern gewandt, also den Instanzenzug nicht innegehalten zu haben, bemängelt. Gleichzeitig billigt der Regierungspräsident in allen Punkten das bisherige Verhalten des Landrats der Gemeindevertretung gegenüber.“

Also. Wendet die Gemeinde sich mit einem Gesuch instanzgemäß an die Regierung, so wird das Gesuch von der Instanz, der es übergeben ist, nicht weiter befördert. Wendet die Gemeinde sich nun in ihrer Not direkt an die höhere Instanz, so kommt von dieser eine Klage darüber, daß man sich nicht ordnungsgemäß an dieselbe untere Instanz gewandt habe, wo eben vorher das ordnungs-

gemäße Verhalten ein glänzendes Passo erlebte. Und um dies in seiner Art löbliche Spiel noch zu überkumpfen, teilt der Regierungspräsident der Gemeinde ausdrücklich mit, daß die Regierung, weit entfernt, ihren Beamten zu tadeln, das in einem Kulturstaat doch wohl nicht recht denkbare Verhalten des Landrats Punkt für Punkt billige. Man mag ein solches Verfahren unerhört nennen. Aber allzu heftige Aufregung ist in diesem Falle vielleicht doch über angebracht. Denn eine Gemeindevertretung, die sich auch unter solchen Umständen nicht zu energischen Worten aufrafft, ist am Ende eben doch ganz richtig eingeschätzt worden und verdient die Behandlung, die ihr Minister, Regierungspräsident und Landrat in holder Harmonie haben zu teil werden lassen.

Herr S. W. Schäfer, der langjährige Sprecher der humanistischen Gemeinde, ist im hohen Alter von 75 Jahren am 7. Mai in seiner Wohnung, v. d. Händstr. 9, gestorben. Ein Gehirnschlag hat seinem Leben ein Ende gemacht. Mit ihm ist ein Mann dahingegangen, der mit aufrichtiger Hingabe in seinem kleinen Kreise gewirkt hat, wenn ihm auch die eigentliche Kampfnatur gefehlt haben mag. Bis zum Jahre 1888 verjah Schäfer in der freireligiösen Gemeinde das Amt eines Sprechers, doch mußte er hier einer Zustimmung weichen, die sich gegen ihn und seine engeren Freunde geltend gemacht hatte. Mit einer knappen Mehrheit wurde damals ein auch von unsern Parteigenossen unterstützter Vorstand gewählt, an dessen Spitze Herr Frederici stand. Herr Schäfer gründete mit seinen unterlegenen Freunden eine Zeit darauf die humanistische Gemeinde. In seinen letzten Jahren schloß der alte Herr sich unserer Partei als Mitglied an. Seine Leiche wird heute in Hamburg eingekäschert. Wer Schäfer gekannt hat, wird ihm gern ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Hausbesitzer gegen den Aufstellungsschub. Gegen den Aufstellungsschub hat der Bund der Berliner Grundbesitzer-Vereine durch die folgende Resolution Stellung genommen: „Der Bund erblickt in dem geplanten Aufstellungsschub eine Maßregel, welche die Warenhäuser und Großhändler in ihrer vernünftigen Konkurrenz mit den kleinen und mittleren Geschäften noch mehr stärkt und die Existenz der Inhaber dieser Geschäfte stark bedroht, endlich auch den städtischen Grundbesitz durch Entziehung vieler Lademieten arg schädigt.“ — Die großen Warenhäuser haben bekanntlich längst den Aufstellungsschub durchgeföhrt. Wenn der „Mittelstand“ glaubt, sich nicht anders als durch eine Ausbeutung der Angestellten bis 9 Uhr abends vor dem Untergang retten zu können, so verdient er seinen Untergang und mag in Teufels Namen zu Grunde gehen. Wenigstens sollte dies der Standpunkt der Grundbesitzer sein, denen es doch lieber sein muß, ihre Erdgeschosse als Privatwohnungen zu vermieten, als sie an Geschäftsleute abzulassen, die ihnen die Mietschuldig bleiben müssen. Nach der Aufstellungsschub nicht mit anderen Gründen bekämpft werden als mit denen der Hauswirte, dann bleibt weiter nichts übrig als die Annahme, daß die Leute, die den ganzen Tag nichts thun, fleißigen Leuten nicht einmal ihr bißchen Ruhe nach acht Uhr abends gönnen.

Ein großes alkoholfreies Restaurant soll in Berlin gegründet werden, und zu diesem Zweck hat sich eine Gesellschaft von Abstinenzfreunden zusammengesetzt, die zum Erwerb von Anteilscheinen aufrufen. Die Schemen sollen auf 100 M. lauten und mit 4 Proz. verzinst werden. In dem der Presse zugewandten Prospekt wird darauf hingewiesen, daß der in Aussicht genommene Weg im Auslande längst mit glänzenden Erfolgen beschritten worden ist. Es heißt in dem Auftruf: „So bestehen in Zürich neun, in Basel fünf alkoholfreie Restaurants, die allen modernen Anforderungen entsprechen, in Bezug auf sämtliche Darbietungen einschließlich Fleischspeisen mindestens das Gleiche leisten wie die bestehenden Gastwirtschaften und von Leuten aller Stände stark besucht werden. Auch deutsche Großstädte, z. B. neuestens München, besitzen alkoholfreie Wirtschaften.“ In letzterer Stadt war der Zubring sofort so stark, daß die Gründung eines zweiten bereits in feste Aussicht genommen ist. Was an andern Orten möglich war, ist auch in Berlin möglich. Schon heute darf ein lebhafter Besuch des Lokals als gesichert angesehen werden, da das Bedürfnis hierfür in weiten Kreisen der Bevölkerung lebhaft empfunden wird und wiederholt öffentlich anerkannt wurde.“

Unterzeichnet ist der Aufruf vom Polizeipräsidenten Dr. v. Borries, ferner von den Herren Stadtrat Fiedel, Dr. Grotjahn, Prof. Harnack, Oberbürgermeister Richter, Frau Vna Morgenstern, Stadtrat Münsterberg, Oberbürgermeister Schultze von Charlottenburg, Prof. v. Soden, Prof. Schmolter und andern bekannten Personen.

Herr Volle maßregelt weiter. Als sich vor einigen Tagen ein von einer Krankheit genesener Kutscher wieder bei ihm zur Arbeit meldete, lag das vom 2. Mai ausgestellte Entlassungszeugnis für den Mann bereit. Der Beamte, in dessen Händen die Verwaltung der Betriebs-Krankenkasse liegt, übergab dem Kutscher die Papiere mit den Worten: „Herr Volle hat bestimmt, daß Sie entlassen werden sollen, weil Sie dem Verbands der Handels- und Transportarbeiter angehören.“ Wir haben schon kürzlich erklärt, daß Herr Volle es sein wird, der bei diesen Maßregelungen schließlich den Kürzeren zieht. Nach den Grundgesetzen selbstlicher Junter oder königl. preussischer Eisenbahnminister kann man als Geschäftsmann nun einmal nicht mit Berliner Arbeitern umspringen.

Jenny Grob, eine der bekanntesten Schauspielerinnen Berlins, ist in der Klinik des Prof. Landau hier selbst am Sonntag verstorben. Ein Frauenleiden hat den Tod der 41 Jahre alten Künstlerin herbeigeföhrt. Jenny Grob stammt aus Ungarn und kam 1885 am hiesigen königlichen Schauspielhaus. Dann trat sie ins Lessing-Theater ein, dem sie bis vor kurzem angehörte. Ihre letzte „große“ Rolle war die der „Maria Theresia“ in Schönhans an sich wertvollem Lustspiel.

Zwei schwere Unfälle im Straßenverkehr haben am Sonntag zur Verletzung von vier Personen geführt. An einer Droßchen-Haltestelle in der Lindenstraße hatten vier Männer eine Droßche I. Klasse bestiegen, um in der Richtung nach der Leipzigerstraße zu fahren. Der Kutscher trieb sein Pferd an und bog in die Marzgrafenstraße ein. In diesem Augenblick überschritt der Maurer A e n h o l d die Straßenkreuzung, ließ blindlings gegen das Droßchenpferd, wurde niedergedrückt und überfahren. Bei dem Versuch des Kutschers, das Pferd plötzlich zum Stehen zu bringen, erhielt die Droßche einen scharfen Aufschuß, infolgedessen der in dem Wagen befindliche Schneidergeselle Radjewsky, der sich in angetrunkenem Zustande befand, kopfüber auf das Straßenpflaster geschleudert wurde. Der Maurer hatte eine Druckschüttung, der Schneidergeselle A. eine schwere Schädelverletzung erlitten. Beide wurden nach einem Krankenhause gebracht.

Gegen 1/5 Uhr nachmittags wurden in der Ritterstraße die Pferde einer Equipage vor einem vorüberfahrenden Automobil schein und jagten den Straßenzug entlang. Der Kutscher des Wagens, Arbeiter Henke, vermochte die Tiere nicht zu halten, die vor dem Hause Ritterstr. 38 gegen einen Cyprerwagen der Paketfahrt-Gesellschaft rasten. Der Zusammenstoß erfolgte mit solcher Gewalt, daß beide Kutscher vom Woc auf das Straßenpflaster geschleudert wurden. Der Angestellte der Paketfahrt-Gesellschaft Georg Blumenstern erlitt eine Druckschüttung sowie erhebliche Kontusionen am rechten Arm und Oberarm, während der Kutscher Henke eine schwere Kopfwunde davontrug. Beide erhielten die erste Hilfe auf der Unfallstation 14 in der Alexandrinenstraße. B. wurde nach einem Krankenhause, H. nach seiner Wohnung gebracht.

Einer der wesentlichsten Vorzüge der Gewerbegerichte soll bekanntlich in ihrer schnellen Rechtsprechung bestehen. Daß es um dies Ziel aber zuweilen recht bedenklich steht, zeigt eine Mitteilung, die uns aus dem benachbarten Wilmersdorf zugeht. Dort ist vor sieben Wochen, nämlich am 19. März, in einer Sache eine Klage schriftlich eingereicht worden; aber bis jetzt steht noch kein Termin an, und eine Anfrage, warum in der Sache nicht verhandelt werde, blieb ohne Antwort. Am 25. März gab ein Stellvertreter beim Gewerbegericht in Wilmersdorf eine Klage zu Protokoll und auch in dieser Angelegenheit ist noch kein Termin gewesen. Als der

Kläger sich am 22. April nach dem Fall erkundigen wollte, erhielt er die für die Zustände am Ort wenig schmeichelhafte Antwort: „Wir sind hier in Wilmersdorf und nicht in Berlin, hier geht es nicht so schnell.“ Diese Langsamkeit ist um so sonderbarer, als am 20. und 21. April Sitzungen des Gewerbegerichts stattgefunden haben, in denen die angeführten Sachen aber nicht auf der Tafel standen. Da beide Sitzungen etwa nur eine Stunde in Anspruch nahmen, hätte man meinen sollen, daß auch diese Klagefälle hätten erledigt werden können. Woran liegt die Langsamkeit?

Eine Gedenktafel für Huseland ist jetzt an dem Hause Dorotheenstraße 3 angebracht worden. Hier (am Geygelplatz) stand bis vor drei Jahren das alte Haus, in dem der große Arzt von 1804 bis zu seinem Tode 1836 wohnte. Später errichtete darin der vor einiger Zeit gestorbene Gastwirt Theodor Müller die „Akademischen Bierhallen“. Die neue Gedenktafel ist die östliche, welche die Stadt Berlin dem Andenken berühmter Männer gewidmet hat.

Das Konkursverfahren ist über das Vermögen des Bankgeschäfts Drendel u. Comp. in der Französischenstraße, dessen Witinhaber Regierungsrat Drendel sich durch Sturz aus dem Fenster das Leben nahm, vom Amtsgericht I Abteilung 81 verhängt worden.

Wegen Heiratschwindels ist hier ein russischer Ingenieur Sam Broski verhaftet worden. Der hübsche junge Mann hatte es an der Nibiera einer Französin angethan, die sich sterblich in ihn verliebte. Er versprach ihr die Ehe und ließ sich von ihr 20 000 M. geben, um eine Konjervenfabrik zu bauen. Nachdem er mit dem Gelde abgereist war, schrieb er seiner Braut, daß er sich bemühe, für die Fabrik in Rußland den geeigneten Ort, in Deutschland aber die besten Maschinen zu finden. In Wirklichkeit machte er mit einer Freundin Vergnügungsdreisen. Endlich hat er die Braut, ihm weitere 5000 M. zu schicken, da er einen Gelegenheitslauf machen könne. Die Summe sollte für ihn an ein Berliner Bankhaus gefandt werden. Der Ingenieur wohnte schon längere Zeit mit seiner Geliebten in Berlin. Die Französin ließ sich jetzt durch ihren Schwager in Warschau nach dem Auf ihres Bräutigams erkundigen, sandte aber nachher doch das Geld. Die Verwandten in Warschau machten indessen die hiesige Kriminalpolizei darauf aufmerksam, und so wurde der Schwindler verhaftet, als er die 5000 M. erheben wollte. Seine Geliebte verschwand.

Ein verschleppter Knabe? Ein auffallendes Ereignis macht im Süden der Stadt von sich reden; der 13 Jahre alte Schüler Hans Anton, der einzige Sohn des Dammhofschaffners Albrecht Anton aus der Solmsstr. 39, ist seit Mittwochabend voriger Woche verschwinden. Die Eltern vermuten, daß der Knabe in unklarer Absicht von einem fremden Manne verschleppt worden ist und sind auf diesen Gedanken durch Mitteilung eines Kollegen des Herrn Anton gekommen, wonach ein elegant gekleideter Herr am Hallschen Thor einige Knaben verschiedentlich auffallend freundlich behandelt und einem Jungen einige Tage vor dem Verschwinden des Anton einen Thaler geschenkt hat, den das Kind dem Fremden wieder zurückgab, als es sich beobachtet glaubte. Nun glauben die Eltern des verschwindenden Knaben, daß dieser von dem fremden Manne verschleppt worden ist. Hans Anton hat am Mittwochabend 7 1/2 Uhr seinen Vater Essen zugetragen, das von beiden auf einer Bank am Hallschen Thor verzehrt wurde. Dann packte der Junge das Egegeschir in eine schwarze Ledertasche und nahm von seinem Vater Abschied. Seit dem ist das Kind verschwunden. Der Kleine ist für seine 13 Jahre klein gebaut, jedoch stämmig; er hat eine etwas gelbliche Gesichtsfarbe und trägt dunkelblondes, kurz geschorenes Haar. Bekleidet war er mit einem braunen Jaded-Ärmel, hohen Schuhschneidern und schwarzen Strümpfen; außer der erwähnten Ledertasche trug er noch einen Regenstirn in der Hand. Aber über den vermischten Knaben Mitteilungen machen kann, wird gebeten, das nächste Polizeirevier oder die Eltern zu benachrichtigen. Auslagen werden gern vergütet. Bemerk sei noch, daß der kleine Anton die Klasse V in der städtischen Realschule in der Velleallianzstraße besucht hat.

Wädrungen als Kriminalisten. In der Alvenslebenstraße sahen gestern morgen Wädrungen, die das Frühstück anstrichen, daß zwei Kerle sich an dem Schaufenster eines Schirmhändlers zu ihm machten. Nachdem sie sich mit einander verständigt hatten, rückten sie den beiden, die gerade dabei waren, aus dem zerklümmerten Kasten die besten Schirme herauszunehmen, mit vereinten Kräften zu Seibe. Die Eindbrecher ergriffen die Flucht. Die Wädrungen aber verfolgten sie, zum Teil barfuß und ihre Protbeutel schwingend, mit großem Hullo! Einen der Flüchtigen ergriffen sie und übergaben ihn der Polizei, der andre lief in ein schon geöffnetes Haus hinein und versteckte sich auf dem Boden. Als die Wädrungen eben auch hier erschienen, um ihr Werk zu vollenden, hatte bereits ein Säugmann den Eindbrecher gerade aus seinem Versteck herausgeholt. Die Verhafteten wurden festgesetzt als 15 und 20 Jahre alte Burjchen Namens Richter und Dahle. Letzterer hatte sich den falschen Namen Null beigelegt, weil er schon oft bestraft ist.

Ein Gemütskranke. Einem Schönwirth in der Neuen Schönhauserstraße 7 wurden drei Bissardbälle im Werte von 60 Mark gestohlen. Als er die Bälle wurde er ermittelt, der sich Schießscheine nannte und die Bälle zu verkaufen versuchte. Schießscheine wurde erkannt als ein stellungloser Handlungsgehilfe Karl Hamann. Er gab an, daß er die Bälle aus dem Lokal mitgenommen habe, aber feir-streng, um sie für sich zu verkaufen. Er habe vielmehr mit der Frau Wirtin Anfechtung gehabt, die sich durch Schulden bedrückt fühlte, und ihr den Erlös anstellen wollen, damit sie sich entlaste. Da aber weder der Wirt noch die Wirtin von Schulden etwas wußten, so wurde der gutherzige Mensch eingesperrt.

Neuer Raschen- und Gelenktuberkulose sprach Sonnabend, den 7. Mai, im Vortrage des Rathhauses Herr Geheimer Medizinalrat Prof. Dr. Hoffsa, Direktor der orthopädischen Universitätsklinik. Die Tuberkulosefürsorge läßt die sogenannte chirurgische ganz unberücksichtigt; ihre Häufigkeit ist aber so groß, daß z. B. an der Würzburger Universität die Tuberkulose der Knochen und Gelenke dreißig vom Hundert familiärer chirurgischer Fälle ausmacht. Im Jahre 1902 befanden sich allein in vier Berliner Krankenhäusern 300 Kinder mit chirurgischer Tuberkulose, von denen 60 O dauernd bettlägerig waren. Die Tuberkulose der Knochen und Gelenke ist im allgemeinen heilbar, weit besser als die der Lungen, die operative Heilung läßt aber stets Steifheiten oder Verkrümmungen von Gliedmaßen zurück und beeinflusst nicht die allgemeine Körperschwäche. Die Erfahrungen in den großen Seehospitälern Frankreichs haben aber gezeigt, daß eine langdauernde Freiluftbehandlung weit bessere Wirkungen erzielt, so daß die Kranken später zu erwerbsfähigen Menschen werden. Medner ergänzte seinen Vortrag durch Vorführung einer großen Zahl von Lichtbildern, aus denen unter anderem hervorgeht, daß gerade die Proletariatskinder einer besonderen Fürsorge bedürfen. Um diese für Berlin zu ermöglichen, hat sich ein Verein gebildet, der in nächster Zeit in der Nähe von Berlin eine geeignete Anstalt errichten will. Beitrittsmeldungen nehmen Frau Prof. Waime, Friedrichstr. 137, und Herr Landtags-Abgeordneter Rosenow, Schmidsstr. 8, entgegen.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin. Der Unterricht in Rede- und Übung fällt am nächsten Freitag aus. Der Unterricht in Rede- und Übung für Fortgeschrittene beginnt nicht am Sonntag, den 15. Mai, sondern erst am Sonntag nach Pfingsten, 20. Mai, in Saal 2.

Der Berliner Zoologische Garten besigt seit kurzem einen durch seine Farbenpracht wie durch seine Figur gleich auffallenden Vogel, eine sogenannte Kapuzen-Pitta, die bisher noch nie lebend hier gezeigt werden konnte. Sie ist in einem Glaskäfig des neuen Vogelhauses auf der Eingangsseite untergebracht, wo die eigentümliche Färbung — oberseits grün mit hellblauen Flügeldeden, unten zum Teil rot, mit brauner Kopfplatte und schwarzer Kehle — am besten in Erscheinung tritt. Die Pittas oder Erdrosseln, die in vielen Arten über die Tropen der alten Welt, namentlich über das indisch-pazifische Gebiet verbreitet sind, bewohnen den Waldboden, auf dem sie eilig dahinjagen und ihn nach Würmern und Insekten abhuchen. Nur selten machen sie von ihren kurzen Flügeln Gebrauch und wissen sich in dem dichten Unterholz meisterhaft vor den Blicken des Beobachters zu verstecken.

5. Verbandstag des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Leipzig, 8. Mai 1904. In dem prächtig in Rot und Weiß decorierten Saale des „Pantheon“ begannen heute abend die Verhandlungen des fünften Verbandstages des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

wie die Arbeiter es für nötig hielten. Er hofft, daß jeder Delegierte sich lediglich das Wohl des Ganzen zum Ziele setzen werde und verspricht namens der Leipziger Kollegenschaft, dem Verbandstage beständig zur Hand zu gehen.

helt Delegierte und Einheimische noch längere Zeit beisammen, wobei Musiker-Vereinigung und Männerchor in schönen Darbietungen mit einander wetteiferten.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß mein lieber Mann und Vater, der Vater Louis Richter am Herschlag verstorben ist.

Central-Verband deutscher Brauerei-Arbeiter. Zweigverein Berlin, Sektion II. Am 7. d. Mts. verstarb unser Mitglied Gustav Otto.

Hermann Noack. In so reichem Maße chemische Liebessäfte Keimlinge sprechen wir allen auf diesem Wege unsere herzlichsten Dank aus.

Dr. Schönemann. Spezialarzt für Haut-, Horn- und Frauenleiden. Seydelstr. 9. Besprechungszeiten: 1/2, 1/3, 1/6-1/8.

Reine Verlobung mit Fräulein Amanda Prager, Tochter des verstorbenen königlichen Ratskammer-Verwalters Frh. Prager und seiner ebenfalls verstorbenen Gemahlin Bertha, geb. Seeger, beehrte ich mich anzugehen.

Hühner, Enten, Gänse, Tauben, Brutputen und Glänze, Deutsche und Stücken von 12 höchsten Rassen vertrieben unter Garantie für Reclität.

Mein reizendes Villengrundstück. Baustelle, Vorortverkehr, waldige, ozonreiche Gegend, Angelgelegenheit an waldumhülltem Teich.

Uhren-Special-Haus. Berlin SW. 19, Leipzigerstr. 68. Inhaber: Franz John. Fabrik-Vogel aller Arten Uhren.

Café Ruhwald. Woltersdorfer Schloß. Donnerstag, den 10. Mai 1904. Großes Schlachte-Fest und Frei-Konzert.

Gardinen-Specialhaus. Berlin S., 158, Emil Lefèvre. Wunderbare Neuheiten, Gardinen, Stores, Vitrages in Secession- und Jugend-Stil.

Table with lottery results for the 5th class of the 210th Berlin Lottery. Columns include numbers and their corresponding prizes.

Table with lottery results for the 5th class of the 210th Berlin Lottery. Columns include numbers and their corresponding prizes.

Table with lottery results for the 5th class of the 210th Berlin Lottery. Columns include numbers and their corresponding prizes.

Klosterbrauerei

Charlottenburg Aktiengesellschaft Bismarckstr. 22a

empfiehlt ihr vorzügliches, aus bestem Malz und Hopfen eingebranntes

Klosterbräu, hell nach Pilsener Art
Klosterbräu, dunkel, nach Münchener Art

solwie ihr anerkannt gutes

Berliner Weissbier

in großen und kleinen Gebinden.

Solventen Abnehmern stehen wir mit Restaurations- und Garten-Mobiliar, eventl. auch mit baren Darlehen zur Verfügung. **Die Direktion.**

Seltene Gelegenheit! Nur kurze Zeit!

Räumungs-Verkauf

der aus der 146/2*

Konkursmasse

Rosenthalerstr. 60 von A. Levy, Goldschmidt & Co. Rosenthalerstr. 60
Avanti I. Etage Stammenden und anderer Waren. I. Etage Avanti

Ein Posten Herren-Anzüge in Jackett-Fassons soll nunmehr abgegeben werden für den billigen Preis von M. 6 an u. h.
Ein großer Posten, bestehend in Herren-Hosen, jetzt herabgesetzt von M. 1 1/2 an u. h.
Eine große Partie, bestehend in Frühjahrs-Überziehern, jetzt herabgesetzte Preise von M. 6 an u. h.
Ein Canevas, bestehend in Herren-Rod-Anzügen, zu dem jetzt herabgesetzten billigen Preis von M. 12 an u. h.
Ein Posten Herren-Joppen und Jacketts aller Sorten zum herabgesetzten Preis von M. 1 an u. h.
Eine große Partie Jünglings- und Burfschen-Anzüge zu dem bedeutend herabgesetzten Preis von M. 4 an u. h.
Ein Posten Knaben-Anzüge zu den noch nie dagewesenen Preisen von M. 1 1/2 an u. h.

Ulmer Geld-Lotterie

7770 Geldgewinne, bar ohne Abzug zahlbar, im Betrage von

350 000 Mk.

Hauptgewinne:
75 000 40 000 25 000 Mk. etc.

Originallose à 3 M. (Porto und Liste 30 Pfg.)

Oscar Bräuer & Co. Nachf. G. m. b. H. Friedrichstr. 181.

Filialen: NW. Wilsnackerstr. 63. - O. Andreasstr. 46a. - SO. Oranienstr. 177.

Nach vollendetem Umbau

ist jedem Herrn Gelegenheit geboten, durch Besichtigung meiner Waren ohne Kaufzwang sich von meiner kolossalen Leistungsfähigkeit zu überzeugen. Meine Abteilung:

„Fertige Herren-Garderobe“

ist überaus reichlich sortiert und bietet in Bezug auf Sitz wie Verarbeitung vollständigen Ersatz für Mass.

Frühjahrs-Paletots in glattem Marengo, Cheviot, sehr haltbar M. 33,- 26,- 18,- mit bunten Effekten, elegante Ausführung M. 36,- 27,- 20,- auf Seide, vornehmste Ausstattung, Ersatz für Mass M. 50,- 42,- 35,-
Jackett-Anzüge 5150L* engl. Art in geschmackvollsten Dessins M. 27,- 23,- 21,- gestreift und kariert, beste Ausstattung M. 36,- 30,- 27,- Ersatz für Mass, mit bunten Effekten u. Rosshaarverarbeitung M. 42,- 36,- 30,-
Leinen- und Lustre-Saccos für Comptoir und Haus von M. 1.25 an.
Meine Mass-Abteilung steht unter Leitung erster Zuschneider und Meister.

R. Landsberger, Friedrichstrasse 108
Ecke Johannisstrasse.

20 Rauchflündern, 2 Rauchale, 1 St. Rauchlauchs, 1 Dose Oel-Sardinen, Ernst Napp Nachf. Swinemünde No. 56. Fischerei-imp.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41, Spezialarzt für Haut- und Hornleiden.

Jedes Wort: 5 Pfennig. Das erste Wort gedruckt. Wort 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstrasse 69 bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Betten, Bettstühle, Steppdecken, Tischdecken, Teppiche staunenerregend. Pflanzhaus Weidenweg 19. +31*
Spottbillig Bettinette, Bettbezüge, Bettlaken, Küchentücher, Brautleuten empfehlenswert. Pflanzhaus Weidenweg 19. +31*
Herrenuhren, Damenuhren, Ketten, Regulatoren, Fingerringe, Schmuckfächer, Kränze, Spiegel, anerkannt spottbillig. Pflanzhaus Weidenweg 19. +31*
Bekanntmachung. Sommerpaletots, Jackettanzüge, Bekleidungsstücke, empfehlenswerte Einkaufsquelle, nur Central-Pflanzhaus Weidenweg 19. Verkaufszeit bis neun abends. +31*
Bettwäsche, Betten, Steppdecken, Tischdecken, spottbillig. Pflanzhaus Weidenweg 19. +31*
Gardinen, Teppiche, Uhren, Gold- und Silberwaren, spottbillig. Pflanzhaus Weidenweg 19. +31*
Cigarren, Cigaretten, verpackt gewesen! Spottbilliger Detail- und Engrosverkauf. Meeres Leihhaus, Friedrichstr. 55. Höchste Beilegung von Fahrbrüden, Gold, Silber, Bücher, Pflanzhaus, Möbel, Warenpollen jeder Art. Distrikton. 22678*
Teppiche! (feinere) in allen Größen für die Halle des Wertes im Teppichlager Brunn, Kaiserstr. Markt 4, Bahndorf Börde. 9322*
Teppiche, Gardinen, Tischdecken, Dinanddecken, Stores, Steppdecken, Tischdecken, Küchentücher wegen Umbau spottbillig. Potsdamerstr. 100, Conrad Richter. 22658*
Hochbornere Herren-Anzüge, Sommerpaletots, vorjährig, aus feinsten Rohstoffen, 18-30.00. Beinkleider 7-11. Täglich, auch Sonntag-Verkauf. Deutsches Versandhaus, Vögelstr. 63, I. 22548*
Herren-Garderobe nach Maß, saubere Arbeit, großes Stofflager, Paletot, Anzug 30 Mark an. Kauff beim Handwerker, laßt den Handwerker verdienen. Teilzahlung gestattet. F. Dörge, Dresdenerstr. 109.
Herrenmoden nach Maß, moderne Stoffe, gutgehend, empfiehlt Marcus, Lützowstr. 20. +32*
Damenjacketts (Reisemuster), teils aus Seide, durchweg 8 Mark. Posten Steppdecken (Sinnfächer) 8 Mark. durchweg 3.75. Posten Kostümregende verkauft Julius Reumann, Belle-Alliancestr. 105. 22948*
Reisehandlung. Capesstoffe, Seidenstoffe, Sammetstoffe, Reste zu Mädchenjacketts, Reste zu Anabenanzügen, Kostümstoffe enorme Auswahl, spottbillige Preise, Justizamt gratis. Rosenbergs, Kottbuserdamm 99.
Waschmaschinen! Einloch-Waschlocher! 0.80. Zweiloch-Waschlocher! 2/3. Dreiloch-Waschlocher! Was-Dratzen 6.00! Was-Bügelapparate! Was-Wälzlein 2/1! Waslocher! Was-Panorama 1/1! Waslocher, Wallner-Theaterstr. 32. (Schiller-Theater). *

Ringelstücken, Bobbin, Schnell- nader, ohne Anzahlung, Waage 1.00, gebrauchte 12.00. Köpplerstr. 60/61, Brenzlauerstr. 59/60 und Große Frankfurterstr. 43. +98*
Krawattenstoffe, größte Auswahl, Wallner-Theaterstr. 30. 10006
Weiche Herrenhüte, gute Qualität, Stadt 95. Feinste, bessere Sachen enorm billig. Hutfabrik, Comptoir Neue Friedrichstr. 81 I, Ecke Königstr. und Holzmarktstr. 37 a. parterre, früher Kaiserstr. 25 A. Sonntags geöffnet. 23398*
Gardinenhaus Große Frankfurter- str. 9, parterre. +37*
Möbelschreiner empfehle meine Möbelschreiner für Wohnungs-Einrichtungen. Moderne Küchen, Wunderbare Farben, Neulack, billig. Teilzahlung. Garantie. Darnack, Dresdenstr. 124. 22238*
Sofas, größte Auswahl, von 21 Mark an, direkt in der Fabrik Blumenstr. 35 b. 21748*
Sportwagen, Kinderwagen, Kinder- bettstellen, gebrauchte, zurückgeliefert, spottbillig. Schneider, Kurfürstenstr. 172. 9476
Fahrräder, Teilzahlungen, hundert- fünfzehn Mark, Invalidenstr. 148 (Eingang Bergstr.), Stahlstr. 40, Große Frankfurterstr. 56.
Photoapparate, Hand-, Stativ-, Klappcameras, durch Umzug etwas herabgesetzt, zu halben Preisen. Marktgrafenstr. 19. 22938*
Teppiche mit Farbenschemeln Fabrikniederlage Große Frankfurterstr. 9, parterre. +37*
Vorjährige hochbornere Herren- moden aus feinsten Rohstoffen, 9-12 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 21698*
Strickmaschinen, gebrauchte, spott- billig. Käufer wird gelehrt. Besichtigung nachmittags. Frankfurter Str. 119. +32*
Nähmaschinen sämtlicher Systeme ohne Anzahlung, Waage 1.00. Postkarte genügt. Frankfurter Allee 10, am Ringbahnhof. +140*
Kinderschuhe, gutgehend, in nur bester Ware. Teilzahlungen gestattet. Kottloff, Stahlstr. 108. 22428*
Abfrierer-Pumpen von 8 Mark an an. Druckpumpen, Einzelteile, Filter, Erdbohrer umsonst leihweise. Bis 9 geöffnet. Wolf, Pumpenfabrik, Welterstr. 113. 22718*
Malztraktier, blutbildend, für Nerven, Brustkrankheiten, Schwäche, Gewichtszunahme, bessere Gesichtsfarbe, überraschend. 14 Flaschen 3 Mark. 1/2, 1/3, 1/4, 1/5, 1/6, 1/7, 1/8, 1/9, 1/10, 1/11, 1/12, 1/13, 1/14, 1/15, 1/16, 1/17, 1/18, 1/19, 1/20, 1/21, 1/22, 1/23, 1/24, 1/25, 1/26, 1/27, 1/28, 1/29, 1/30, 1/31, 1/32, 1/33, 1/34, 1/35, 1/36, 1/37, 1/38, 1/39, 1/40, 1/41, 1/42, 1/43, 1/44, 1/45, 1/46, 1/47, 1/48, 1/49, 1/50, 1/51, 1/52, 1/53, 1/54, 1/55, 1/56, 1/57, 1/58, 1/59, 1/60, 1/61, 1/62, 1/63, 1/64, 1/65, 1/66, 1/67, 1/68, 1/69, 1/70, 1/71, 1/72, 1/73, 1/74, 1/75, 1/76, 1/77, 1/78, 1/79, 1/80, 1/81, 1/82, 1/83, 1/84, 1/85, 1/86, 1/87, 1/88, 1/89, 1/90, 1/91, 1/92, 1/93, 1/94, 1/95, 1/96, 1/97, 1/98, 1/99, 1/100. 22948*
Reisehandlung. Capesstoffe, Seidenstoffe, Sammetstoffe, Reste zu Mädchenjacketts, Reste zu Anabenanzügen, Kostümstoffe enorme Auswahl, spottbillige Preise, Justizamt gratis. Rosenbergs, Kottbuserdamm 99.
Waschmaschinen! Einloch-Waschlocher! 0.80. Zweiloch-Waschlocher! 2/3. Dreiloch-Waschlocher! Was-Dratzen 6.00! Was-Bügelapparate! Was-Wälzlein 2/1! Waslocher! Was-Panorama 1/1! Waslocher, Wallner-Theaterstr. 32. (Schiller-Theater). *

Cigarrengeschäft, gut einge- führtes, besonderer Umstände halber veräußert. Zu erfragen Kottbuserstr. 8, Tabakhandlung. 22958*
Spottbillig Teppiche, Betten, Gardinen, Portieren, Steppdecken, Böden, Tischdecken, Regulatoren, Anzüge, Sommerpaletots, Remonteurarbeiten, Uhrketten, Spiegel, Bilder, Möbel, Leihhaus, Reanderstr. 6. Teilzahlungen gestattet. 3/10*
Reisemuster, Herrenanzüge, Fracht- erparnisse, spottbillig, Schönhauser Allee 72 b vorn III links. [140/15
Heberzieher, Herrenanzüge, wenig getragene, Renalgarderobe von 6 Mark an, große Auswahl, für jede Figur passend, auch neue, zurückgeliefert, kauft man am billigsten nur direkt beim Schneidermeister Jürstgen, Kottbuserstr. 15 III. 140/14*
Verkaufe billig Teppich, gutes Bett, Gardinen, Stores, Küchenschrank, zwei elegante Steppdecken. Hoffmann, Raunstr. 52. 12048
Junge, die Hufe ist schon wieder kaputt. Ja, da kann ich nicht dafür, die ging schon beim Väterchen entweil. Kaufen wir doch so eine, wie Erich hat, von Schlegler, die hält besser.
Torquinos, Bierverlag mit Schenkeinjection, hoher Lebenskraft, sofort preiswert veräußert. Wittenmalerstr. 55. 11958
Küchenwaren, täglich frisch, Paul Richter, Waldemarstr. 54.
Kinderwagen, fast neu, verkauft billig. Kottbuserstr. 11. 12068
Schweizer, verkauft 6 Zimmer Möbel, noch neu, auch einzeln, Brautleuten Gelegenheit, komplette Anstaltbestellen 30.00, geschliffener Trumeau 33.00, echt sonnenerhellte 45.00, Stores, Gardinen, Steppdecken, Verfertigung 4.75. Besichtigung auch Sonntags. Köpplerstr. 120a, I. +32*
Sportwagen, bequemer, wie neu, verkauft. Vögelstr. 63, parterre. +32*
Kinderwagen billig Müller, Preis- str. 10, 4 Treppen. +111
Schöne Singermaschine, gut- gehend, 12.00. Langestr. 25, vorn III, Golt. +127
Tafelsofes Herrenrad billig ver- käuflich. Nemelerstr. 12, Bergemann.
Reparation, gute Werkstatt für streichende Leute, vorzügliche Räume, Vereinszimmer, schöne Wohnung, hochelegante Einrichtung, Säulenapparat, Musikautomat, sämtliches Inventar mit Warenlager muß wegen andern Unternehmens sofort billig veräußert. Quast, Volkstr. 18.
Nähmaschinen, Vergütet bis 10.00, wer Teilzahlung Nähmaschine kauft oder nachweist. Alle Systeme. Postkarte erbeten. Lieferung sofort. Vorchter, Bornborferstr. 50. 11013*
Säulentrumeau, geschliffen, vierzig Mark, elegantes Canevobrett sechs Mark. Straußbergerstr. 6a I. 3/13
Schlaffsofa 30.00, Bettstelle 15.00, wie neu, Pflanzhausstr. 23, Tepelecker. 3/11
Damenmantel, spottbillig Schillingstr. 21, I. 1-5. 110/11

Gelegenheitskäufe: Paletots, An- züge, Hosen, Kessel, Betten, Teppiche, Schirme spottbillig. Lude, Dramenstr. 131. 11915*
Reifeblätter, Operngläser, Koffer, Revolver, Leihhaus, Reizeuge, Nithern, Harmonikas, Geigen spottbillig. Lude, Dramenstr. 131. 11915*
Uhren, Ketten, Ringe, Brillanten, Goldschmuck, Regulatoren, spottbillig. Lude, Dramenstr. 131. 11915*
Steppdecken, Teppiche, Gardinen, Knabenanzüge spottbillig. Lude, Dramenstr. 131. 11915*

Verschiedenes.

Stellungsuchende Leichalle, Holzmarktstr. 73. 9926*
Rechtsbureau. Klagen, Interventionen, Eingabengeldscheine an Dramenstr. 109, I. 22508*
Rechtsbureau. Patentangelegenheiten, Unfallklagen, Schenkerlandris, Pfändungsgeldscheine. Pösch, Brunnenstr. 97.
Patentanwalt Dammann, Brantenstr. 57, Rorichplatz. Hat in Patentangelegenheiten bis abends neun. 102026*
Kunsthoferei von Frau Kottbuser, Steinwegstr. 48, Luergebäude hochparterre.
Aufpolierung! Sofa 5.00, Matratze 4.00, auch auferm Kaufe. Bachmann, Blumenstr. 35 b. 21738*
Nähmaschinenreparaturen werden schnell und billig in meiner eigenen Werkstatt ausgeführt. Bachmann, Gollnowstr. 26, nahe der Landsbergerstr. 21148*
Nähfahrräder! Achtung! Swebert'sche, Reparatur-Werkstatt, Strümpfe werden angestrickt, Schneidstrümpfe eigener Fabrik. Täglich, Frankfurterstr. 119 I. +32*
Handleiche Schönhauser Allee 33, Franzstr. 10. +56*
Handleiche, Prinzenstr. 63, Ecke Ankerstr. täglich 8-8, Sonntags bis 2 Uhr geöffnet. 22728*
Fahrräder kauft, beleiht, Kottbuser, Schönhauser Allee 163a. 108/9*
Briefmarken Sammlung kauft Hermann Großmann, Spandauer Brücke 11. 22508*
Bücher kauft, beleiht, antiquarisch Kottbuserstr. 56, I. Amt I, 8831.*
Mittagstisch mit Bier, Kaffee, täglich drei Gerichte zur Auswahl. Betriebslokal der Schneider, Buchbinder, Metallarbeiter, Tischler. Ankerstr. 16. 1183*
Rechtsbureau Brunnenstr. 40. Langjähriger Prozessbestand, Eingabengeldscheine, Katerstellung (allerbillig). 11958*
Aufpolierung, Matratze 5.00, Sofa 6.00, Koller, Neue Königstr. 2. 11958*
Wer gibt vierköpfige Handwagen gegen leichte Teilzahlung zum Brotverdiener. Offerten: Invalidenrentner, Postamt 58. 11945
Klagen, Zahlungsbegehre, Rat- erteilung billig Holzmarktstr. 48a, Chiquettenladen. +127

Rechtsbureau! (Andreasplatz), Grünerweg vierundneunzig. Langjähriger Gerichtsbeistand! Raterteilung! Eingabengeldscheine! Steuerberatung! 12025*
Rechtsbureau. Vorsteher, höherer. Bädlerstr. 15. (Lauferplatz). +2
Rechtsbureau (Alexanderplatz), Kurzstr. achtzehn! Gerichtssachen, Interventionen, Strafsachen, Raterteilung, Eingabengeldscheine. 110/12*
Darlehen vergibt Selbstgeber, distret. Liebe, Vofenerstr. 23. Rückporto. 3/12*

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.
Flüchtlinge! Spottbillig, gutgehend, schnell, geübt, Reparaturen, Reparaturen, Garbenerreinigung, sucht Kundenschaft. Ebert, Reudtstr. 46.
Kraftiger junger Mann, 27, unverheiratet, sucht bessere Stellung als Kottbuser, Kassenbote oder Vertrauensstellung. Karl Lange, Richard, Richardstr. 112. +130
Stellenangebote.
Drahtplaner verlangt Paul Heine, Lichtberg, Reimhildstr. 100.
Steinmetz auf Baumstämme verlangt Copel, Rordend. 12035
Korbmacher auf grün geschlagen verlangt A. Bader, Friedrichstr. 82, Berlinerstr. 82. +140
Alleinstehende Frau wird verlangt Ober-Schönevelde, Deulstr. 27, parterre rechts, Tharann. 22968*
Knabenblusen-Arbeiterin verlangt Loosler, Brunnenstr. 84. +100

Im Arbeitsmarkt durch

besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.

Wachstuchfabrik

in deutschsprechendem Auslande sucht geeigneten ersten Werkmeister, der mit allen Einzelheiten vertraut, Fabrikation selbständig und exakt unter Garantie leiten kann und exakt im Vorkommen, Firmstücken, Wolldruck (einfarbig) und Grundierung bewandert ist, um selbst Leute abrichten zu können. Offerte mit Gehaltsansprüchen, Angabe der bissh. Thätigkeit u. Referenzen sub -Tätigkeit u. verhältniß 2760* beiderseitig Rudolf Mosse, Wien I, Seilerstätte 2. Vermittler erhalten Honorar. 2/20*

Achtung, Holzarbeiter!

Zuzug ist streng fern zu halten von
Bautischlern, Einsehern nach Steglitz, Groß-Lichterfelde, Lankwitz und Friedenau. Bau Gortig, Schmargendorf, Zoppoterstr. 15. Bau Kühne, Straße 20, an d. Rotenburgstraße. Zell u. Hanke, Steglitz, Forst- u. Arndtstraßen-Ecke. Fiedler, Steglitz, Linden- u. Berlindestraßen-Ecke.

Achtung! Holzarbeiter!

Zuzug ist streng fernzuhalten nach der Bautischlerei Herrmann, Stallerstr. 100; Bau-geschäft von Gutschow, Steglitzerstr. 42; Möbel-Fabrik Zeiss & Co., Wilhelmstr. 130 bis 132; u. Stadtfabrik Schulte Nachf., Ritterstr. 59. 83/14* Die Ortsverwaltung.

Achtung! Maurer!

Köpenick.
Der Bau der Bad- u. Anstalt von Bayer, Freiheit 80b, ist für organisierte Kollegen geldert, da dort Accordmaurer beschäftigt werden. Der Bau wird ausgeführt von der Firma Richter & Schmidt, Berlin O., Stralauerplatz 18/19. 143/5 Die Ortsverwaltung.

Vergolder und Berufsgenossen!

Der Streit bei den Ring-Fabrikanten und deren Zwischenmeister dauert unverständlich fort. Bei den Zwischenmeistern ist neu geordert: **Worm & Co., Stall-Weidenstr. 47.**

Zuzug streng fernzuhalten!

Die Ortsverwaltung. S. A.: Emil Oehfert, Langestr. 38 II.

Stukkateure!

Die Firma Emil Schulz, Admiralstr. 18, weigert sich, den Tarifvertrag einzuhalten. Dieser Vertrag ist sofort der Schlichtungskommission gemeldet worden. Bis diese einen endgültigen Spruch fällt ruht dort die Arbeit. Wir ersuchen das zu beachten. Die Ortsverwaltung.